Dienstag, 13. März 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11 · Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 62 - 11. W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 150,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Kohl reserviert: Der Bundeskanzler hat sich gegen Forderungen von SPD-Politikern ausgesprochen, daß der Bundestag offizielle Beziehungen zur „DDR"-Volkskammer aufnehmen sollte.

Grüne: Der Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, Michael Vesper, beschuldigt Abgeordnete und Nachrücker seiner Partei, zu locker und großzügig mit Steuergeldern umzugehen. (S. 6)

Raumstation: Japan hat sich grundsätzlich positiv zu amerikanischen Wünschen geäußert, 15 bis 20 Prozent der auf acht Milliarden Dollar geschätzten Kosten für die Entwicklung einer bemannten Raumstation zu übernehmen.

Rüstung: Bis 1986 will eine deutsche Firmengruppe im Auftrag des Bundesverteidigungsministeriums eine Laser-Waffe herstellen, die vergleichbare US-Entwicklungen vermutlich übertreffen wird. (S. 4)

Honecker-Besuch: Die Bundesregierung hat bestätigt, daß das in Aussicht genommene Treffen zwischen Honecker und Kanzler Kohl außerhalb Bonns stattfinden wird.

Chile: Präsident Pinochet kündigte eine Verfassungsreform an, die es dem Volk ermöglichen solle, in wichtigen nationalen Fragen seine Meinung zu äußern.

Apel kandidiert: Der frühere Bundesverteidigungsminister hat endgültig beschlossen, sich um die Spitzenkandidatur der SPD bei den Berliner Wahlen im nächsten Jahr zu bewerben.

Geisel frei: Die vor einem Monat von sudanesischen Guerrillas verschleppte hochschwangere Deutsche Ursula Morson ist zusammen mit ihrem 18 Monate alten Sohn in Äthiopien freigelassen worden.

Flucht: Zwei Maurer aus der „DDR" sind in der Nacht zum Montag bei Osterode nach Niedersachsen geflüchtet. Am Vormittag gelang einem Gefreiten der Grenztruppen während des Streifendienstes die Flucht bei Lübeck.

Attentat in Köln: Zu dem Bombenanschlag auf die bundeseigene Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Entwicklungshilfe, der einen Sachschaden von 50 000 Mark verursachte, haben sich „Revolutionäre Zellen" bekannt.

Iran: Die zweiten Parlamentswahlen seit der islamischen Revolution 1979 wurden für den 15. April festgesetzt.

Heute: Vogel nach seinem Moskau-Besuch in Ost-Berlin. – Sonderkonferenz der arabischen Außenminister über den Golfkrieg in Bagdad. – Mexikos Außenminister Sepulveda Amor in Bonn.

ZITAT DES TAGES



„Hilfe für Nicaragua kann von uns nur verlangt werden, wenn es einen überschaubaren demokratischen Prozeß und nicht eine Wahlfarce gibt"

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, Werner Marx, in einem WELT-Interview nach seiner Mittelamerika-Reise

FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Mobil Oil: Der zweitgrößte US-Ölkonzern hat eine Fusion mit Superior Oil Co. vereinbart. Der Wert der Transaktion wird auf 5,7 Milliarden Dollar geschätzt.

Arbeitsmarkt: Die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik könnte nach einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft bis 1990 auf rund 500 000 sinken, falls ein Wachstum von jährlich drei Prozent gehalten wird. (S. 7)

Stahl-Geschäft: Ost-Berlin wird in den nächsten fünf Jahren für 300 Millionen Mark Stahl bei den Unternehmen Peine/Salzgitter und Hoesch auswalzen lassen, gab Graf Lambsdorff in Leipzig bekannt.

Konjunkturprognose: Die westlichen Industriestaaten müssen mit einem langsameren Anstieg von Nachfrage und Produktion rechnen als 1983, so RWI. (S. 8)

Leipziger Messe: Die „DDR" stellt sich nach dem Eindruck westdeutscher Banken-Vertreter auf ein moderates Wirtschaftswachstum ein. (S. 7)

Börse: Unsicherheit der Privatkundschaft und Gewinnmitnahmen führten zu Kursrückgängen auf den Aktienmärkten. Auch der Rentenmarkt war schwächer. WELT-Aktienindex 146,2 (148,1). Dollarmittelkurs 2,6082 (2,5743) Mark. Goldpreis pro Feinunze 395,75 (399,90) Dollar.

KULTUR

Theater: Der Direktor des Bochumer Schauspielhauses, Claus Peymann, der als neuer Chef für das Frankfurter Schauspiel im Gespräch war, hat abgesagt. Das Augenmerk richtet sich jetzt unter anderen auf Thomas Langhoff aus der „DDR".

Museen: In den zehn Jahren seines Bestehens hatte das Römisch-Germanische Museum in Köln rund 7,8 Millionen Besucher und wurde damit – nach dem Deutschen Museum in München – das bestbesuchte Museum in der Bundesrepublik.

SPORT

Rummenigge: Der Kapitän der Nationalmannschaft hat bestätigt, daß er zum italienischen Erstligisten Inter Mailand wechselt. Die Ablösesumme für den FC Bayern soll mehr als zehn Millionen, das jährliche Gehalt Rummenigges zwei Millionen DM betragen.

1. FC Kaiserslautern: Der Vertrag mit Trainer Manfred Krafft wurde bis Juni 1985 verlängert. (S. 16)

AUS ALLER WELT

Endstation: Karosserien und Achsen brechen, Räder machen sich selbständig, die Türen öffnen sich während der Fahrt. New York muß 850 nagelneue Busse ausmustern, deren Konstruktion so mangelhaft ist, daß sich Reparaturen nicht lohnen. (S. 18)

Sterilisation: Im Rahmen der indischen Familienplanung haben sich in den vergangenen zwölf Monaten 3,14 Millionen Menschen sterilisieren lassen.

Wetter: Überwiegend heiter oder leicht bewölkt. Um 6 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Syriens Staatspartei gewinnt gegenüber der Armee an Macht

Starker Mann ist der Präsidenten-Bruder / Moskaus Vizepremier in Damaskus

PETER M.-RANKE/DW. Kairo

Die syrische Führung legt offenbar Wert darauf, daß die Sowjetunion die jüngste Umgruppierung der Macht in Syrien billigt. So wurde die offizielle Bekanntgabe der Ernennung von drei Vizepräsidenten in Syrien zurückgehalten, bis der erste stellvertretende sowjetische Vizepremier, Geidar Alijew, in Damaskus eingetroffen war.

Hauptzweck des dreitägigen Besuches von Alijew war es, die Stabilität der syrischen Führung nach den jüngsten Machtkämpfen in Damaskus auszuloten. Darüber hinaus wollte sich Alijew, der als erstes Mitglied des sowjetischen Politbüros nach 1974 Syrien einen Besuch abstattete, über die Wirksamkeit der sowjetischen Militärhilfe für Damaskus informieren. Auch die Situation in Libanon und die Zuspitzung der Lage am Persisch-Arabischen Golf machten jetzt eine Abstimmung Moskaus mit seinem Hauptverbündeten im arabischen Raum dringend notwendig. Gestern nachmittag beendete Alijew seinen Syrien-Besuch.

Die Bedeutung, die beide Partner den Gesprächen zumaßen, wurde auch durch den Umstand verdeutlicht, daß Khaddam seinen Abflug zu der „Versöhnungskonferenz" der libanesischen Bürgerkriegsparteien in Lausanne verschob, um an den Verhandlungen mit Alijew teilnehmen zu können.

Präsident Assad hat mit Khaddam und seinem dritten Stellvertreter Muscharka zwei Politiker der regierenden Baath-Partei an die Staats- und Regierungsspitze berufen. Khaddam ist einer der treuesten Anhänger von Präsident Assad. Er gilt als ein „Fachmann" für Libanon. Auf der „Versöhnungskonferenz", die gestern in Lausanne begann, fungiert Khaddam offiziell lediglich als Beobachter. Es ist jedoch unumstritten, daß der syrische Vize-Präsident die entscheidende Figur sein wird.

Mit der Ernennung Khaddams und Muscharkas wollte Präsident Assad, der auch Chef der syrischen Baath-Partei ist, offenbar das Gewicht der Partei gegenüber den Streitkräften stärken. Dies dürfte auch in Moskau Aufmerksamkeit erregt haben.

Die Armee muß sich bei der Neuverteilung der Macht in Damaskus zurückgesetzt fühlen. Ihre hohen Offiziere sind zumeist Sunniten, die sich schon immer vom alawitischen Assad-Clan übergangen sahen. Im Präsidentenbruder Rifaat haben sie jetzt zudem einen unnachsichtigen Aufpasser erhalten, denn Rifaat ist als zweiter Vize wie bisher mit Militär- und Sicherheitsfragen befaßt.

Während es bisher in Damaskus hieß, das übermächtige Militär halte sich eine Partei, scheint jetzt die Baath-Partei ebenbürtig neben das Militär zu rücken. Dabei ist die Partei keineswegs machtlos. In den mit modernsten Sowjetwaffen ausgerüsteten „Verteidigungs-Bataillonen" mit 25 000 Mann, vorwiegend Alawiten, besitzt Rifaat Assad als Politbüromitglied der Baath-Partei eine starke Hausmacht.

Die Bevorzugung der Partei gegenüber dem Militär und der weitere Aufstieg des umstrittenen Bruders Rifaat schaffen neue Positionen für den Machtkampf um die Nachfolge des kranken Präsidenten. Assad hat sich allerdings bemüht, den Gegensatz zwischen Sunniten und Alawiten auszugleichen: Die Vizepräsidenten Khaddam und Muscharka sind Sunnis, nur Rifaat ist Alawit.

General Mustafa Tlass, ebenfalls Sunnit wie Armeestabschef Schehabi, bleibt Verteidigungsminister; er und das Offizierskorps haben in den vergangenen Jahren zugesehen, wie Rifaat el Assad immer mehr Macht gewann, nicht nur durch seine „Verteidigungs-Bataillone", sondern auch durch Beteiligung an der unbeschreiblichen Korruption in der Staatswirtschaft und Verwaltung. Ob der Griff dieses Mannes nach der ganzen Macht in Syrien noch zu verhindern ist, wird sich zeigen.

DW. Lausanne

Bei der Eröffnung der „Versöhnungskonferenz" in Lausanne forderte der libanesische Staatspräsident Gemayel, der die Tagung leitet, eine sofortige Beendigung des Bürgerkriegs in seinem Lande. Weiter verlangte Gemayel die Einigung aller Parteien über eine Befriedung Libanons und über Reformvorschläge auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen sowie die Bildung eines Kabinetts „der Nationalen Einheit und Errettung", das alle Parteien und Gruppen des Landes repräsentieren sollte.

DER KOMMENTAR

Milliarden

HEINZ HECK

Nicht einmal der Druck der leeren Kasse vermochte bisher die europäischen Agrarpolitiker zur Vernunft zu bringen. Seit Jahren wird die Notwendigkeit einer durchgreifenden Reform der EG-Agrarpolitik beschworen, passiert ist aber bisher so gut wie nichts. Die Ausgabenexplosion geht ungehemmt weiter; die Kosten haben sich bisher alle fünf Jahre verdoppelt und verschlingen rund zwei Drittel des Brüsseler Etats. Ohne Ausgabenbeschränkungen und/oder Einnahmeerhöhungen droht der Gemeinschaft schon bald die Zahlungsunfähigkeit.

Der Einnahmeerhöhung wird in Brüssel eindeutig der Vorzug gegeben. So sieht die Kommission, wie sie vor einiger Zeit ungeniert schrieb, in der Einführung einer neuen Einnahmeart „den Vorteil, daß gar nicht erst Situationen entstünden, in denen die normale Durchführung der gemeinsamen Agrarpolitik durch Diskussionen über finanzielle Probleme künstlich belastet würde".

Zwar hat Finanzminister Stoltenberg bisher erfolgreich Widerstand geleistet – mit dem Argument, daß der Gemeinschaftshaushalt nicht ungebremst expandieren dürfe, während die Mitgliedstaaten ihren Bürgern hohe Konsolidierungsopfer zumuteten. Doch ist zu fürchten, daß beim EG-Gipfeltreffen am 19. und 20. März in Brüssel faule Kompromisse beschlossen werden, um den Landwirten die „künstliche" Belastung zu ersparen: erst recht, nachdem die beiden letzten Gipfel in Stuttgart und Athen an diesen Fragen gescheitert sind. Politiker brauchen Erfolgserlebnisse, und seien sie kostspielig.

Allein die Milchpolitik der EG verschlingt jährlich schätzungsweise rund 25 Milliarden Mark, wovon der Löwenanteil den vermeintlichen Begünstigten, den Bauern, gar nicht zugute kommt. Bei der Butter beispielsweise verschlingen die Lagerkosten hohe Summen.

Durchgreifende Reformen sind auch wenige Tage vor dem Brüsseler Gipfel nicht in Sicht. „Der politische Streit um die EG-Agrarpolitik ist inzwischen zu einer Diskussion über die Reformfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft überhaupt geworden", hat nicht ein Anti-Europäer, sondern EG-Kommissar Narjes jetzt erklärt. Die Frage der Reformfähigkeit bleibt das entscheidende Thema für den Brüsseler Gipfel Anfang nächster Woche.

Tschernenko zu Vogel: Schwere Schatten

Bonner Oppositionsführer 80 Minuten beim KPdSU-Chef / Lage „nicht unumkehrbar"

PETER PHILIPPS, Moskau

Das Verhältnis zwischen Ost und West ist nach Auffassung des sowjetischen Parteichefs Konstantin Tschernenko einer „ernsthaften Belastung" ausgesetzt. In seinem Gespräch mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Hans-Jochen Vogel, sprach Tschernenko von „schweren Schatten" und warnte davor, sich irgendwelchen „Illusionen hinzugeben". Zugleich äußerte der Parteichef jedoch den sowjetischen Wunsch nach Verbesserungen. Der „Prozeß zur Verschlechterung" sei nicht unumkehrbar.

Tschernenko wies nach Angaben der amtlichen Moskauer Nachrichtenagentur TASS auf die Bereitschaft der Sowjetunion hin, die Frage der strategischen und „europäischen" atomaren Rüstungen auf einer „konstruktiven, beiderseitig annehmbaren Grundlage" zu regeln. Die Gespräche darüber könnten jederzeit wieder aufgenommen werden, wenn die USA die von ihr durch die Stationierung neuer Raketen in Europa geschaffenen Hindernisse beseitigen. „Wir betonen die Notwendigkeit der Rückkehr zu der früheren Lage nicht aus Prestigegründen", wurde Tschernenko zitiert.

Nach dem Ende des etwa 80 Minuten dauernden Gesprächs betonte Vogel, aus Tschernenkos Äußerungen sei deutlich geworden, welche Bedeutung er den Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland beimesse. Die „gefährliche Situation" in der internationalen sicherheitspolitischen Lage dürfe die „wirtschaftlichen und sonstigen bilateralen Beziehungen nicht belasten". Damit müsse man vielmehr „pfleglich" umgehen.

Das Gespräch hatte nach typisch Moskauer Muster begonnen: Noch gestern morgen wußten Vogel sowie seine Begleiter Egon Bahr, Hans-Jürgen Wischnewski, Karsten Voigt und Carl-Friedrich von Weizsäcker nicht, wann sie den ersten Mann der Sowjetunion sehen würden. Den Auftakt ihrer Gespräche bildete am Vormittag ein Treffen mit einer Delegation des offiziell gastgebenden Ober-

■ Fortsetzung Seite 6

Warnstreiks. Vetter-Appell an beide Seiten

dpa, Frankfurt

Mit organisierten Warnstreiks hat die IG Metall gestern die Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich verschärft. Nach den Aktionen sprach die Gewerkschaft von einem „vollen Erfolg", der Arbeitgeberverband Gesamtmetall wertete sie als rechtswidrig.

Rund 4000 Beschäftigte der Metallindustrie waren im Raum Reutlingen für eine halbe Stunde in den Ausstand getreten, 2000 Arbeitnehmer in Gelsenkirchen beteiligten sich an zweistündigen Warnstreiks, die von einem Gewerkschaftssprecher als „Protestkundgebungen gegen das permanente Mauern der Arbeitgeber bei den Verhandlungen über die 35-Stunden-Woche" bezeichnet wurden.

Vor diesem Hintergrund hat der frühere DGB-Vorsitzende Heinz-Oskar Vetter an Arbeitgeber und Gewerkschaften appelliert, in der Diskussion um eine Verkürzung der Arbeitszeit „den Aufmarsch zu beenden und miteinander zu reden". Die Gewerkschaften, so räumte er ein, seien in dieser Tarifauseinandersetzung zu spät angetreten, um ihre Mitglieder für ihre Ziele zu gewinnen.

Der Arbeitgeberverband nannte die Warnstreiks deshalb rechtswidrig, weil die Tarifverhandlungen von der IG Metall noch nicht für gescheitert erkärt worden seien. Für die ausgefallene Arbeitszeit werde kein Lohn gezahlt: „Solche Warnstreiks gehen auf Kosten der Arbeitnehmer und schonen die Kassen der IG Metall."

Schwierige EG-Beratungen über Butterberg

DW. Brüssel

Die Begrenzung der Butter- und Milcherzeugung ist eines der Hauptziele der geplanten Reform der EG-Agrarpolitik, über die die Landwirtschaftsminister seit Sonntag in „Marathon-Konferenzen" beraten. Insbesondere der „Butterberg" macht dabei große Sorgen.

Gegenwärtig werden in der EG in öffentlichen Kühllagern 806 000 Tonnen Butter gelagert. Falls es nicht gelingt, rasch Reformen durchzusetzen, werden 1984 vermutlich 2,3 Millionen Tonnen Butter produziert. Da aber in diesem Jahr vermutlich in allen EG-Staaten zusammen nur 1,55 Millionen Tonnen Butter verbraucht werden, müßten im Laufe des Jahres weitere 800 000 Tonnen Butter eingelagert werden, wenn es nicht gelingt, die Überschüsse auf Exportmärkten unterzubringen. In Brüssel geht man allerdings davon aus, daß sich allenfalls 400 000 Tonnen Butter werden exportieren lassen. Denn seitdem die USA ähnlich hohe Butterüberschüsse erzielen wie die EG, konkurrieren sie mit der Gemeinschaft auf dem Weltmarkt. Nicht selten unterbieten die USA EG-Angebote durch noch höhere Exportsubventionen, als die EG sie angesichts ihrer Finanzprobleme und wegen des Drucks der Öffentlichkeit zahlen kann.

Aber selbst dann, wenn das Ausfuhrziel von 400 000 Tonnen erreicht wird, würde der Butterberg 1984 um rund 400 000 Tonnen auf gut 1,2 Millionen Tonnen anwachsen – falls es in Brüssel nicht zu einer Einigung kommt.

Seite 7: Briten beharren

Honecker wird im Herbst erwartet

Lambsdorff in Leipzig: Klima der Verläßlichkeit / Druck auf Ausreisewillige

DW./hrk. Leipzig/Bonn

Die „DDR"-Führung zeigt sich bemüht, den Andrang von weit mehr als 100 Bundes- und Landespolitikern aus der Bundesrepublik Deutschland zur Leipziger Messe für sich propagandistisch auszunutzen. Auf der Titelseite des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland" gab es gestern gleich vier Fotos von den Begegnungen Honeckers mit Gästen aus dem Westen, protokollarisch sorgfältig geordnet: Zunächst Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP), dann Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß (CSU), der saarländische Regierungschef Werner Zeyer (CDU) und der Saarbrükker Oberbürgermeister Oskar Lafontaine (SPD).

Abgedruckt wird auch Zeyers Wunsch, daß der beabsichtigte Honecker-Besuch in der Bundesrepublik Deutschland und „Gespräche mit Bundeskanzler Kohl den Beziehungen und dem Reiseverkehr dienlich sein mögen". Staatssekretär Boenisch bestätigte gestern, daß der Honecker-Besuch für September oder Oktober erwartet wird. Es verdichten sich die Vermutungen, daß das Saarland – die Heimat des SED-Chefs – Gastgeber sein wird.

Minister Lambsdorff, der gestern mit dem SED-Politbüromitglied Günter Mittag zusammentraf, war am Sonntag von Honecker empfangen worden. Er brachte das umstrittene Thema Zwangsumtausch zur Sprache und sagte später vor Journalisten: „Das Thema ist nicht vom Tisch". Der SED-Chef gab allerdings keine Erklärung ab. Außer dem Kapitel Zwangsumtausch wurde von Lambsdorff auch die Notwendigkeit verbesserter Reisemöglichkeiten von der „DDR" in die Bundesrepublik Deutschland erwähnt. Der FDP-Politiker – er lobte die Gesprächsatmosphäre –, gewann, wie zuvor Strauß, den Eindruck, daß Ost-Berlin an der derzeit gelockerten Ausreise-Praxis festhalten werde. Nach seiner Begegnung mit Mittag sprach Lambsdorff sogar von einem „Klima der Verläßlichkeit" im Verhältnis zwischen Bonn und Ost-Berlin. Mit Mittag hatte gestern auch der Berliner Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) eine Unterredung.

SEITE 2:
Ein Pastorale
SEITEN 3 UND 7:
Weitere Beiträge

Mehr als 50 Personen aus der Bundesrepublik Deutschland, die die Leipziger Messe besuchen wollten, sind von der „DDR" zurückgewiesen worden. Die Bundesregierung protestierte gestern gegen dieses Verhalten Ost-Berlins.

Nach WELT-Informationen hatte der Staatssicherheitsdienst der „DDR" vor allem im Zusammenhang mit der Strauß-Reise nach Leipzig Vorbereitungen getroffen, um zu verhindern, daß „DDR"-Bewohner dem CSU-Vorsitzenden Bittbriefe übergeben. Im Vorfeld der Visiten waren Personen, die in den Bezirken Erfurt, Dresden, Gera, Leipzig und Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) Ausreiseanträge gestellt haben, zu den Sicherheitsbehörden bestellt worden. Dort wurde ihnen ganz offen bedeutet, daß die Bearbeitung der Anträge auch davon abhänge, „inwieweit sie während der Messe das Ansehen unseres Landes schädigen oder nicht schädigen", so in Oschatz im Bezirk Leipzig.

Im Bezirk Erfurt, hieß es: „Falls Sie während der Messe-Zeit nach Leipzig fahren, können wir Ihren Antrag nicht mehr bearbeiten." Aus einer Reihe von Städten und Gemeinden liegen Informationen vor, daß bestimmten Personen die Personalausweise abgenommen wurden. Ihnen wurde ein Ersatzausweis ausgestellt, der die Bewegungsfreiheit einschränkt. Die Bahnpolizei verschärfte ihre Kontrollen in den Zügen nach Leipzig.

Ankara bestreitet Zusage an Genscher

Ohne Gegenleistung soll es keine Abstriche in der Frage der Freizügigkeit geben

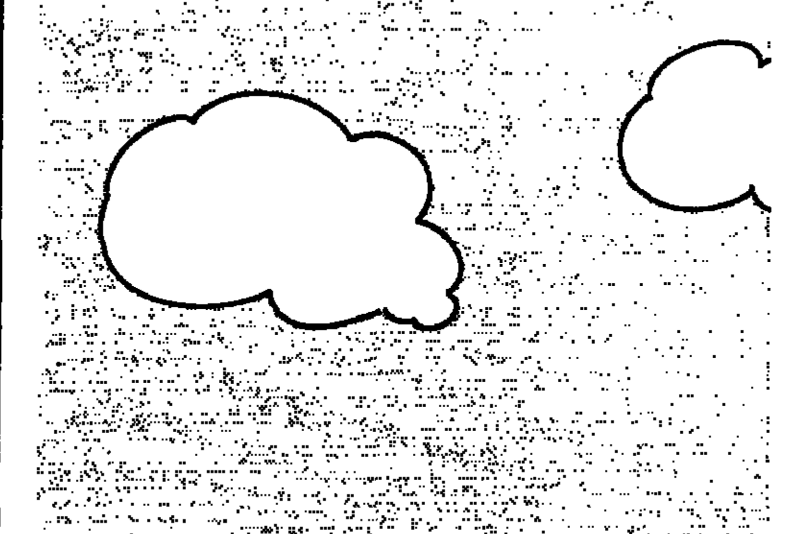
E. ANTONAROS, Athen

Mit Überraschung haben türkische Regierungskreise auf Berichte aus Bonn reagiert, wonach Ankara bei den jüngsten Gesprächen von Außenminister Hans-Dietrich Genscher Kompromißbereitschaft im Zusammenhang mit der heiklen Freizügigkeitsfrage gezeigt haben soll. Die Türkei soll auf Grund des Vertrags aus dem Jahre 1963 von 1986 an in den Genuß der Freizügigkeit kommen.

„Wir haben keine konkreten Zusagen gemacht", sagte ein türkischer Diplomat dem Springer-Auslandsdienst (SAD). Die Argumentation in der türkischen Regierungsspitze: Entweder habe Genscher den Standpunkt Ankaras nicht ausreichend begriffen, oder aber er habe so unter Erfolgszwang gestanden, daß er günstigere Gesprächsergebnisse zu präsentieren versuchte. In Ankara – so wird auf türkischer Seite betont – hat Genscher „absolut nicht mehr" erhalten, als er im November 1982 den damals regierenden Generälen abgerungen hatte. Damals wie heute haben sich die Türken lediglich verpflichtet, „Verständnis für die wirtschaftlichen Bedingungen innerhalb der Gemeinschaft" zu zeigen. Einen konkreten Verzicht auf die Freizügigkeit hat es nicht gegeben, weil – so ein türkischer Sprecher – „wir keine Vorteile davon hätten".

Diese Sprachregelung gab es auch beim Besuch von Bundesinnenminister Zimmermann im August 1983. Zimmermann hatte damals die türkische Position ebenfalls großzügiger interpretiert, als sie von Ankara ausgelegt wird. Zwar sieht man ein, daß die erst 1986 in Kraft tretende Freizügigkeit die Tore Europas nicht bedingungslos für die ständig wachsenden Arbeitslosenheere der Türkei öffnen kann. „Aber wieso sollen wir ausgerechnet so frühzeitig diese wichtige Trumpfkarte aus der Hand geben?" fragte ein türkischer Leitartikler. Die Regierung denkt ähnlich: „Außenpo-

● Fortsetzung Seite 6



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Glemps Balanceakt

Von Carl Gustaf Ströhm

Der polnische Primas Josef Glemp muß dieser Tage eine nicht ungefährliche Erkenntnis verarbeiten: daß nämlich die katholische Hierarchie die Entwicklung unter den Millionen Gläubigen nicht mehr vollkommen kontrollieren könnte. Die Rechnung Glemps schien einfach und einleuchtend: Nachdem die Gewerkschaft „Solidarität" den Kampf verloren und das kommunistische Regime sich erneut etabliert hatte, machte es für die Kirche wenig Sinn, den verlorenen Hoffnungen von gestern nachzutrauern. Daher die ebensooft dementierten wie neu auftauchenden Versionen, wonach Glemp, sei es in Brasilien oder anderswo, die „Solidarität" kritisierte und sich sogar recht skeptisch über Lech Walesa äußerte.

Was immer daran wahr ist, man wird dem Kardinal nicht zu nahe treten, wenn man sagt, daß ihm sowohl die Untergrund-„Solidarität" als auch Walesa selber und erst recht die manchmal ein wenig linksgerichteten Intellektuellen von KOR nicht allzu nahe stehen. Der Kardinal denkt statisch und staatsrechtlich. Er will Jaruzelski stabilisieren und gleichzeitig vom Regime ein Maximum an Konzessionen für die Kirche erhalten. Die Kirche aber ist die eigentliche Hoffnungsträgerin für das polnische Volk. Unter dem Kommunismus ist sie es womöglich noch mehr als unter jeder anderen Herrschaftsform.

Der Primas also könnte die Rechnung ohne die Volksmassen gemacht haben. Die Gläubigen, die mit Hungerstreiks gegen die Versetzung eines der „Solidarität" nahestehenden Priesters durch die Kirchenbehörden protestieren, die Schüler, die gegen die Entfernung der Kruzifixe aus ihren Klassenzimmern Sturm laufen (eine Maßnahme, die das Regime erst jetzt beschlossen hat) – sie alle sind Symptome einer neuen Entwicklung, die zu einer Zerreißprobe innerhalb der katholischen Kirche Polens führen könnte. Die Frage lautet nämlich: Wo sind die Grenzen der Taktik und des taktisch Zumutbaren, wo hört das Verständnis der Menschen für schachspielerische Überlegungen von Hierarchen auf? Glemp mag in manchem sogar recht haben. Wenn aber seine Herde ihn nicht verstehen sollte, wird ihm auch das klügste Kalkül nicht viel helfen.

Schuß-Weite

Von Rolf Görtz

Jenseits der Küstengewässer eines Staates beginnt das freie Meer, das dem Gemeingebrauch der Bürger aller Staaten offensteht. Dieser zuerst von spanischen Theologen formulierte Grundsatz des See- und Völkerrechtes gilt noch heute. Es gilt aber auch, nach wie vor, der Primat der Interessen, vor allem bei der Verwaltung von Wirtschaftsgütern. Erst unter seinem Einfluß gelang es den Küstenstaaten, den Freiraum der Meere erfolgreich einzuengen. Weil sie hierin die Einengung der Freiheit selber erkennen, verweigerten Staaten wie die USA den jüngsten Seerechtsbeschlüssen ihre Zustimmung.

Die berühmte Kanonenschußweite, die einst den Anspruch des Staates gegenüber dem Freiraum Gültigkeit verlieh, hat im Zeitalter der Raketen ihren Sinn verloren. So mußte sich denn das Kontinentaldenken der festen Grenzen, das die Philosophie der Meeresfreiheit nie verstanden hatte, in dem Augenblick durchsetzen, als eine Vielzahl sozialistisch orientierter Staaten quantitativ zu ersetzen suchte, was als Naturrecht qualitativ geordnet war.

Die 200-Meilen-Zone, die französische Kriegsschiffe mit ihren Kanonen gegen baskische Fischer verteidigten, gehört zu den Konsequenzen dieser erst nach dem letzten Krieg vollzogenen Umwertung. Auch die Basken verteidigten ein historisches Recht in der bisher freien Biskaya – d.h. nämlich „baskischer Golf". Sie ignorierten den französischen Anspruch auf eine Zone, die übrigens auch im modernen Seerecht nur als „Anschlußzone", nicht als Hoheitsgebiet definiert wird.

Spaniens Ministerpräsident Felipe Gonzales geht von der gleichen Rechtsphilosophie der Güterverteilung aus wie sein französischer Kollege Mauroy, der ausgerechnet an diesem Wochenende Madrid besuchte. Ihr Gespräch drehte sich deshalb auch nur um die Verhältnismäßigkeit der Mittel bei der Ahndung von Verstößen. So mußte denn Mauroy in Madrid die heikle Frage ertragen: Warum läßt Paris auf unbotsame Fischer schießen, wenn es andererseits Terroristen, die über Interpol als Mörder gesucht werden, politisches Asyl gewährt? Eine Frage, die das demokratische Spanien in Zukunft immer lauter stellen wird.

Der tödliche Dialog

Von Günter Friedländer

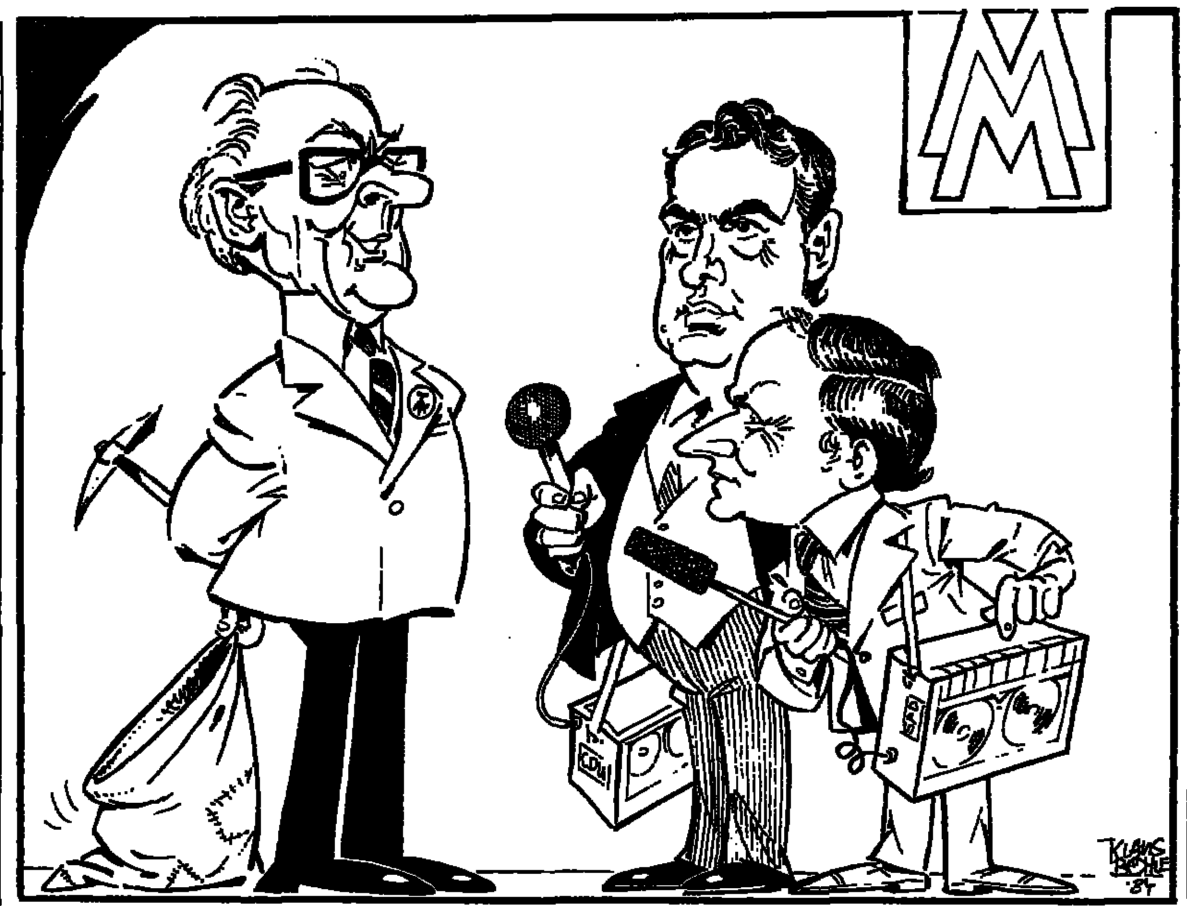
General Fernando Landazabal hat mit seinem von Kolumbiens Präsidenten Betancur erzwungenen Rücktritt als Verteidigungsminister die Redefreiheit zurückgewonnen, und davon macht er Gebrauch. Bei einer Ehrung, die ihm die aktiven Offiziere des Heeres bereiteten, kritisierte er, ohne Betancurs Namen zu nennen, dessen Politik des „Dialogs" mit der Guerrilla auf nationaler und internationaler Ebene. Die Guerrilla führe den „Dialog" nach einem globalen Plan, der nicht den Frieden, sondern „den Sieg ihrer These sucht, um (den Gesprächspartnern) ihren Willen aufzuzwingen".

Das Resultat sei „ein Dialog ohne geographische oder zeitliche Begrenzung". Dem Heer wolle man dabei einreden, daß es seine Pflicht sei, „sich den Forderungen der Feinde der Ordnung und des Friedens zu unterwerfen". Gleichzeitig stelle eine geschickte Propaganda das Heer als Feind des Volkes dar, dessen Verteidigung ihm obliegt.

Viel schärfer noch sagte es General Hernandez Lopez im Namen der aktiven Offiziere: Die Subversion habe sich einen Schafspelz umgehängt und bediene sich „nützlicher Idioten und Rauschgifthändler", um ihre Verbrechen fortzusetzen.

Die Generale drücken nur den Unmut über den Verlauf der „Dialoge" der Contadora-Gruppe in Zentralamerika und der Friedenskommission in Kolumbien aus. Nach mehr als einem Jahr steht man immer noch „kurz vor einem Waffenstillstand", für den die Optimisten immer neue Formeln finden, ohne bei den Rebellen Gegenliebe zu finden. Der Krieg geht weiter. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums forderte Kolumbiens Guerrillakampf während der ersten 60 Tage des Jahres 154 Tote: 60 Bauern, 60 Guerrilleros, 34 Soldaten und Polizeibeamte.

Auch Vereinigungen pensionierter Offiziere haben dagegen protestiert, daß man das Heer zum Sündenbock des erfolglosen Dialogs macht. Und eine Gruppe von Frauen spricht in einem Brief an Betancur vom Undank, mit dem man die im Kampf gegen die Subversion Gefallenen bedenkt. Die Geduld derer, die die Kosten des „Dialogs" tragen müssen, wird auf eine harte Probe gestellt.



„Was ich an der Saar vorhabe? Dasselbe wie Sie – Kohle machen!"
ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Ein Pastorale

Von Herbert Kremp

Man weiß nicht so recht, ob es noch zeitgemäß ist, Stilfragen zu erörtern. Dabei kann man auf runde, blaue Augen treffen. Was heißt das überhaupt: Kleiderordnung? Oder, was soll die Frage: Mit wem gehst du um, welche Sprache sprichst du? Hallo, Honecker, mein lieber Erich von der Saar, wie geht's denn so? Willy Brandt hatte mal was gegen den „Formelkram" in der deutschen Frage, seine früheren Gegner und heutigen Nach-Folger haben offenbar etwas gegen den „Formkram". Man gibt sich überaus jovial und breitbeinig beim Leipziger Defiliermarsch.

Pieter Breughel d. Ä. hätte die Szenen malen können. Die Herren aus dem deutschen Westen, die Washington gern drängen, drängeln zum Staatsratsvorsitzenden, der ganz würdig herumsteht. Termine werden eng geschachtelt, damit nichts purzelt. Drei lebende Länderchefs, die von Bayern, Berlin und von der Saar, geben Wohlgelauntes zum Besten. Sie wissen, wo sie sind – aber wissen sie noch genau, wen sie da vor sich haben? Die Unionisten und Freidemokraten, in heller Schar vertreten, schaffen die schnellste Wende aller Zeiten. Der Bundeskanzler, vielleicht von einem gewissen Gefühl beschlichen, dämpft ein wenig: Man solle, sagt er, bei allen Kontakten und Reisen nicht für eine Sekunde den Charakter des SED-Regimes vergessen. Tut das jemand?

Der Ost-Schein trügt. Erfahrene Köpfe, unter ihnen der erste Chef unserer Ständigen Vertretung in Ost-Berlin, warnen vor Überschwang und höchsten Hochrechnungen. Das SED-Regime handhabt die Ausreisepraxis großzügiger. Es stimmt schon, daß pro Tag einhundert Bürger die Nischengesellschaft östlich der Elbe verlassen dürfen. Man findet das so vortrefflich, daß man fast vergißt zu fragen, was die Deutschen zur Ausreise treibt. Sie finden hier keine Nuggets. Sie wollen freier atmen und sich regen können, als es unter dem leninistischen Serenissimus möglich ist. Die Mobilen, die vieles zurücklassen, unter anderem die Heimat, mögen in der Mehrzahl Unbequeme sein. Honecker weint ihnen nicht nach, er bekommt Geld für jeden Abwanderer aus dem realen Sozialismus. Wie muß dessen Realität beschaffen sein, wenn die Leute ihm weglaufen?

Es stimmt auch, daß die deutsch-deutsche Grenze freundlicher geworden ist – just seit hier die Bürgerlichen regieren und trotz der neuen amerikanischen Raketen und des Kriegstreiber-Geschreis von Wladiwostok bis Ost-Berlin. Man erlebt tatsächlich nettere Volkspolizisten, man hört kaum noch den Hall eines Schusses, und der elektronische Fortschritt hat an den Sperrzäunen quer durch Deutschland die alten Schrapnell-Automaten bald überflüssig gemacht. Der Vorhang bleibt eisern, aber es piept dort nur noch. In aller Welt werden die Gefängnisse moderner. Aber wer denkt überhaupt noch an Gefängnis im Zusammenhang mit der „DDR"? Aus der Perspektive dieses Begriffes betrachtet, gibt es wirklich Erleichterungen und die Bundesregierung und Franz Josef Strauß haben ihren Verdienst daran.

Für uns gab es nie einen Zweifel, daß Strauß ein friedliebender Mann ist. Dieses Unbezweifelbare aber nun von Honecker zu hören, eingekleidet in die Worte, Strauß sei genauso friedliebend wie er selber, freut den CSU-Vorsitzenden über alle Maßen. Aber was ist das für ein Frieden, den Honecker liebt? Muß er vielleicht damit rechnen, aus Anlaß seines Besuches in der Bundesrepublik zum „Mann des Jahres" gekürt zu werden? Welche Motive bewegen den Staatsratsvorsitzenden, wie weiland Mao Zedong „hundert Blumen blühen" zu lassen (von literarischen abgesehen)? Er ist ein gewandter Politiker, aber bestimmt kein gewendeter und humaner gesinnter. Er steht fest im imperialen Machtverbund des Kreml, er fürchtet Polnisches wie der Teufel das Weihwasser, Rotes läßt er nicht verkommen. Die Erleichterungen gewährt er nicht um unserer schönen blauen Augen willen.



Was heißt das: Kleiderordnung? – Strauß, Gastgeber FOTO: DPA

Aber warum dann? Das kommunistische System auf deutschem Boden ist eine Agentur des sowjetischen Reiches. Die Antwort auf die Machtfrage widerspricht nicht dem zugelegten Selbstbewußtsein, sie schließt nur Souveränität aus: Stets sitzen die Sowjets mit am Tisch. Nie war die strategische Riegelposition der „Zone" wichtiger als heute, da die politische und vor allem die ideologische Überzeugungskraft Moskaus nicht mehr ausreicht, um das Ausfransen zu verhindern. Im unruhigen osteuropäischen Kräftefeld repräsentiert Honecker wahrlich deutsche Zuverlässigkeit – und so sieht er ja auch aus. In Moskau ist er mit Sicherheit erster Kandidat für den Titel „Mann des Jahres".

Das letzte Jahr war nämlich sehr schwer. Andropow ist es nicht gelungen, die Deutschen im Westen zum Sturm auf die Nachrüstung zu bewegen und sie Washington zu entfremden. In der Schlußphase des großen Spiels waren die Mittel zu grob. Tschernenko hat gar keine andere Wahl, als mit Breschnews Entspannungspolitik wieder von vorn zu beginnen. Soviel Kraft und Intelligenz wird er haben. Wo aber ließe sich der Puderzucker leichter streuen als in Deutschland und über jene, die, wenigstens ihren Äußerungen nach, das Feindbild notorischer Entspannungsgegner loszuwerden versuchen? Im Zeitwörterbuch beansprucht der Begriff Friede, wie immer sein Inhalt in Ost und West differieren mag, den angesehensten und meistgelesenen Platz.

Das ist die Meta-Physik der Ereignisse, in ihrem Lichte gewinnt das changierende Geschehen politischen Sinn. Entspannung, wie Breschnew sie übte, zielte stets darauf ab, im friedfertigen und konfliktscheuen Westen das Gefühl der angenehmen blauen Stunde zu erzeugen, ein Pastorale ertönen zu lassen nach streiterfülltem Tag. Warum nicht wieder? Man hätte dann die Leute bald dort, wo man sie haben möchte.

IM GESPRÄCH Tobias Richter

Der jüngste General

Von Winfried Wessendorf

„Der beste Mann für Bremen." So stellten die Sprecher der Findungskommission den künftigen Generalintendanten der Städtischen Bühnen Bremens vor. Der knapp 31jährige Tobias Richter, Sohn des Schweizer Dirigenten Karl Richter, darf sich dadurch nicht das Urteil über die eigene Leistung verklären lassen. Er ist zwar kein heuriger Theaterhase, aber er ist demnächst der jüngste General im deutschsprachigen Raum.

Zwölf Lehr- und Gesellenjahre auf den Brettern und hinter den Kulissen hat er hinter sich; er war seit 1980 künstlerischer Stellvertreter des Intendanten und geschäftsführender Intendant in Kassel. Er hat Opern in Genf, London, München, Kassel und Frankfurt inszeniert.

Seine Kreativität sieht er künftig durch die unumgängliche Verwaltungsarbeit nicht beeinträchtigt. Zwei Inszenierungen pro Jahr hat er sich für die Amtsübernahme ab Spielzeit 1985/86 in Bremen vorgenommen.

Obwohl der Fünf-Jahres-Vertrag viele ungelöste Probleme hat – das Schauspielensemble wurde gerade neu formiert, der Oberspielleiter ernannt, die Position des Generalmusikdirektors ist noch offen – ist der junge Mann seiner Sache sicher: Arno Wüstenhöfer hinterlasse einen funktionierenden Betrieb, die Kandidaten für den Posten des Generalmusikdirektors hätten sein Vertrauen, und die neue Schauspielstätte, die ab November dieses Jahres zur Verfügung stehe, biete alle Voraussetzungen.

Programmatische Erklärungen behält sich der Götz-Friedrich-Bewunderer für einen späteren Zeitpunkt vor. Er will aber auf jeden Fall Reinhild Hoffmann und ihr Tanztheater halten und hat bereits die Zusage seines künftigen Arbeitgebers, daß auch der Tanztempel „Concordia" bestehen bleibt.



„Konstruktive Unruhe": Bremens Richter FOTO: HANS-JÜRGEN LANKENAU

Progressivität um jeden Preis, spektakuläre Inszenierungen nur des Effektes willen beabsichtigt er nicht, sagt Richter; Wind will er nicht säen. Aber „konstruktive Unruhe" hat er im Sinn, was immer das ist; damit will er vor allem die Jugend gewinnen. Dazu sei eine Analyse der Bevölkerungsstruktur wichtig, um die potentiellen Theaterkunden zu erfassen, ihre Wünsche zu erforschen und die Bindung ans Drei-Sparten-Theater zu intensivieren.

Richter will kein etabliertes Theater, sondern einen flexiblen Kulturbetrieb leiten, dabei Traditionelles erhalten und den Komponisten wie Autoren des 20. Jahrhunderts seine Reverenz erweisen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Aufsichtsrat des Bremer Kulturbetriebes stehen hinter ihm. Ob das ein gutes oder schlechtes Omen für den bislang nicht sonderlich bekannten und kaum hervorgetretenen Jung-Künstler ist, wird die Zukunft zeigen. Theaterleute pflegen weniger die Bevölkerungsstruktur zu analysieren als der Leidenschaft des Geistes zu folgen, im Guten oder im Schlechten. Aber Richter hat das noch alles vor sich.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Westfälische Nachrichten

Zu den bevorstehenden Warnstreiks heißt es in dem Münsteraner Blatt:

Rollenspiele und dramatisch programmierte Abläufe erreichen einen ersten Höhepunkt. Die rechtlich nach wie vor umstrittenen Warnstreiks sollen zu Wochenbeginn signalisieren, daß es nun wirklich ernst wird. Neben diesen Ankündigungen wurden jetzt auch „erste Anzeichen von Kompromißbereitschaft" gemeldet. In der Substanz ist davon allerdings nicht allzuviel zu erkennen. Da muß wirklich ganz etwas anderes passieren, wenn Vernunft in letzter Minute doch noch siegen soll.

Morgenpost

Zu den Politiker-Reisen in die „DDR" heißt es hier:

Honecker hält Hof. Heute beehren ihn Strauß und Lambsdorff, letzte Woche machte Mischnick dem SED-Chef seine Aufwartung; Oppositionsführer Vogel will da nicht hintanstehen: er hat sich bei Honecker für Dienstag in den Terminkalender eintragen lassen. Sicher wird sich übernächste Woche dann wieder ein namhafter Koalitionspartner für einen Gang nach Ost-Berlin finden lassen – möglicherweise ein CSU-Mann, der in Ost-Berlin über die Einrichtung einer Filiale der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank am Karl-Marx-Platz verhandelt. Es ist alles ein wenig hektisch und übertrieben und unverkennbar vom Selbstdarstellungstrieb einiger Herren aus Bonn und München geprägt, was da als deutsch-deutsche Politik betrieben wird. Immerhin: die düstere Prophezeiung der SPD, eine christlich-demokratisch geführte Regelung werde die von Brandt und Schmidt gepflegte Ostpolitik desavouieren, zum Schaden des Volkes, das kann man jetzt sagen, war törichtes Wahl-Geschwätz.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Das Blatt hat keinen Zweifel daran, daß Libyen hinter dem Attentat auf ein französisches Flugzeug in Tschad steckt:

In Tripolis dürfte man sich fragen, warum in Tschad nicht funktionieren sollte, was in Libanon so gut funktioniert hat, also der Terrorismus. Vielleicht denkt Khadhafi, daß die Frucht reif ist, vor allem, weil François Mitterrand seiner auswärtigen Interventionen überdrüssig zu werden scheint. ... Khadhafi weiß, daß Frankreich nicht ewig in Tschad Wache stehen kann. Die Zeit spielt für ihn, und er wartet.

LE SOIR

Die belgische Zeitung kommentiert die Verhaftung des polnischen Schriftstellers Nowakowski:

Der erste, von der derzeitigen Regierung in Polen verhaftete Schriftsteller, unter der Anklage der „Verleumdung des Regimes", ist Marek Nowakowski, Träger des Freiheitspreises 1983. Der 45jährige ist einer der populärsten und unabhängigsten Schriftsteller. Er steht den Idealen der „Solidarität" nahe und scheut sich nicht, mit bitterem Humor hinter die Kulissen der „Normalisierung" in Polen zu blicken. Paradoxerweise ist die UNO-Menschenrechtskommission zu dem überraschenden Schluß gelangt, daß die Regierung Jaruzelski auf dem Weg der Normalisierung ihrer Beziehungen mit dem polnischen Volk Fortschritte gemacht hat.

Märzliche Friedenshoffnungen am Ufer des Nkomati

Halten die Verträge mit Angola und Moçambique, was sie versprechen? / Von Monika Germani

In den letzten Jahren hat Südafrikas Regierung keine Friedensinitiative so ernst genommen wie die Verhandlungen mit Moçambique und Angola. Ihren ersten krönenden Abschluß soll die Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes zwischen Moçambique und Südafrika bilden. Am 16. März treffen sich Präsident Samora Machel und Premierminister Pieter Willem Botha an den Ufern des Nkomati-Flusses, an der Grenze beider Länder mitten im Busch. Erinnerungen werden wach an eine ähnliche Begegnung in einem Wohnwagen unter dem „Marula-Baum" an der südafrikanisch-botswanischen Grenze im Mai 1982 zwischen Präsident Kenneth Kaunda von Sambia und Südafrikas Premier.

Wer den Südafrikanern in den letzten Jahren eine zögernde Haltung in der Namibia-Frage vorwarf, kann nur staunen. Der Abzug der südafrikanischen Truppen aus dem permanent besetzten Süd-Angola und die Entlassung des Swapo-Mitbegründers Herman Toivo ya Toivo aus dem Gefängnis zeigen, daß es Pretoria diesmal wirklich ernst ist, Südwestafrika in die Unabhängigkeit zu entlassen. Ebenso die Auffoderung von Premier Botha an die Multi-Parteien-Konferenz in Windhuk, endlich eine interne und akzeptable Verfassungs-Lösung zu suchen. Nicht zu vergessen die Zurückhaltung Südafrikas gegenüber Sam Nujomas Swapo-Truppen, die zu vermutlich achthundert Mann über Angolas Grenze nach Südwest gedrungen sind. Gleichsam in einer Zangenbewegung kamen weitere bewaffnete Gruppen über Botswana bis nach Gobabi, östlich von Windhuk. In der Verfolgung haben sowohl die südafrikanischen als auch die Südwester Territorialstreitkräfte sich darauf beschränkt, die Guerrilleros wieder nach Osten über Botswanas Grenze zurückzutreiben.

Südafrika hat auch klar gesagt, daß die Frage der Lösung der antikommunistischen Widerstandsorganisation Unita unter Jonas Savimbi ein internes angolanisches Problem sei. In ähnlicher Lage befindet sich die moçambiquanische Renamo, die inzwischen behauptet, vor den Toren vor Maputo zu stehen. Deren Unterstützung hat Südafrika immer geleugnet, im Gegensatz zur Hilfe, die die Machel-Regierung dem ANC (African National Council, der schwarzen Revolutions-Organisation gegen Südafrika selber) gewährt.

Die Frage stellt sich, wie der ANC verfahren wird, wenn Moçambique ihm aufgrund des Vertrages mit Südafrika Stützpunkte im Lande verweigert. Der ANC-Stratege Joe Slovo hat, nach Meinung von Beobachtern, eine Alternative. Er kann den Kampf mit Sabotageakten direkt nach Südafrika hineintragen. In den letzten fünf Jahren belief sich der geschätzte Schaden, einschließlich der Bombenexplosion in Pretoria im Mai 1983 und dem Anschlag auf das Hydrierwerk Sasol, auf rund 1,3 Milliarden Mark. Ob solche Aktionen auf lange Sicht erfolgreich sein können, angesichts der Stärke von Südafrikas Sicherheitskräften, bliebe abzuwarten. Als bessere Möglichkeit bietet sich für den ANC eine diplomatische Lösung an. Dann müßte er seinen militanten Flügel, „Umkhonto we Sizwe", den „Speer der Nation", aufgeben und sich auf die Propaganda seiner 32 Auslandsbüros sowie seinen Einfluß auf die schwarzen Gewerkschaften und Bewegungen verlassen. Gespräche über eine Entlassung des ANC-Führers Nelson Mandela aus dem Gefängnis sind bereits im Gange. Dieser ist genau so ein Konkurrent für den militanten Slovo, wie Toivo es für den militanten Nujoma ist.

Die bisher geheim abgewickelten Wirtschaftsbeziehungen zwischen schwarzafrikanischen Ländern und Südafrika können nun öffentlich behandelt werden. Allein schon die Verhandlungen mit Moçambiques Delegation unter Scheinwerfern und die Anträge Angolas und Moçambiques an die OAU auf „Unterstützung" ihrer Verträge mit Südafrika sind große politische Erfolge für Pretoria, selbst wenn die OAU sich auf „Verständnis" beschränkte. Zudem ist Südafrika, obwohl derzeit in Schwierigkeiten, immer noch ein Wirtschaftsgigant, von dessen Hilfe die anderen Länder der Region nur profitieren können. Vor allem Moçambique mit seiner Hungersnot hat Hilfe dringend nötig. So könnte eine friedliche Entwicklung eingeleitet werden, die auch segensreiche Ausstrahlungen nach Südafrika selber haben könnte – falls auf Angola und Moçambique Verlaß ist. Oder werden sie die Atempause benützen, um Unita und Renamo zu zerschlagen und dann den Krieg gegen Südafrika wieder aufleben zu lassen? Angeblich haben beide Bewegungen genug Freunde, um sich auch ohne Pretorias Gaben halten zu können. Und Kuba macht zur Zeit freundliche Gesten in Richtung USA. Aber noch ist kein Freundschaftsvertrag mit Moskau gekündigt und kein Kubaner aus Angola abgezogen worden. Hier liegt der eigentliche Prüfstein für die Zukunft im Süden Afrikas.



Höchstrichterlicher Streit um der Flasche Bauch

Man kennt sie, die kleine Bauchige. Frankenwein ist meist ihr Inhalt, doch nicht immer. Und darum geht der Streit vor dem Europäischen Gerichtshof, der heute entschieden werden soll: Bocksbeutel nur für den Frankenwein? Handelshemmnis oder Verbraucherschutz?

Von PETER SCHMALZ

Das Corpus delicti hat eine „typisch bauchig-runde Flaschenform", stellt der Europäische Gerichtshof in der Rechtssache 16/83 fest und kann sich damit der Zustimmung aller EG-Länder sicher sein. Wenn aber Europas höchste Richter heute um 10 Uhr in Luxemburg ihr Urteil darüber verkünden, was in diese Form abgefüllt werden darf, ist ihnen der Widerspruch gewiß: Das zu erwartende „Bocksbeutel-Urteil" ist von hochprozentiger Wirkung.

Gemeinsam mit den fränkischen Winzern meint Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß: „Der Bocksbeutel ist die typische Flasche des Frankenweins." Ausländische Rebsäfte dürfen darin nicht verkauft werden.

Das meint auch der Paragraph 17 der deutschen Wein-Verordnung: „In Bocksbeutelflaschen herkömmlicher Art darf nur Qualitätswein b. A. aus dem bestimmten Anbaugebiet Franken, aus dem badischen Taubertal und dem Schüpfergrund, sowie aus den Gemeinden Neuweier, Steinbach, Umweg und Varnhalt abgefüllt und in den Verkehr gebracht werden."

Auf dem Prüfstand steht der Paragraph 17

Diese Flasche, so stellte der Bundesgerichtshof schon 1971 fest, stelle eine „mittelbare geographische Herkunftsangabe dar", ihr Gebrauch für Weine, die nicht in diesem Anbaugebiet erzeugt wurden, würde zu einer Irreführung der Verbraucher führen. Dieser Irreführung wurde der Weinhändler Karl Prantl vor dem oberbayerischen Amtsgericht Miesbach angeklagt: Er hatte roten Südtiroler Qualitätswein aus Girlan in Flaschen auf den deutschen Markt gebracht, die dem Bocksbeutel bis in die letzte Rundung glichen. Doch der Miesbacher Richter sprach den Mann frei, denn einerseits werde diese Flaschenform in Südtirol schon seit Jahrhunderten verwendet und andererseits verstoße der Wein-Paragraph 17 gegen zwei Artikel des EWG-Vertrags, die den freien Warenverkehr innerhalb der Gemeinschaft garantieren.

Die Staatsanwaltschaft legte gegen dieses Urteil Berufung ein, die in politischen Kreisen zwischen Bonn und München erhebliches Kopfzerbrechen bereitete. Selbst das bayerische Kabinett befaßte sich mit der Frage, ob ein Rückzug der Berufung nicht der klügere Weg sei.

Den Politikern war klargeworden: Ihre bisher auf europäischen Kanälen erfolglos gebliebenen Bemühungen, den fränkischen Bocksbeutel EG-weit zu schützen, könnten nun auf juristischem Weg zunichte gemacht werden. Sie entschieden sich dann aber doch für die Justiz.

Doch die 10. Strafkammer des Landgerichts München II setzte die Verhandlung aus und gab den Ball an den Europäischen Gerichtshof weiter. Er solle prüfen, ob der Paragraph 17 einer unzulässigen Einfuhrbeschränkung gleichkomme.

Der bayerische Europa-Abgeordnete Reinhold Bocklet sieht in der rundlichen Flasche kein Europa-anstößiges Produkt: „Der fränkische Bocksbeutel ist kein Handelshemmnis, sondern eine mittelbare Herkunftsangabe, die den Verbraucher vor Täuschung schützen soll." Mit dieser Argumentation trat auch die Bundesregierung vor die Europa-Richter: Eine Umfrage habe gezeigt, daß der Bocksbeutel für den deutschen Verbraucher eine Herkunftsangabe und eine Qualitätskennzeichnung sei, der Schutz der Franken-Flasche sei also „ein Wegweiser zu geografisch charakterisierten Produkten und ein Mittel zur Transparenz des Marktes".

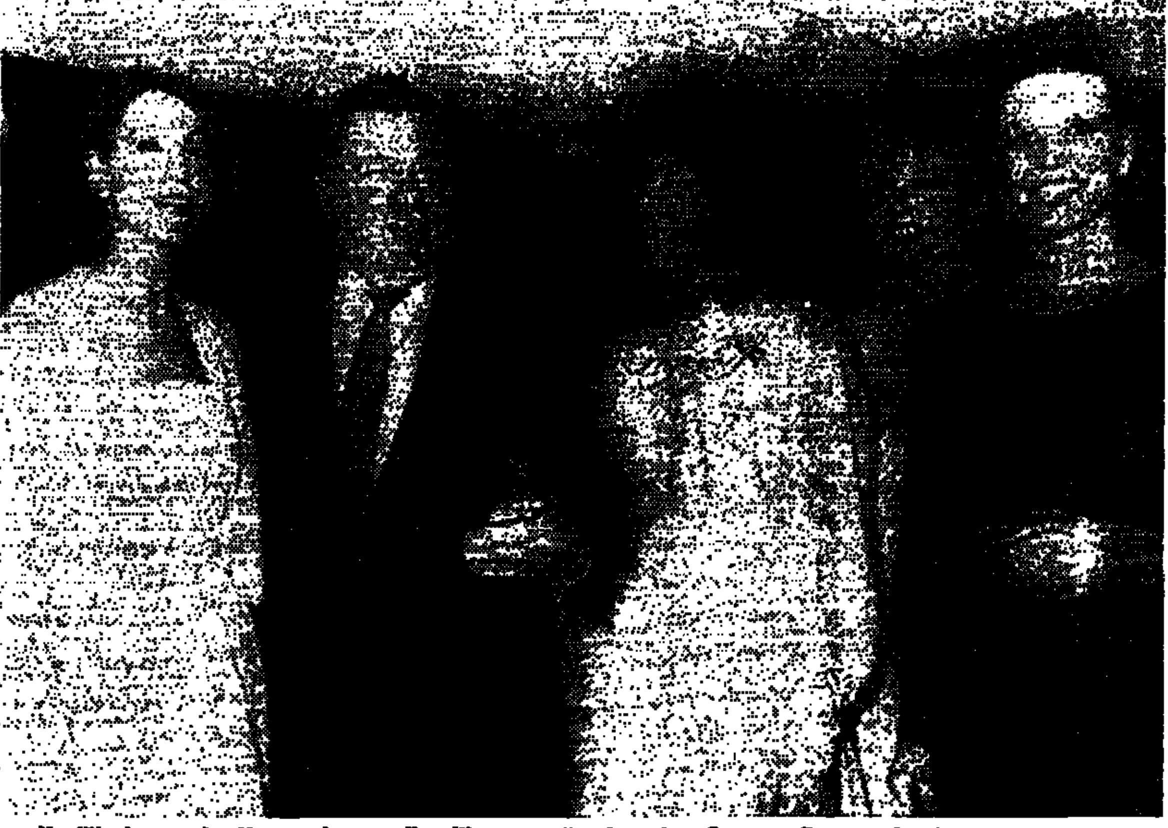
Weinhändler Prantl hofft dagegen, daß die Richter ein Einsehen haben und Vertrauen in die Lesefähigkeit der Verbraucher. Denn es könne, so meint er, kein Zweifel daran bestehen, daß die Kunden aufgrund der umfangreichen Kennzeichnungen auf der Flasche, die alle auf eine Herkunft aus Italien hindeuten, hinreichend darüber informiert seien, daß das in solchen Flaschen vertriebene Produkt eben nicht aus Franken, sondern aus Südtirol stamme.

Und er kann sogar den deutschen Bundesgerichtshof als Zeugen zitieren, der vor fünf Jahren der portugiesischen „Cantil"-Flasche, die dem Bocksbeutel zum Verwechseln ähnelt, den ungehinderten Weg auf den deutschen Markt geöffnet hat. Die Flasche mit dem weltbekannten „Mateus-Rosé" werde seit 1959 unbeanstandet in die Bundesrepublik exportiert, meinten die Karlsruher Richter, es bestehe nur eine geringe Gefahr der Irreführung, ein Vertriebsverbot sei daher eine unbillige Härte. Was den Portugiesen recht ist, muß den Italienern billig sein, sagt Prantl.

Die EG-Kommission klagt gegen Bonn

Wie er denken auch die Regierung in Rom und die EG-Kommission, die beide den Luxemburger Gerichtshof aufgefordert haben, die Bundesrepublik dazu zu verurteilen, den Paragraphen 17 der deutschen Wein-Verordnung zu streichen. Die Kommission hat zusätzlich inzwischen gegen Bonn ein Verfahren wegen Vertragsverletzung eingeleitet.

Die Richter, sagt der CSU-Europa-Abgeordnete Bocklet, bewegen sich in diesem Verfahren „in dem schwierigen Gelände zwischen Handelshemmnis und Verbraucherschutz". Sollte sie dabei die Qual der Wahl bedrücken, können sie getrost zu einem Glas Wein greifen und an Goethe denken, der seinem Eckermann einmal verriet, daß der „Wein von der Qual der Sorgen und Bedrängnisse frei mache". Von Goethe weiß man, daß er bis zu drei Flaschen Frankenwein täglich getrunken hat. Unbekannt aber ist, ob er sich jemals um die Form der Flasche gekümmert hat.



Vorführdamen des Unternehmens „Textilkommerz" gaben dem Gast aus Bayern eine Sondervorführung FOTO: AP

Im kalten Leipzig ein warmer Wind der Hoffnung

Die Leipziger Messe ist diesmal fast ein Wallfahrtsort für Politiker aus der Bundesrepublik. „Stars" unter den Besuchern sind der bayerische Ministerpräsident Strauß und Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff.

Von HANS-R. KARUTZ

Der Ansturm politischer Gäste aus der Bundesrepublik zur Leipziger Messe überforderte fast das Protokoll. Wie der Wettlauf zwischen Hase und Igel ging das Duell zwischen Franz Josef Strauß und Graf Lambsdorff aus: Strauß meldete sich immer eher – am Ort und vor der Presse.

Das Zimmer im Gästehaus Schwägrichenstraße 14 war so grün ausgeschlagen, daß es grüner nimmer ging. Erich Honecker empfing seinen protokollarisch ranghohen Gast Graf Lambsdorff („Herr Bundesminister") nach den Gesetzen der Farbpsychologie. So grün war die „DDR"-Führung den Gästen aus dem Westen schon lange nicht mehr. Selbst noch nach zehn Arbeitsstunden inklusive Messerundgang mit Bruderküssen und Wodkafinale im sowjetischen Pavillon befand sich Honecker in glänzender Verfassung.

„Nacht muß es sein, wenn Friedlands Sterne glänzen", heißt es im „Wallenstein". Lambsdorffs Gestirn schimmerte ebenfalls im Dunkel der Sonntagabendstunde. Erst so spät konnte Honecker den Anreisenden aus dem Westberliner Luxushotel „Kempinski" ins Gästehaus des „DDR"-Ministerrates mit seiner pompösen Einrichtung im Stil der fünfziger Jahre bitten. Im Atriumhof plätscherte versonnen das Wasser eines fernöstlichen Teiches. Im Foyer blühten in einem Steingarten die ersten Frühlingsblumen. Mitten in einen klimatischen Winterrückfall zu Leipzig strich der warme Wind der Hoffnung, die Besucherquantität werde eines Tages auch in eine tatsächlich neue Qualität der Beziehungen umschlagen.

Vier Stunden zuvor vollzog sich in demselben Bau die Inszenierung eines wahrhaft imperialen Auftritts von Franz Josef Strauß. „Bitte nicht auf den Teppich!", bat die Protokolldame des Außenministeriums immer wieder händeringend die Fotografen. Mit militärischer Pünktlichkeit glitt dreißig Sekunden vor der vereinbarten Zeit ein goldfarbener Vorhang beiseite, und Strauß betrat die Szene. „Darf ich mich vorstellen, Franz Josef von Bayern", rief er den aufgereihten Journalisten zu. Verdutzt schlug er sich aber auf den vorlauten Mund, denn Honecker stand längst zu seiner Begrüßung parat.

In den mächtigen Clubsesseln des Raumes brachte Strauß seine fein dosierte Ironie unverzüglich an den Mann. Nachdem man sich gegenseitig attestiert hatte, daß sowohl Japan als auch die Bundesrepublik heuer besonders „stark vertreten" seien, meinte Strauß: „Ja, und der Graf Lambsdorff kommt ja heute auch noch. Er zieht nach", schmunzelte er breit.

Es kam einem in den Sinn, daß der bayerische Premier in seiner Passauer Aschermittwochrede die FDP nach dem Fliegeralphabet buchstabiert hatte: „Foxtrott, Delta, Papa." Nun saß der Mann aus „Sachsens Nachbarland Bayern" (Strauß über den Freistaat) abermals beim mächtigsten Mann der „DDR". Die innerdeutsche Tanzstunde begann.

In Stilfragen zog Strauß im Wettbewerb mit Lambsdorff allerdings den Kürzeren. Was am notwendigen Eiltempo des Rückfluges lag – die „DDR"-Luftstraße in Richtung innerdeutscher Grenze nach Bayern war lediglich zwischen 18 und 20 Uhr für den Strauß-Flug von übenden Sowjet-Migs oder Kontrollhubschraubern freigehalten:

Deshalb bestand die Pressekonferenz nach seinem Honecker-Tête-à-tête lediglich aus einem Stehkonvent. Strauß zitierte aus seinen handschriftlichen Aufzeichnungen und konterte trocken und knapp, wenn westlichen Journalisten beispielsweise bei dem Tempo des Einverständnisses zwischen Strauß und Honecker die argumentative Luft knapp wurde. Als einer von ihnen zu wissen begehrte, weshalb Strauß denn erst jetzt die Leipziger Messe als sehenswert entdeckt habe, entfaltete Strauß gleich seine gesamte Ost-West-Philosophie: „Sie müssen unterscheiden lernen zwischen Dingen, die nicht immer selbstverständlich waren und solchen, die es geworden sind. Wenn Sie das begriffen haben, dann haben Sie die Antwort!"

Graf Lambsdorff bewohnte nach Strauß dieselbe Residenz – die frühere Villa des berühmten deutschen Kunstverlegers Seemann unmittelbar hinter dem ehemaligen Reichsgericht. Lambsdorff bat die Journalisten zu nachtschlafender Zeit zum Gespräch und wahrte auch hier den Sinn für Proportionen.

Um diese Zeit war in Kreisen der Ständigen Vertretung längst als „Unverschämtheit" ausgemacht worden, was Strauß zuvor vor der Presse an Distanz zwischen sich und die bestellten Vertreter der Bundesregierung an der Pleiße gelegt hatte. „Ist er denn hier?", fragte Strauß in gespielter Unkenntnis, als ein Pressemann ihn fragte, ob er denn zum Ständigen Vertreter Bonns während seiner Leipziger Visite Kontakt aufgenommen habe.

Messe-Besucher Strauß – tags zuvor noch mit dem Grafen Lambsdorff Seite an Seite bei der Premiere der Handwerksmesse in München – fühlte sich bei seiner Messe-Tournee vor allem unter der Elite der „DDR"-Vorführdamen gut aufgehoben. „Haben Sie dafür eine Spezialausbildung?", fragte er die Mannequins nach einer Sonder-Modenschau. Und ob in den Staats-Schneidereien auch Alcantara verarbeitet werde, wollte er wissen.

Die Leipziger bewegt zur Zeit eine ganz andere Frage: Wie sie noch an Karten für die „DDR"-Premiere der „Westside Story" kommen können, übermorgen im heimischen Opernhaus. Auf sozialistischem Boden wird eben selten eine Liedzeile wie „Ich habe Amerika gerne / vivat das Banner der Sterne!" gesungen.

Eine lange Spur jüdischen Lebens in Deutschland

In der Woche der Brüderlichkeit, die zur Aussöhnung zwischen Juden und Nichtjuden mahnt, steht in diesem Jahr die Wormser Synagoge im Blickpunkt. Sie ist das älteste jüdische Bauwerk in Deutschland.

Von PETER DITTMAR

Und sie wurde vollendet im Monat Elul 4794 ... Angenehmer war es dem Schöpfer als die Darbietung von Opfern", heißt es auf dem Widmungsstein der Wormser Synagoge, die sich als ältestes jüdisches Bauwerk in Deutschland durch die Jahrhunderte erhalten hat. Aus dieser Inschrift weiß man, daß der Bau, von Jacob und Rahel ben David gestiftet, im August/September 1034 vollendet wurde.

In einer Eingabe an den Kaiser von 1636 beriefen sich die Wormser Juden darauf, daß sie bereits seit 1700 Jahren in der Stadt wohnten, dort also schon vor Christi Geburt heimisch gewesen seien. Einer Legende nach sollen sich nämlich Nachkommen aus dem Stamme Benjamins am Rhein niedergelassen haben. Aber die ersten Zeugnisse gehen erst auf die Jahrtausendwende zurück. Der älteste Grabstein trägt die Jahreszahl 1076. Und zwei Jahre zuvor hat Kaiser Heinrich IV. den Juden (und anderen Bürgern) der Stadt wegen ihrer Treue Zollfreiheit zugesprochen. Außerdem stellte er sie unter seinen Schutz und seine Gerichtsbarkeit.

Diese Privilegien wurden 1090 erneuert. Aber sie nützten den Juden wenig, als die Kreuzfahrerheere den Rhein entlangzogen. 1096 werden die Wormser Juden beschuldigt, mit der geschändeten Leiche eines Christen die Brunnen vergiftet zu haben. Zwar vermochten sich viele Juden vor den Ausschreitungen in die Burg des Bischofs zu retten, der ihnen ebenfalls Schutz versprochen hatte. Doch das war nur ein Aufschub. Der Bischof besaß nicht die Macht, die Verfolger abzuhalten, und so wurde ermordet, wer sich nicht der Zwangstaufe unterwarf. Dabei muß auch die Synagoge schwer beschädigt oder zerstört worden sein.

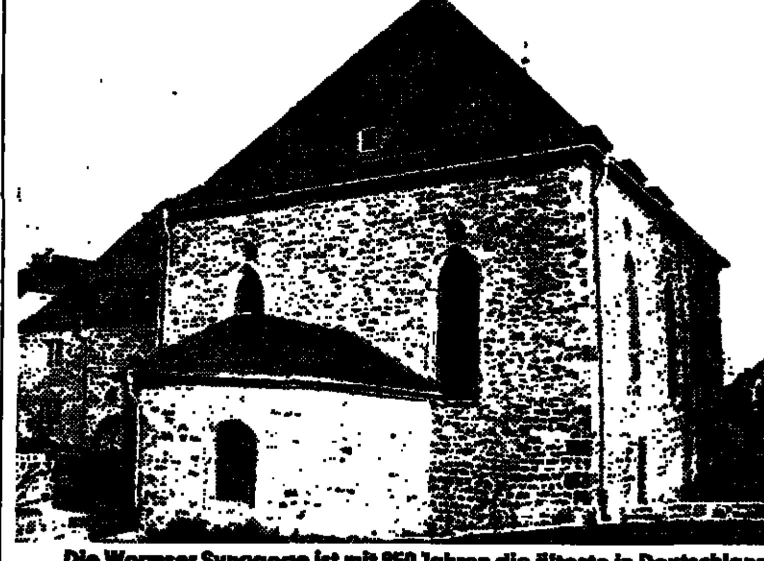
Bereits 1112 wird wieder eine jüdische Gemeinde in Worms erwähnt. Zusammen mit denen in Speyer und Mainz galt sie als das geistige Zentrum des mittelalterlichen Judentums. Die Synagoge in Worms wurde erst 1174/75 wieder errichtet, wahrscheinlich von der Dombauhütte, darauf deuten bestimmte Zierformen hin. Der einfache romanische Bau mit dem von zwei mächtigen Säulen getragenen Innengewölbe wurde zum Vorbild vieler späterer Gotteshäuser. 1212/13 entstand dann an der Westseite eine „Frauenschul".

In dieser Form erhielt sich die Synagoge bis heute. Allerdings nur, weil sie immer wieder nach dem alten Vorbild aufgebaut wurde. Als der „Schwarze Tod" 1349 zu Pogromen führte, wurde sie zerstört. Und dreihundert Jahre später berichtet eine Chronik: „Diese Synagoga ist auf Ostermontag und Dinstag uff den Boden durch das mehrer Theil der Bürgerschaft abgebrochen worden, anno 1615, steht noch als verwüstet und ganz zerstöhret."

Aber wenig später erstand sie neu. 1624 wurde an der Westseite noch ein kleiner halbrunder Raum angebaut, wohl hauptsächlich als Kinderschule. Er wurde bald Raschi-Kapelle genannt, zur Erinnerung an Rabbi Salomon ben Issak, den wohl populärsten Bibel- und Talmuderklärer, der in Worms studiert hatte.

Im 19. Jahrhundert zahlte die Wormser Synagoge dann dem Reformjudentum ihren Tribut. 1812 wurden Bima und Almemor, der erhöhte Platz für die Thoralesung in der Raummitte und das Vorbeterpult, entfernt. 1877 erhielt die Synagoge sogar eine Orgel. Die Juden, obwohl die Gemeinde nur wenig mehr als tausend Mitglieder zählte, waren inzwischen angesehene Bürger. 1848 bis 1851 hatte Worms in Ferdinand Eberstadt sogar einen jüdischen Bürgermeister. Aber nicht hundert Jahre später erwies sich die Emanzipation als Trugschluß. Wie die meisten Synagogen wurde auch der älteste jüdische Sakralbau in Deutschland 1938 während der sogenannten „Reichskristallnacht" zerstört.

Nach dem Krieg wurde die Synagoge wieder rekonstruiert. 1961 konnte sie geweiht werden. Auch die anderen historischen Gebäude, die Mikwe (rituelles Bad) und das Raschi-Haus erstanden wieder. Aber wer die „Allgemeine jüdische Wochenzeitung", die alle Gottesdienste verzeichnet, aufschlägt, sucht Worms vergebens. Die älteste deutsche Synagoge ist ein Haus ohne Gemeinde.



Die Wormser Synagoge ist mit 950 Jahren die älteste in Deutschland FOTO: KEYSTONE

Deutsche entwickeln eine neue Laser-Waffe

Rüstungsexperten sprechen von einer „Revolution"

RÜDIGER MONIAC, Bonn

In der wehrtechnischen Entwicklung der Bundesrepublik ist in den nächsten Jahren ein fast revolutionär anmutender Erfolg zu erwarten. Bis 1986 will eine Firmengruppe im Auftrag des Bundesverteidigungsministeriums eine Laserwaffe fertigen und sie mit einer Zielnachführung koppeln, so daß auch schnell bewegliche Ziele über große Entfernungen getroffen werden können. Damit würde die Bundesrepublik auf einem Spezialgebiet die bisher in den USA erreichten Ergebnisse ebenfalls vorweisen können, wenn nicht sogar übertreffen. US-Fachleute bestätigten, daß die Bundesrepublik auf dem Sektor der mit Kohlendioxid-Gas arbeitenden Laser Spitzenleistungen erzielten.

Experten rechnen damit, daß Strahlenwaffen, die mit dem Laser-Prinzip arbeiten, in rund fünf Jahren für den taktischen Einsatz reif sein können und dann in der Lage sind, über Entfernungen bis zu 20 Kilometer militärische Sensoren zur Aufklärung und Zielerfassung zu blenden oder gar zu zerstören. In fünf bis zehn Jahren wird die Laser-Entwicklung dann so weit fortgeschritten sein, daß über Entfernungen bis zu zehn Kilometer auch mit der Zerstörung leichter Panzerung, der Vernichtung von Hubschraubern, Flugzeugen, Drohnen und Flugkörpern gerechnet werden kann.

Eine taktische Waffe

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Bernd Wilz, der der WELT aktuelles Material über die Laserwaffen-Entwicklung zugänglich machte, erklärte dazu, die Bundeswehr müsse dieser neuartigen Rüstung viel Aufmerksamkeit zuwenden. Sie verspreche eine völlig neue Gestalt der militärischen Verteidigungsplanung. „Laser-Kanonen" zerstörten ganz genau das, worauf sie gezielt seien. Nach dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit würde in einem Kriegsgeschehen so nur das Beabsichtigte zerstört. Damit sei wahrscheinlich der Weg zu einer weiteren „Humanisierung des Kriegsvölkerrechts" geöffnet.

Im Gegensatz zu den USA und der Sowjetunion, wo die Lasertechnik auch zum strategischen Einsatz und damit gegen Interkontinentalraketen vorgesehen ist, beschränkt sich die wehrtechnische Entwicklung in der Bundesrepublik bisher ganz auf den taktischen Einsatz „auf dem Gefechtsfeld". Nachteil dieser Technik ist ihre Abhängigkeit von Sicht- und Wetterverhältnissen. Da sich ein Laserstrahl ähnlich wie normales Licht ausbreitet, sind Nebel, Regen, Schnee und schlechte Sicht große Faktoren zur Begrenzung der Reichweite von Laserwaffen, die auf der Erdoberfläche verwendet werden. Beim strategischen Einsatz im Weltraum würden sie keine Rolle spielen. Deshalb würde, nach dem Urteil von Experten, eine taktische Laserwaffe niemals andere Waffen vollständig ersetzen können.

Höhere Schießkadenz

Eine Studie, die den taktischen Einsatz von Laserwaffen für den Einsatz bei Heer, Marine und Luftwaffe untersucht, ist gegenwärtig im Bundesverteidigungsministerium in Arbeit. Vielversprechende Möglichkeiten sehen die Experten zum Beispiel in der Luftverteidigung. Laser-Kanonen könnten sowohl ortsfeste Anlagen als auch bewegliche Verbände vor Angriffen aus der Luft schützen. In Kombination mit Rohrwaffen und Lenkraketen würde sich mit Hilfe von Strahlenwaffen ein wahrscheinlich undurchdringliches Abwehrsystem aufbauen lassen. Die Laser-Kanone hätte hochfliegende Aufklärungsflugzeuge zu blenden, desgleichen tieffliegende Hubschrauber über Entfernungen bis zu zehn Kilometer. Auch würde sie anfliegende ballistischen wie Drohnen-Flugkörper selbst auf kürzeste Reichweite zerstören.

Der besondere Vorteil der Laser-Kanone dürfte ihre im Vergleich zu herkömmlichen Waffen sehr viel höhere Schießkadenz sein, so daß sie auch bei Schwärmen angreifender Flugkörper erfolgreich bliebe. Für die Marine ist die hohe Reaktionszeit ebenfalls von größter Bedeutung. So wären Boote und Schiffe sicher gegen tieffliegende Flugkörper („seaskimmer") geschützt, die wegen dieser Annäherungsart erst im letzten Moment zu entdecken sind.

Der in der Bundesrepublik entwickelte Laser für militärische Zwecke wird nach Angaben unterrichteter Kreise so leicht sein, daß sein Einbau auch in Hubschrauber denkbar ist.

Von den Wählergemeinschaften droht der CSU die größte Gefahr

Von PETER SCHMALZ

Die vergessene Brille eines Bauern läßt die CSU in dem oberpfälzer Ort Neustadt an der Waldnaab aufatmen: Als Abtrünnige der bayerischen Regierungspartei für ihren Spalt-Verein Christliche Wählergemeinschaft (CWG) einen Wahlvorschlag mit den zehn erforderlichen Unterschriften formulieren wollten, vermißte ein Landwirt seine Sehhilfe und ließ seinen Namen durch den Schwiegersohn in die Rubrik „Unterschriften" setzen.

Dieser Schreibhilfe hat es die CSU nun zu verdanken, daß die von CSU-Rebellen gegründete CWG mit einem CSU-Kreisrat an der Spitze von der Wahl ausgeschlossen bleibt, nachdem der Wahlausschuß das Vorschlagspapier wegen der falschen Signatur abgelehnt hat und die Einreichungsfrist für Wahlvorschläge verstrichen ist.

Viele vergessene Brillen hätte die CSU in diesem Winter benötigt, um der Unzufriedenheit an der eigenen Basis Herr zu werden und die Lust am Widerstand gegen die Parteiführung zu entschärfen. Von „Verfallerscheinungen" schreibt der „Spiegel", und die „Zeit" diagnostiziert gar ein „Austrittsfieber". Wohl sind das für Franz Josef Strauß nur „wahrheitswidrige Spekulationen", die er unter dem Begriff „Quatsch" ablegt, doch der Parteichef sieht sich wegen der Umtriebe in den Orts- und Kreisverbänden zur Warnung genötigt: Die CSU sei nicht durch Kräfte von außen zu schlagen, wohl aber könne sie innerlich gefährdet werden durch „Profilsucht, Gehässigkeit, Rivalität, übertriebenen Ehrgeiz oder die Sucht, von sich reden zu machen".

Davon war einiges im Spiel, als die CSU in Augsburg, Bayerns drittgrößter Stadt, in zwei unversöhnliche Teile zerfiel, von denen der eine sich fortan Christlich-Soziale Mitte (CSM) und die eigentlich bessere CSU nennt. Profilierte Kommunalpolitiker, unter ihnen ein CSU-Bürgermeister, der einmal sogar mehr Stimmen als SPD-Oberbürgermeister Breuer erhalten hatte und von diesem erst in einer Stichwahl geschlagen wurde, widersetzten sich dem Begehr des Landtagsabgeordneten und Augsburger CSU-Chefs Knipfer, das Rathausbündnis mit der SPD zu kündigen und auch in der Fuggerstadt harte CSU-Politik zu betreiben. Sie gründeten eine eigene Fraktionsgemeinschaft und wurden kürzlich aus der CSU ausgeschlossen.

Im schwäbischen Gablingen, einer 4000-Seelen-Gemeinde unweit von Augsburg, verließ der CSU-Bürgermeister mit 31 Anhängern die CSU, gründete ebenfalls eine CSM und kandidiert gegen seine ehemalige Partei. In der Domstadt Freising verschworen sich neun Ex-CSU-Stadträte zum „Freisinger Block", und in Schongau am Alpenrand sah die CSU-Schatzmeisterin die Demokratie gefährdet, weil ihr die Stadtratsliste nicht paßte, worauf sie den Parteiaustritt erklärte.

Solche Probleme erlebe man alle sechs Jahre zur Kommunalwahl, wiegelt Landrat Otto Ammon als Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU ab, das seien nichts als einige „Kratzer im Gesicht der CSU". Was Generalsekretär Gerold Tandler zu der Überlegung reizt, diese Blessuren führten nur dazu, „daß man anschließend ein noch wetterfesteres Gesicht bekommt".



Doch der Wind, der die CSU zur Zeit an der Basis schüttelt, ist rauher als im üblichen Sechs-Jahres-Rhythmus – und er wurde von der CSU auch noch selbst gesät. Mit der Gebietsreform zu Beginn des letzten Jahrzehnts hatte Alfons Goppel als Amtsvorgänger von Strauß einen radikalen Schlag gegen die gewachsene bayerische Kommunalstruktur geführt. Von einst 7073 Gemeinden blieben nur noch 2052 übrig. Dies geschah sehr zum Ärger von Strauß. „Ich habe", sagt er heute, „gewarnt, zu viele kommunale Ämter durch eine zu weite kommunale Gebietsreform abzuschaffen."

Ein CSU-Politiker: „Viele Enttäuschte, die auf der Liste keinen Platz mehr gefunden haben, suchen ihr Heil jetzt bei freien Wählergemeinschaften. Diese sind am 18. März für die CSU ohnehin eine größere Gefahr als SPD, FDP und Grüne zusammen. Regiert die CSU das Land seit 1970 ununterbrochen mit absoluten Mehrheiten und hat sie auch bei Bundestagswahlen sogar seit 1957 nicht schlechter als mit 54,4 Prozent abgeschnitten, so haben die Freien Wähler zur Zeit über 36 Prozent der Mandate in bayerischen Rathäusern und Kreistagen. Die CSU ist mit knapp 30 Prozent auf den zweiten Platz verwiesen, die SPD liegt gar bei nur 14 Prozent. Und die Christsozialen haben nur geringe Chancen, bei der bevorstehenden Wahl besser abzuschneiden.

Günstige Aussichten haben sie dagegen in den beiden größten Städten. In München warnt CSU-Oberbürgermeister Erich Kiesl zwar vor einem rot-grünen Bündnis nach hessischem Muster auch im Münchner Rathaus, neueste Umfragen signalisieren jedoch, daß die CSU nur knapp unter der absoluten Mehrheit liegen wird und mit der FDP eine ausreichende Ratsmehrheit bilden kann. Damit könnte die CSU ihren Sensationssieg von "78, als sie erstmals seit 30 Jahren den Oberbürgermeister und die Mehrheit bekam, in einer zweiten Legislaturperiode festigen.

In Nürnberg können die Konservativen im „roten Rathaus" sogar erstmals die seit 1909 bestehende SPD-Mehrheit brechen. Im 70köpfigen Gremium bekam die SPD vor sechs Jahren 34 Sitze, die CSU 33. Die Sozialdemokraten hoffen, gemeinsam mit den Grünen „regierungsfähig" zu bleiben, während die Christsozialen auf eine wiedererstarkte FDP bauen. Mit Oberbürgermeister Andreas Urschlechter hätten sie kein Problem: Der wurde zwar 1981 für sechs Jahre als SPD-Kandidat wiedergewählt, trat aber kurz darauf aus der Partei aus und stimmt seither weitgehend mit der Rathauspolitik der CSU überein. Ein deutlicher Wahlsieg in der Franken-Metropole Nürnberg wäre für die CSU-Führung ein Erfolg mit Signalwirkung.

Einer Wirkung, die über die Grenzen Bayerns hinausstrahlen soll, wie Franz Josef Strauß am Aschermittwoch in Passau unter dem Jubel seiner Zuhörer verkündete: „Wir brauchen bei dieser Wahl eine eindrucksvolle Demonstration unserer politischen Stärke, nicht nur, damit wir in Bayern weitermachen können, sondern damit wir in Bonn unsere Bedeutung zeigen."

Hessens Grüne sprechen von Wortbruch

Bei ihnen wächst die Kritik an Ministerpräsident Börner

D. GURATZSCH, Kassel

Bei den Grünen in Hessen bekommen die Kritiker des sich anbahnenden rot-grünen Bündnisses immer stärkeren Auftrieb. Auf einer Sitzung des Landeshauptausschusses der Partei in Kassel am vergangenen Wochenende übten die Mitglieder dieses höchsten Beschlußgremiums der Grünen zwischen den Landesmitgliederversammlungen heftige Kritik an dem vom geschäftsführenden Ministerpräsidenten Holger Börner (SPD) vorgelegten Haushaltsplan für 1984. Entgegen der Erklärung Börners könnten sich die Grünen in diesem Haushalt nicht wiederfinden, argumentierten Delegierte der Kreisverbände aus ganz Hessen.

In einer mit Mehrheit verabschiedeten Resolution erklärte der Landeshauptausschuß: „Sollte sich herausstellen, daß die in den Verhandlungen mit der SPD getroffenen politischen Vereinbarungen nicht im Haushalt umgesetzt worden sind, muß festgestellt werden, daß so die Verhandlungsergebnisse von der SPD torpediert werden." Ein „Abspeisen der Grünen mit Vereinbarungen ohne finanzielle Umsetzung" schließe eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit der SPD aus.

„Bauernlobby" empört

Besonders heftige Kritik übten Vertreter der „Bauernlobby" bei den Grünen an Börners Absage an ein von den Grünen gefordertes Stützungsprogramm für klein- und mittelbäuerliche landwirtschaftliche Betriebe. Dieses Programm sei nach einer „verbindlichen Finanzierungszusage von seiten Börners und den SPD-Delegierten dann doch wieder einseitig von der SPD gestrichen" worden. Damit sei eine „zentrale Vereinbarung" für den Einstieg in eine neue Landwirtschaftspolitik geopfert worden. Ein von der eigens angereisten agrarpolitischen Sprecherin der Grünen im Bundestag, Antje Vollmer, dazu vorgelegter Resolutionsentwurf gipfelte in dem Satz: „Wir nennen dies einen Wortbruch der gemeinsam schriftlich festgelegten Verhandlungsergebnisse." Die Resolution wurde mit 18 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Die Fundamentalisten bei den Grünen, die im Landeshauptausschuß stärker repräsentiert sind als in den Mitgliederversammlungen der jüngeren Zeit, sahen einen „Bruch fester Zusagen" der SPD auch bei den Komplexen Müll, „Knastbauten" und Straßenbau. Sie zitierten empört eine Äußerung des haushaltspolitischen Sprechers der SPD-Fraktion, Ernst Welteke, in der dieser eine zwischen SPD und Grünen vereinbarte Sperrklausel für bestimmte Straßenprojekte als „haushaltsrechtlichnicht bindend" erklärt hatte. Beleg für die „wirklichen Absichten" Börners sei der hohe Haushaltsansatz für Straßenbau von 126 Millionen Mark, nur sieben Millionen weniger als 1983.

Stimmung umgekippt

Bezeichnend für die „Katerstimmung" auf der Kasseler Sitzung war, daß die Kritik der Fundamentalisten im Ansatz auch von den sogenannten Realpolitikern der Grünen geteilt wurde, die sich bisher für das Bündnis mit der SPD eingesetzt hatten. So sagte der Landtagsabgeordnete Karl Kerschgens, der als „Vater" der rot-grünen Bündnisverhandlungen gilt, Börners Haushaltsentwurf enthalte nur „einen Teil unserer Vereinbarungen". Über die Ausweisung des Bereiches Straßenbau sei er „auch persönlich sehr verärgert", hier müsse eine Änderung erfolgen. Andererseits betrachte er den Haushaltsentwurf als eine „Regierungsvorlage", mit der die SPD ein „gewisses Machtspiel" treibe.

Inzwischen haben die Grünen auf einer Pressekonferenz in Wiesbaden auch das Ergebnis ihrer Verhandlungen mit der SPD über „Friedenspolitik" als „nicht zustimmungsfähig" bezeichnet. Ein weiteres Indiz für das Umkippen der Stimmung bei den hessischen Grünen ist ein Aufsatz in der Frankfurter Sponti-Zeitung „Pflasterstrand", die sich bisher für das rot-grüne Bündnis besonders stark gemacht hatte. Er kommt zu dem Fazit, daß die nächste Landesmitgliederversammlung der Grünen Mitte Mai in Lollar, „sollte es nicht noch zu unerwarteten Zugeständnissen der Sozialdemokraten kommen, dem Haushalt '84 eine klare Absage erteilen wird. Das Ende des rot-grünen Bündnisses scheint vorprogrammiert".

Am 5. März 1984 verstarb nach einem arbeitsreichen Leben unser treusorgender, verehrter Seniorchef

Erich Möhrmann

im 78. Lebensjahr völlig unerwartet.

Sein Leben war Arbeit und Pflichterfüllung. Seine vornehme, faire und kreative Art zu denken und zu handeln, wird uns immer ein Vorbild sein.

HELLBUT & CO.
Geschäftsleitung, Gesellschafter und Mitarbeiter

Großer Kamp 8
2000 Barsbüttel

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 15. März 1984, um 10.30 Uhr auf dem Ohlsdorfer Friedhof, Halle A, im engsten Familienkreis statt.

Was Du ererbst von Deinen Vätern,
erwirb es, um es zu besitzen.

Getreu dieses Wahlspruches endete unsere gemeinsame 40jährige Zusammenarbeit am 5. März 1984 durch das Ableben meines lieben Zwillingsbruders und Mitinhabers

Erich Möhrmann

In dankbarer Erinnerung
Günter Möhrmann
in Firma
HELLBUT & CO.

Großer Kamp 8
2000 Barsbüttel

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 15. März 1984, um 10.30 Uhr auf dem Ohlsdorfer Friedhof, Halle A, im engsten Familienkreis statt.

Er streute den Samen
in die Ackerfurche der Welt . . .

Johannes Werner Klein

* 24. 6. 1898 † 9. 3. 1984

. . . in Ehrfurcht, Liebe
und grenzenloser Dankbarkeit

Petra Klein, geb. Robert

Weg beim Jäger 155, 2000 Hamburg 61

Beerdigung am Donnerstag, dem 15. März 1984, um 10 Uhr auf dem Friedhof Hamburg-Ohlsdorf, Kapelle 2.

Herr

Manfred Grotenhaus

1935 – 1984

Wir trauern um den langjährigen, sehr tüchtigen und erfolgreichen Geschäftsführer unserer Niederlassung Carl Spaeter GmbH, Hagen.

Der Tod riß ihn viel zu jung aus einem Leben tatkräftiger Arbeit.

Er war und bleibt Vorbild, das uns verpflichtet.

Seine Ausstrahlung wirkte in der gesamten Spaeter-Gruppe und weit darüber hinaus.

In Dankbarkeit nehmen wir Abschied.

Carl Spaeter
Gesellschaft mit beschränkter Haftung

4100 Duisburg 1, im März 1984
Am Buchenbaum 4–6

Die Eucharistiefeier findet am Freitag, dem 16. 3. 1984, um 10 Uhr in der Pfarrkirche Heilig-Geist zu Hagen-Emst statt. Die Beisetzung ist anschließend um 11.30 Uhr auf dem Friedhof Hagen-Holthausen.
Anstelle von Kranz- oder Blumenspenden bitten wir im Sinne des Verstorbenen die Arbeit des Pater Luis (Dieter Stöckler) in Argentinien zu bedenken. Konto-Nr. 796/7672/60, Deutsche Bank, Hagen.

Am 6. 3. 1984 verstarb nach langer schwerer Krankheit unser Mitarbeiter, Herr

Harald Grabsch

geboren am 28. 4. 1934

Herr Grabsch war 16 Jahre in unserem Hause tätig. Wir schätzten ihn als gewissenhaften und zuverlässigen Mitarbeiter und werden sein Andenken in Ehren halten.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter
der
Hamburger Sparkasse

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 14. 3. 1984, um 14.00 Uhr in der alten Kapelle des Neuen Friedhofes in Uetersen statt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheke (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

„DDR" baut elektronisches Sperrsytem aus

AP, Bonn/Lübeck

Grenzsoldaten der „DDR" haben auch gestern Selbstschußanlagen vom Typ SM 70 an der Grenze bei Mölln südlich von Lübeck abgebaut. Gleichzeitig jedoch setzt die „DDR" nach Informationen des Bundesinnenministeriums den Ausbau eines neuen elektronischen „Schutzstreifenzauns" entlang der innerdeutschen Grenze fort.

Die ursprünglich aufgebauten „Todesautomaten" sind, wie der Sprecher des Innenministeriums, Hans-Günter Kowalski, erklärte, seit Anfang September 1983 auf einer Länge von insgesamt 55,1 Kilometer entfernt worden. Dabei handelt es sich um trichterförmige Anlagen, die Metallstücke verschießen und „häßliche Wunden reißen".

Das neue Sperrsystem besteht nach den Informationen des Ministeriums aus mehreren gestaffelten Anlagen, die „lautloser arbeiten und optisch weniger grausam erscheinen". Diese Anlagen geben bei Fluchtversuchen optische und akustische Signale, die den Grenzsoldaten der „DDR" auf ihren Beobachtungsständen Hinweise darauf geben, an welcher Grenzstelle ein Fluchtversuch unternommen wird.

Der Sprecher des Innenministeriums betonte zugleich, Gerüchte, wonach die „DDR" die alten „Todesautomaten" durch moderne ersetzen wolle, hätten sich nicht bewahrheitet. Die Ost-Berliner Aktionen an der Grenze zeigten, daß es der „DDR" darum gehe, das bisherige „mörderische System" zu entfernen.

Ausländer: Bonn bestreitet Vorwürfe

hey, Bonn

Als „böswillige Falschinformation" hat Regierungssprecher Peter Boenisch Behauptungen zurückgewiesen, die Bundesregierung betreibe eine „Ausländervertreibungspolitik". Unter Hinweis auf die Regierungserklärung vom Mai letzten Jahres betonte Boenisch das „ernsthafte Bemühen", die Integration der auf Dauer in der Bundesrepublik lebenden Ausländer zu erreichen. Daneben gebe es aber auch um eine Begrenzung des Zuzugsalters und die Förderung der freiwilligen Rückkehr in die Heimatländer. Bisher haben etwa 4000 Ausländer Rückkehrhilfen und ungefähr 10 000 die Rückerstattung ihrer Rentenbeiträge beantragt.

Flucht nach Niedersachsen

rtr, Hannover

Zwei „DDR"-Bewohner sind gestern über die Grenze nach Niedersachsen geflüchtet. Nach Angaben des Grenzschutzkommandos Nord in Hannover überwanden ein 29jähriger und 34jähriger Maurer im Schutz der Dunkelheit die Grenzsperren und erreichten unverletzt im Landkreis Osterode das Bundesgebiet. Damit sind in diesem Jahr bisher sieben „DDR"-Bewohner über die Grenze nach Niedersachsen geflüchtet.

Vertrag gilt auch bei „Schwarzarbeit"

dpa, Karlsruhe

Werkverträge zwischen Bauherr und ausführendem Unternehmen bleiben auch dann wirksam, wenn die betreffende Firma ohne Wissen des Auftraggebers nicht in die Handwerksrolle eingetragen war und damit gegen das Verbot der Schwarzarbeit verstoßen hat. Dies hat der VII. Zivilsenat des Bundesgerichtshofes (BGH) in einem gestern veröffentlichten Grundsatzurteil festgestellt (Aktenzeichen: VII ZR 121/83 vom 19. Januar 1984).

Wenn – wie im behandelten Fall – ein Auftraggeber ohne sein Wissen an einen Schwarzarbeiter geraten sei, so habe er die Wahl, den Vertrag zu erfüllen, aus wichtigen Gründen zu kündigen oder wegen arglistigen Verhaltens seines Vertragspartners anzufechten. Der BGH gab damit der Revision eines Bauherrn statt und hob ein anderslautendes Urteil des Oberlandesgerichts (OLG) Oldenburg auf.

„Das Verhältnis zu Bonn könnte noch enger sein"

WELT-Gespräch mit Mexikos Außenminister Sepulveda

Von MANFRED NEUBER

Hoch über dem Platz der drei Kulturen, wo die spanischen Conquistadoren auf den Trümmern präkolumbianischer Kultstätten triumphale Kuppeln des christlichen Glaubens bauten und wo das revolutionäre Mexiko mit moderner Architektur von der Symbiose dieses Volkes kündet, wird die mexikanische Außenpolitik gestaltet. In unseren Tagen steht sie im Spannungsverhältnis zwischen dem mächtigen Nachbarn USA und der bedrohlichen Krise in Mittelamerika.

Als größter Nation dieser Region fällt Mexiko eine besondere Rolle bei den Friedensbemühungen zu. In der Contadora-Gruppe (mit Kolumbien, Panama und Venezuela) und in anderen lateinamerikanischen Gremien leistet Mexiko einen wichtigen Beitrag zur Abwendung der Kriegsgefahr. Dabei nutzt es auch seinen guten Draht zu Kuba. Daß in der mexikanischen Außenpolitik oft linke Rhetorik anklingt, wirkt im Westen befremdlich, sollte aber nicht zu falschen Schlüssen verleiten, weil solche Deklamationen mehr für den Hausgebrauch bestimmt sind.

Hausherr in dem Auswärtigen Amt auf historischem Grund ist Bernado Sepulveda Amor, Völkerrechtler, 42 Jahre alt, ein enger Vertrauter des mexikanischen Präsidenten Miguel de la Madrid. In dieser Woche kommt Sepulveda zu einem zweitägigen Besuch in die Bundesrepublik Deutschland. Sein Onkel Cesar Sepulveda ist seit 1983 Mexikos Botschafter in Bonn.

In einem Exklusiv-Interview mit der WELT vor seiner Reise nach Bonn würdigt Sepulveda die „traditionell ausgezeichneten Beziehungen" zwischen Mexiko und der Bundesrepublik Deutschland. Er danke den deutschen Banken für ihre Unterstützung, als sein Land die Auslandsschulden (70 Milliarden Dollar) unter Kontrolle brachte. In Zukunft könnte das Verhältnis zur Bundesrepublik noch enger gestaltet werden, zum Beispiel beim Kulturaustausch und den Wirtschaftsbeziehungen. Mexiko kauft doppelt so viele deutsche Waren wie es in die Bundesrepublik exportiert.

Gute Möglichkeiten

Für deutsche Investoren und Unternehmen biete Mexiko gute Möglichkeiten, sagt Sepulveda. Besonders gefragt seien Industrien, die ihre Produkte aus Mexiko exportierten, um so Devisen zu erwirtschaften und das mexikanische Handelsdefizit verringern zu helfen. Gegenwärtig sind 82 Prozent der gesamten Auslandsinvestitionen im Ballungsraum Mexico City konzentriert. Künftig werden Niederlassungen in anderen Provinzen gefördert. Über die friedliche Nutzung der Kernenergie wird der Außenminister „zum gegenwärtigen Zeitpunkt" mit deutschen Stellen nicht verhandeln. Auf lange Sicht hält der viertgrößte Erdölerzeuger der Welt jedoch am Konzept einer atomaren Energieversorgung fest.

Mit großen Erwartungen sieht Mexiko dem Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl im Juli entgegen. Es wird die erste Visite eines Bonner Regierungschefs in dem mittelamerikanischen Staat sein. Außenminister Sepulveda erkennt an, wie sehr sich die Bundesrepublik in der Europäischen Gemeinschaft für die Belange der Lateinamerikaner einsetzt. Er will jetzt in Bonn mit Bundesaußenminister Genscher über den zunehmenden Protektionismus der Industrienationen sprechen, der sich lähmend auf den Welthandel auswirke und das Bemühen der Entwicklungsländer erschwere, mit dem Erlös für ihre industriellen Erzeugnisse den Schuldenberg abzutragen.

„Unsere große Sorge"

Nach Einschätzung Sepulvedas liegt der Ursprung der Konflikte in Mittelamerika „in der sozialen Ungerechtigkeit, in der wirtschaftlichen Unterentwicklung und im Fehlen stabiler politischer Strukturen. Wir sind uns allerdings der großen Gefahr bewußt, daß Mittelamerika in die Auseinandersetzung zwischen den Supermächten hineingezogen wird. Das ist unsere große Sorge, und deshalb suchen wir nach einer politischen Lösung, um eine gefährliche Zuspitzung zu verhindern."

In diplomatischen Kreisen, die Amerika nahe stehen, hält man es Sepulveda als intellektuelle Unredlichkeit vor, einerseits als ehrlicher Makler in Mittelamerika aufzutreten, andererseits es nicht mit verbaler Unterstützung für die Sandinisten in Nicaragua und die Linke in El Salvador bewenden zu lassen. So haben die Führer der Revolution in El Salvador in Mexiko-Stadt nicht nur ein Refugium, sondern sogar ein Forum für die Weltöffentlichkeit. Beobachter führen diese ambivalente Haltung auf innenpolitische Erfordernisse Mexikos zurück.

Sepulveda möchte, in puncto Innenpolitik, klarstellen: „Mexiko war nie ein Einparteien-Staat, und es hat auch kein Einparteien-System. Es gab immer eine Anzahl von Oppositionsparteien, die im Rahmen unseres politischen Systems mitarbeiten. Gegenwärtig sind sieben Oppositionsparteien registriert. Sie nehmen ihre Aufgabe in unserem politischen System wahr, aber sie finden wenig Widerhall in der Bevölkerung und stellen deshalb keine wirkliche Herausforderung für die Regierungspartei dar. Die regierende Partei hat uns politische Stabilität und somit die wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen Frieden gesichert. Wir betrachten die anderen Parteien als einen Teil unseres demokratischen Systems."

Noch einmal bekräftigte der Außenminister die Forderung Mexikos nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Deshalb setze er sich für globale Verhandlungen zwischen Nord und Süd ein. Die nach 1945 geschaffenen Strukturen seien überholt. Diese Erkenntnis müsse sich auch unter den Industrienationen durchsetzen.

Kann Mondale „Hart-Expreß" bei den Vorwahlen bremsen?

Am Super-Dienstag gewinnen Minderheiten an Gewicht / Jackson als unbekannte Größe

TH. KIELINGER, Washington

Heute fällt in neun amerikanischen Bundesstaaten eine Vorwahlentscheidung, die maßgeblich den Nominierungskonvent der Demokratischen Partei – im Juli in San Francisco – beeinflussen wird. Nicht weniger als 602 Delegierte gilt es heute zu gewinnen – das ist fast ein Drittel der für die Kür zum Präsidentschaftskandidaten der Partei benötigten Zahl. Die erforderliche absolute Mehrheit der 3933 Parteitagsdelegierten beträgt 1967 Delegierte.

Der „Super-Dienstag", wie er seit langem genannt wird, bündelt Entscheidungen an quer über das Land verteilten Orten und wird daher die bisher beste Auskunft über Wählertrends unter den Demokraten zulassen. Er kommt nur eine Woche nach den letzten Delegierten-Auswahlen in Vermont und Maine und nur zwei Wochen nach der ersten eigentlichen „primary" (Vorwahl) in New Hampshire, wo Senator Gary Hart seinen phänomenalen Durchbruch erzielte. Diese frühe Ballung der Termine bringt alle Kandidaten in Profil-Nöte. Da können die Medien Tendenzen aufputschen, noch ehe der Wähler Zeit und Ruhe zur Klärung bei sich gefunden hat.

Für Walter Mondale vor allem stellt sich die Frage, ob er den „Gary-Hart-Expreß" überhaupt noch stoppen kann. Aber auch für den bisherigen Überraschungssieger, für Hart selber, stehen Fallen im Wege. Seine stürmische Siegeskurve kann für manche Wähler wiederum abschreckend wirken, die sich ebensowenig einreden lassen wollen, es sei „für Hart schon alles gelaufen", wie sie vor New Hampshire dagegen rebellierten, daß angeblich Walter Mondale bereits als der Erkorene seiner Partei dastand.

Neben Mondale und Hart rechnen sich noch John Glenn, der Reverend Jesse Jackson sowie George McGovern Chancen aus, McGovern freilich ernsthaft nur in Massachusetts, einem Bundesstaat, den er als einzigen im Präsidentschaftswahlkampf 1972 gegen Richard Nixon gewinnen konnte. Jacksons Stärke liegt in den Staaten des Südens – Alabama, Georgia, weniger Florida. In Alabama und Georgia stellen die Schwarzen fast ein Drittel der wahlberechtigten Bürger, die sich demokratisch haben registrieren lassen.

Da Mondale nicht mehr als der sichere Spitzenkandidat seiner Partei gilt, fällt es einem großen Teil der farbigen Wähler um so leichter, ihre Stimme dem Kandidaten ihrer Hautfarbe zu geben – Jesse Jackson. Diese Aufspaltung eines soliden Wählerblocks hat Gary Hart im Süden weiter nach vorne kommen lassen, als er trotz seiner bisherigen Erfolge hätte erwarten dürfen.

Nach den jüngsten Hochrechnungen gibt man Senator Hart für die heutigen Vorwahlen („primaries") in Massachusetts, Florida und Rhode Island die besten Aussichten. Unentschieden sind zwischen ihm und Mondale die Rennen in Alabama und Georgia. Vor allem in Jimmy Carters Heimatstaat, Georgia, könnte Mondale, einst Carters Vizepräsident, die alte liberale Familie der Minderheiten aller Couleur noch ein letztes Mal zusammenbringen. Nach „Caucus"-Staaten (wo nicht geheim, sondern in offener Präferenzbekundung entschieden wird) dominiert Hart in Washington, Nevada und – weniger klar – in Oklahoma. Hawai bleibt ungewiß.

In einer letzten Fernsehdebatte am Sonntag versuchten sich die Kandidaten gegenseitig noch einmal aus den Angeln zu heben, wobei Gary Hart deutlich von allen Seiten attakkiert wurde. Vor allem die „Novität" seines Programms wurde süffisanter Analyse unterworfen. So nannte Walter Mondale Harts Ankündigung, er wolle die Verteidigung der Golfregion denjenigen überlassen, die am meisten in ihrem Ölimport von ihr abhingen, nämlich den Alliierten, eine „naive Idee". Im übrigen wähle Amerika kein Image und keinen „Wählersog", sondern wirkliche Menschen und Führungspersönlichkeiten.

Aber was Amerika wirklich wählt, das ist das noch nicht gelöste Rätsel dieser Vorwahlsaison.

„Sandinisten manipulieren die Wahlen"

WELT-Interview mit dem CDU-Außenpolitiker Marx über die Lage in Nicaragua

DW. Bonn

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Werner Marx (CDU), hat sich in einem WELT-Interview besorgt über die Entwicklung in Nicaragua geäußert. Marx hatte mit einer Parlamentarier-Delegation die Staaten Mexiko, Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua und Costa Rica bereist. Die Fragen an Marx stellte Evi Keil.

WELT: Am 4. November sollen in Nicaragua „freie Wahlen" stattfinden. Wie schätzen Sie die Lage ein?

Marx: Der Vorsitzende der nicaraguanischen Bischofskonferenz, Pablo Antonio Vega, nannte mir gegenüber die Wahlen „eine gute Speise, die vergiftet ist". Die Wahlen werden für die Sandinisten ein demokratischer Mantel sein für die Entwicklung einer Partei, die auf dem Weg zum Leninismus ist. In Sondergerichten werden bis heute sogenannte Konterrevolutionäre, die der sandinistischen Bewegung nicht passen, abgeurteilt und ins Gefängnis geworfen.

Es gibt die sogenannten Verteidigungskomitees, die verteilen im ganzen Land Wohnungen, Lebensmittelkarten, auch die Pässe, wenn man ins Ausland will. Die Sandinisten haben damit ein Hilfsinstrument geschaffen, das halb nazistisch, halb leninistisch ist. Denn von den Verteidigungskomitees bekommen die Menschen nur etwas, wenn sie gefügig sind. Hier ist schon die Gleichsetzung „Sandinismus gleich Staat". Noch ist ein totalitäres System nicht da, aber es zeichnet sich ab. Es gibt Anzeichen, daß sich Nicaragua in einem langsamen Transformationsprozeß prokubanisch verändert.

WELT: Der SPD-Abgeordnete Wischnewski verlangte von der Bundesregierung die Weiterzahlung von Entwicklungshilfe ...

Marx: Ich bin mit der Bundesregierung darin einig, daß wir diejenigen Projekte, die begonnen wurden, zum Ende führen, keine sogenannten „Ruinen" dalassen. Bei der Neuvergabe von deutschen Steuergeldern müssen wir aber darauf achten, daß wir damit nicht die Waffen finanzieren, die in Kuba und in der Sowjetunion gekauft werden. Hilfe kann von uns nur verlangt werden, wenn es einen überschaubaren demokratischen Prozeß und nicht eine Wahlfarce gibt.

WELT: Stimmt es, daß in Nicaragua die Miskitos grausam unterdrückt werden?

Marx: Wir waren in einem Miskito-Lager im östlichen Honduras, an der Grenze zu Nicaragua. Die Indianer erzählten uns, ihre Frauen seien unter dem Junta-Regime in Nicaragua vergewaltigt worden, die Männer totgeschossen, die Dörfer zerstört worden. Man wolle lieber hier sterben als in das eigene Land zurückgehen".

WELT: Gibt es für die Bundesregierung noch Einflußmöglichkeiten auf die Entwicklung in Nicaragua?

Marx: Es kommt jetzt darauf an, daß man noch stark auf Nicaragua einwirkt, daß der Weg zum Leninismus nicht unmittelbar beschritten wird. Ich teile aber nicht die optimistischen Meinungen über die Wahlen dort, auch wenn man gegenüber der westlichen Welt den Eindruck erwecken will, man führe sie korrekt durch. Aber man manipuliert im Vorfeld der Wahlen im Schutze des Ausnahmezustandes, der immer noch im Land herrscht, wegen der Probleme an den Grenzen. Führende Sandinisten haben uns gesagt, wenn man den Ausnahmezustand aufhebt, breche die Anarchie aus. Das ist ein tolles Beispiel für das Selbstbewußtsein dieser Leute".

WELT: Welcher mittelamerikanische Staat ist mit am meisten gefährdet?

Marx: El Salvador. Wir haben lange mit dem früheren Präsidenten Napoleon Duarte gesprochen. Er ist meiner Meinung der einzige, der zwischen all den verfeindeten Gruppen einen Dialog in Gang setzen könnte. Aber es bedarf auch der politischen, psychologischen und materiellen Hilfe der Europäer.

„Nur 20 Minuten entfernt, aber unerreichbar"

SAD/DW. London

Tochter Regina lebt 20 Minuten von ihren Eltern entfernt – und ist dennoch für diese unerreichbar. Dieses Schicksal einer deutschen Familie hat die Londoner „Times" gestern zum Anlaß einer ganzseitigen Reportage über eine Berliner Familie und die Teilung Deutschlands genommen.

Reporterin Wendy Oberman besuchte die Familie des ehemaligen Ost-Berliner Juristen Norbert Heyn. Heyn war am 14. Dezember 1977 in dem Kofferraum eines Diplomatenwagens nach West-Berlin geflohen. Seine Frau Waltraud und die Kinder Uwe und Sabine durften ein Jahr später ausreisen. Tochter Regina, mit einem Tischler verheiratet, erhält jedoch keine Ausreiseerlaubnis.

Der ehemalige Jurist Heyn hatte in Ost-Berlin für einen gut eingeführten Anwalt gearbeitet. Nach seinen eigenen Angaben kümmerte er sich um die Klienten dieses Anwalts, besuchte sie im Gefängnis und setzte sich, wo immer es ging, für sie ein.

Als einer seiner ehemaligen Klienten in den Westen kam und auf einer Pressekonferenz über Heyn erzählte, wurden die Ost-Berliner Behörden auf ihn aufmerksam. Der Anwalt wurde angewiesen, Heyn nicht mehr zu beschäftigen. Heyn entschloß sich zur sofortigen Flucht.

Für die zurückgebliebene Familie begann, so die Times, „ein Alptraum". Sie verloren sofort ihre Arbeit und wurden zur Fließbandarbeit in eine Schuhfabrik geschickt. Schließlich wurde der Frau Heyns die Ausreise genehmigt. Alle Ausreiseanträge, die die Tochter seither halbjährlich stellt, wurden bis heute abgelehnt.

Die „Times"-Leser erfahren aus der Reportage, daß Norbert Heyn seine Enkelkinder Sophia (2) und Christopher (5) noch nie in die Arme schließen konnte. Er konnte sie bislang nur durch sein Fernglas sehen und ihnen über die Mauer zuwinken. Seine Frau konnte sich mit der Tochter und den Enkelkindern in der CSSR treffen. Heyn ist selbst diese Möglichkeit verwehrt, da ihm die „DDR" kein Transitvisum ausstellt.

Der krebskranke Jurist, der heute in West-Berlin von der Unterstützung des Sozialamtes lebt, hat an die Vereinten Nationen, an die schwedische Königin Sylvia und an den früheren österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky geschrieben. Er hofft, seine Tochter doch noch einmal sehen zu dürfen. „Ich bin verzweifelt", sagte Norbert Heyn der „Times"-Reporterin. „Mir bleibt nur noch wenig Zeit."

Er setzte den Schutz der Kirchen in der SPD durch

Helmut Schmidt hat vor kurzem den prägenden Persönlichkeiten der Sozialdemokratie seine Dankbarkeit bekundet. Als deren große Vorbilder nannte er außer den herausragenden Bürgermeistern – wie Reuter, Kaisen oder Brauer – Carlo Schmid, Adolf Arndt, Heinrich Deist und Fritz Erler. Diese vier können mit Recht als die Väter des Godesberger Programms bezeichnet werden. Heinrich Deist führte die SPD zur Marktwirtschaft. Adolf Arndt, der am 12. März 80 Jahre geworden wäre, setzte gegen den Widerstand nicht weniger Altgenossen Anerkennung und Schutz der Kirchen im Programm der SPD durch.

In den fünfziger Jahren hatten Parteigegner Adolf Arndt ironisch den „Kronjuristen der SPD" getauft. An ihm blieb dann dieses Wort wie ein Ehrentitel für alle Zeiten hängen. Gewiß galt die Arbeit des Bundestagsabgeordneten Arndt primär juristischen Fragen. Aber Arndt war weit mehr als der Kronjurist der SPD. Er gehörte nicht nur der Gesellschaft für Evangelische Theologie an, sondern er besaß umfassende theologische Kenntnisse. Seine ganze Liebe schenkte er der Kunst und Kultur.

„Demokratie als Bauherr", eine Schrift Arndts, verdient nicht vergessen zu werden. Arndt wurde Ehrenmitglied der Akademie der Künste in Berlin und erhielt 1965 den Kritikerpreis des Bundes Deutscher Architekten. Als Kultursenator Berlins von 1963 bis 1964 hatte Arndt, ein dünnhäutiger und nervöser Mann, allerdings keine Fortüne, weshalb er nach



Adolf Arndt

knapp einem Jahr wieder in den Bundestag zurückkehrte.

Dies war kein Mann der Apparate und der Taktik. Er war niemals eine bequeme Figur, und er wußte das. Als ich ihn 1963 darauf ansprach, gestand er mit einem leichten Aufseufzen: „Mir fällt das schwer." Arndt war eine lodernde Flamme, die sich zu früh selbst verzehrte. Unvergessen ist der Redner, der oft messerscharf in den großen Bundestagsdebatten der ersten zehn Jahre die juristischen Argumente für die Kämpfe der SPD zur Außen- und Verteidigungspolitik beitrug. Unvergessen sollten aber für eine nachgewachsene Generation nicht nur die Überzeugungen, das Wirken, sondern auch das Schicksal dieses 1974 verstorbenen Politikers sein.

Geboren wurde er 1904 in Königsberg als Sohn des Staatsrechtlers an der dortigen Universität, eines evangelisch getauften deutschen Juden aus Pommern, und einer hessischen, dem Militäradel entstammenden Mutter. Der Vater war Preuße und Deutscher mit Leib und Seele, überzeugter Monarchist und zweimal in Hessen Reichstagskandidat der Freikonservativen.

Darum war der 16jährige Adolf Arndt 1920 beim Kapp-Putsch unter den schwarz-weiß-roten Fahnen der Brigade Erhard dabei. Dreizehn Jahre später standen SA-Männer vor der Bürotür des Strafrichters Arndt in Berlin-Moabit und verweigerten dem „Halbjuden" den Zutritt. Als Rechtsanwalt und gegen Kriegsende als Munitionsschlepper in einem Zwangsarbeitslager überstand Arndt das Dritte Reich. Hitler war es, der aus einem Deutschnationalen einen Sozialdemokraten machte, der ab 1940 der SPD und Deutschland an hervorragenden Stellen diente.

GEORG SCHRÖDER

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Apel nach Berlin aus „Reiz und Pflichterfüllung“

AP/dpa, **Ludwigsburg/Berlin**

Der frühere Bundesverteidigungsminister Hans Apel hat angekündigt, daß er sich um die Spitzenkandidatur der SPD bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 10. März 1985 bewerben will. Als Beweggründe für seine Entscheidung nannte Apel „Reiz und Pflichterfüllung“. Die endgültige Entscheidung über den neuen Spitzenkandidaten wird voraussichtlich bei den heutigen Beratungen der Berliner Parteispitze fallen, bei denen Apel mit dem Partei- und Fraktionsvorstand Fragen seiner Kandidatur gegen den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) erörtern will. In der Partei galt es gestern als „absolut sicher“, daß sich eine breite Mehrheit für Apel als Nachfolger von Harry Ristock aussprechen wird.

Der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, Alexander Longolius, hielt jedoch auch gestern an seiner Bewerbung für die Kandidatur fest. In Parteikreisen wird dies als „psychologische Geste“ gewertet, um deutlich zu machen, daß Berlin auch mit eigenen Kräften in den Wahlkampf um das Amt des Regierenden Bürgermeisters ziehen könne.

Tschernenko zu Vogel: Schwere Schatten

■ Fortsetzung von Seite 1

sten Sowjet im grauen Gebäude des Zentralkomitees der KPdSU. Im braun getäfelten Sitzungssaal, unter den Augen von Marx und Lenin, saßen den Deutschen der sowjetische Delegationsleiter Ponomarjow, ZK-Sekretär und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Obersten Sowjet, sowie der Erste Stellvertretende Leiter der internationalen Abteilung des ZK, Sagladin, der Direktor des Nordamerika-Institutes, Arbatow, der Erste Stellvertretende Chef des Generalstabs, Marschall Achromejew, der Direktor des ZK-Instituts für Weltwirtschaft, Jakowlew, und „Prawda“-Kommentator Schukow gegenüber. Nach etwa einer Stunde betrat dann Tschernenko mit seinem Berater Alexandrow-Agentow den Raum.

Der erste Mann der Sowjetunion stützte sich mit der linken Hand auf einem Sessel ab, während er die deutschen Gäste begrüßte. Im Mittelpunkt seiner ohne Brille verlesenen Ansprache stand, daß das „Gute, was wir miteinander erkämpft haben, ausgebaut und vertieft“ werden müsse.

Trotz mehrfachen Insistierens Vogels blieben westliche Journalisten bis auf wenige Ausnahmen „ausgesperrt“. Sie mußten vor dem ZK-Gebäude warten.

Eine knappe Stunde dauerte die anschließende Unterredung in großer Runde mit Tschernenko. Sie bestand aus Statements, aber auch weiterführenden Dialogen. Dann zog sich der Generalsekretär mit dem Oppositionsführer aus Bonn für knapp 20 Minuten zu einem Gespräch zurück, bei dem nur noch zwei Dolmetscher anwesend waren.

Vogel sprach hinterher ausdrücklich davon, er habe den Eindruck von „einem Mann, der in sich ruht und über dessen Willensstärke man einen realistischen Eindruck gewinnen konnte“. Er ging damit kaum verhüllt auf westliche Berichte ein, in denen von teilweise eingeschränkter Leistungsfähigkeit Tschernenkos die Rede ist und Parallelen zum kranken Andropow gezogen werden. Man habe sich, sagte Vogel, auch über die Opfer beider Seiten während des Zweiten Weltkrieges unterhalten, über die Begegnungen Brandts mit Breschnew und die Verantwortung „unserer Generation aus der Geschichte“.

Ankara bestreitet Zusagen an Genscher

● Fortsetzung von Seite 1

litik wird nicht als einseitiges Opfer gemacht.“

Nach zuverlässigen Angaben soll Genscher den türkischen Ministerpräsidenten Özal regelrecht beschworen haben, eine konkrete Zusage zu machen. Aber der erst seit zweieinhalb Monaten regierende Premier, der als zäher Verhandlungspartner gilt, hat deutlich zu erkennen gegeben, daß er nur dann Abstriche machen will, wenn die ersten deutschen Gegenleistungen vorliegen. Dazu ein Gesprächsteilnehmer: „Zu diesem Zeitpunkt ist die türkische Seite nicht konzessionsbereit gewesen.“

Die Bundesregierung soll nach Ansicht Ankaras sowohl im bilateralen Bereich als auch im Kreise ihrer EG-Partner der Türkei politisch und wirtschaftlich entgegenkommen. Weil Özal genau weiß, daß seine Zivilregierung mit der Wirtschaft steht und fällt, erwartet er vor allem im Wirtschaftsbereich deutsche Gegenleistungen. Nachdrücklich hatte er die Beseitigung der vom Bundesinnenministerium befürworteten Restriktionen für den Nachzug von Familienangehörigen von bereits in Deutschland lebenden türkischen Gastarbeitern sowie eine Anhebung der Rückkehrprämien gefordert. Erwünscht ist außerdem eine Erhöhung der Reintegrationshilfe, die 1983 20 Millionen Mark betrug.

Ankara rechnet fest damit, daß Bonn auch 1984 der Türkei eine großzügige Wirtschaftshilfe (1983: 130 Millionen Mark) gewähren wird und die Militärhilfe von 130 Millionen Mark für weitere 18 Monate erneuert. Schließlich wünscht Ankara deutsche Investitionen. Özal hat von einem günstigen Investitionsklima gesprochen, das seit seiner Regierungsbildung entstanden sei. Eine Fülle bürokratischer Vorschriften sei aufgehoben worden. Bonn ist von Ankara aufgefordert worden, sich dafür einzusetzen, daß die seit 1981 blockierte EG-Finanzhilfe in Höhe von 600 Mio. Rechnungseinheiten (umgerechnet 1,4 Milliarden Mark) freigegeben wird. (SAD)

Grünen-Geschäftsführer rügt Finanz-„Chaos“ der Fraktion

„Nachhilfeunterricht“ für Verwendung öffentlicher Gelder / Noch keine Geschäftsordnung

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Die Grünen im Bundestag sehen sich ein weiteres Mal heftiger Kritik aus den eigenen Reihen ausgesetzt. Nachdem der inzwischen unter Mitnahme seines Mandats ausgeschiedene ehemalige General Gert Bastian politische und organisatorische Fehlleistungen gerügt hat, prangert jetzt Fraktionsgeschäftsführer Michael Vesper finanzielle Mißstände an.

Abgeordnete und Nachrücker, so sein Vorwurf, gingen zu locker und großzügig mit Steuergeldern um. In einem vertraulichen 21seitigen „Bericht über meine Tätigkeit seit September 1983“ schreibt Vesper nach WELT-Informationen: „Chaos mag im allgemeinen kreative Komponenten haben, im Finanzbereich nicht. Hier ist Chaos an sich schon schlimm genug.“

In dem Papier „verzichtet“ Vesper zwar auf „eine Darstellung der Alltagsarbeit in der Fraktionsgeschäftsführung“, auch wenn dies „reizvoll“ wäre. Aber, so meint er unter der Überschrift „Einige abschließende Bemerkungen“, vielleicht gebe „sie Stoff für ein Kabarett auf der nächsten Fraktionsfete“.

Vesper beklagt, daß die Fraktionsgeschäftsführung der Grünen weitaus höheren bürokratischen Anforderungen „ausgeliefert“ sei und viel kompliziertere Verwaltungsvorgänge als die der anderen Fraktionen zu lösen habe. Dabei werde sie „mit nahezu völligem Unverständnis der Fraktion gegenüber bürokratischen Maßnahmen“ konfrontiert. Er fordert deshalb die Grünen ausdrücklich auf, ihr Verhältnis zur Bürokratie zu klären. Ein „Zuwenig an Bürokratie“, warnt er, „könnte leicht zu unkorrektem, ungerechtfertigtem, nicht nachvollziehbarem Ausgabenverhalten“ führen. Er habe den Eindruck, „daß die Fraktion wie ein Fisch im Wasser schwimmen und alle Klippen elegant vermeiden will, ohne sich naß zu machen“.

Vorsorglich mahnt Vesper die Grünen, sich bei der Finanzierung ihrer Bundesarbeitsgemeinschaften „strikt“ an die vom Bundesrechnungshof vorgegebenen Bedingungen zu halten. Denn die Behörde habe „einen Rest an Skepsis nicht verloren“ und bereits eine Prüfung „im Detail“ angekündigt. Klar sei, „auch wenn das manche bedauern mögen“, daß die tatsächlichen Verhältnisse mit ihren Aussagen gegenüber dem Bundesrechnungshof übereinstimmen müßten, „und zwar nachprüfbar“. Weiter gibt Vesper für die Verwendung von Geldern „Nachhilfeunterricht“: So könnten zum Beispiel Einsparungen erzielt werden, „wenn wenigstens Drucksachen durchgängig als solche und nicht als Eilbriefe mit Luftpost verschickt würden“. Kritik übte er auch an einigen Ausgaben der Nachrücker, die nicht als „Mandatsaufwand“ im Sinne des Sindelfinger Parteitagsbeschlusses akzeptabel gewesen seien. In der Summe beklagt Vesper, daß die Fraktion immer noch keine Geschäftsordnung habe. Dabei liege ein Entwurf seit Ende Januar vor. Sein Fazit: Die Grünen seien organisatorisch „in keiner Weise“ auf den Einzug in den Bundestag vorbereitet gewesen.

Arbeitgeber: Pläne Bonns zu teuer

DW. **Köln**

Vor einer Überforderung der Betriebe bei einer Verwirklichung der jetzt in der Bundesregierung diskutierten Vorruhestandsregelung hat die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gewarnt. Eine Absenkung der Altersgrenze für den Vorruhestand auf 58 Jahre mit allen Nebenwirkungen würde die Kosten der Betriebe im Einzelfall um durchschnittlich 35 Prozent erhöhen.

Die Arbeitgeberverbände warnen: Durch die Kombination aller geplanten Maßnahmen würden Tarifverträge oder einzelne Arbeitsverträge über den Vorruhestand nahezu unmöglich gemacht. Die Belastung der Betriebe dürfe auf keinen Fall weiter verstärkt werden. Anderenfalls gebe es kaum eine realistische Chance für eine Vorruhestandsregelung.

CDU klagt über die Post

Parteivorstand verabschiedet „Stuttgarter Leitsätze“

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Auf dem CDU-Bundesparteitag im Mai in Stuttgart ist mit Diskussionen über die Monopolstellung der Bundespost zu rechnen. Die gestrigen Beratungen des CDU-Bundesvorstandes über die „Stuttgarter Leitsätze“ zur Wirtschafts- und Industriepolitik haben gezeigt, daß Unzufriedenheit über bestimmte Dienstleistungen der Post herrscht.

Unzufriedenheit zeigt sich über den Pakettransport und insgesamt darüber, wie zögerlich die Post den technischen Wandel vollzieht. Klagen gab es auch über das „bürokratische“ Verhalten des Bundesunternehmens bei der Vergabe von Aufträgen an Privatfirmen.

Der Bundesvorstand verabschiedete die Leitsätze einstimmig. CDU-Generalsekretär Heiner Geißler wurde zu redaktionellen Änderungen ermächtigt. Es fällt auf, daß dem Umweltschutz, der zum eigenen Kapitel geworden ist, mehr Gewicht beigemessen wird als zuvor. Neu gefaßt wurde auch der Titel der Leitsätze. Er lautet jetzt: „Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation“.

Änderungen gegenüber der bisherigen Diskussionsgrundlage gab es auch im analytischen Teil. Jetzt wird hier stärker als zuvor auf den „verpaßten“ Strukturwandel im technologischen Bereich in den siebziger Jahren, an die zu weite Ausdehnung der Staatsquote und an die Notwendigkeit, wiederum eine geordnete Wettbewerbssituation herzustellen, erinnert. Die ablehnenden Aussagen zur 35-Stunden-Woche wurden beibehalten.

„Hart am Rande der Wahrheit“

rmc. **Bonn**

Die Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Sprecher des Verteidigungsministeriums, Oberst Reichardt, wegen des Verdachts der Falschaussage hat SPD-Vorstandssprecher Clement der Bonner Staatsanwaltschaft nahegelegt. Reichardt sei vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Affäre Kießling „ganz hart am Rande der Wahrheit marschiert“. Clement bezog sich auf Aussagen des Obersten zu zwei „Hintergrundgesprächen“ mit Journalisten im Januar, in denen weder der Minister Wörner noch er selbst „gezielte Informationen“ über Kießlings angebliche homosexuelle Neigung verbreitet habe. Für Clement steht dagegen fest, daß Wörner „und seine Leute“ die Spekulationen „sehr wohl genährt“ hätten.

Rückgang bei Firmenkonkursen

hey, **Bonn**

Die „Pleitewelle“ bei den Unternehmen hat nach Ansicht von Bundesjustizminister Engelhard ihren Höhepunkt überschritten, auch wenn die Zahl der Konkurse im vergangenen Jahr gegenüber 1982 nochmals um 1,5 Prozent auf 16 114 gestiegen ist und damit ein neuer Höchststand erreicht wurde. Der FDP-Politiker begründete diese Einschätzung gestern in Bonn damit, daß die leichte Zunahme der Gesamtzahl allein auf die um knapp acht Prozent gestiegenen Insolvenzen von natürlichen Personen und von Nachlässen zurückzuführen sei. Dagegen war die Zahl der Firmenpleiten mit 11 845 um 0,6 Prozent niedriger als im Vorjahr. Im Dezember wurden gegenüber dem Vergleichsmonat 1982 sogar fast 20 Prozent weniger Pleiten gezählt.

Mine gesprengt – U-Boot verfehlt

rtr, **Stockholm**

Die schwedische Marine hat zum zweiten Mal bei ihrer nunmehr einmonatigen Jagd nach einem mutmaßlichen fremden U-Boot beim Marine-Stützpunkt Karlskrona eine Mine gesprengt. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums sagte gestern, die 250 Kilogramm schwere Mine sei am Sonntagabend gesprengt worden, da es Anzeichen für einen Eindringling gegeben habe. Mehrere Stunden später seien Handgranaten gegen verdächtige Objekte im Wasser eingesetzt worden. Offenbar sei aber kein Ziel getroffen worden.

Am 24. Februar hatte die schwedische Marine zum ersten Mal eine Mine gesprengt. Das Militär hatte erklärt, es habe Beweise, daß sich ein kleines ausländisches U-Boot in den Gewässern vor Karlskrona aufhalte.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Zur Autarkie?

„Der geplante kleine Airbus und seine Chancen für die Zukunft“; WELT vom 3. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist schon sehr ärgerlich, daß man nun auch in der WELT lesen muß, die Verwendung von Steuergeldern für die Produktion nicht nachgefragter Güter sei volkswirtschaftlich sinnvoll. Sie schreiben, wenn Europa auch künftig über Spitzentechnologie und Zehntausende hochqualifizierter Arbeitsplätze verfügen wolle, müsse es den Airbus subventionieren.

Aber Technologie, die vom Markt nicht zu kostendeckenden Preisen abgenommen wird, ist nicht „Spitze“, und Arbeitsplätze, die sich wirtschaftlich nicht selbst tragen, sind Beschäftigungstherapie, und sei diese technisch auch noch so anspruchsvoll.

Mit Steuergeldern kann man keinen einzigen zusätzlichen Arbeitsplatz schaffen, denn das Geld, das für die Bezahlung staatlicher Beschäftigungsprogramme verwendet wird, hätte, wenn es im verfügbaren Einkommen der Steuerzahler geblieben wäre, zur Bezahlung anderer Beschäftigung gedient. Der Staat kann also bestenfalls Arbeitsplätze umverteilen.

Diese Umverteilung bewirkt regelmäßig einerseits die Verhinderung der Produktion nützlicher (nachgefragter) Dinge, andererseits die Stimulation zur Produktion unnützer Dinge (die niemand haben will), so daß unterm Strich die Volkswirtschaft schlechter dasteht.

Sollte jedoch Autarkiestreben im Flugzeugbau das Motiv der Europäer sein, so sei daran erinnert, daß die wohlfahrtsteigernde internationale Arbeitsteilung (geregelt durch den Markt) dem Streben nach Unabhängigkeit von Importen zuwiderläuft. Hier gibt es nur ein Entweder-Oder.

Mit freundlichen Grüßen
Dietrich Krüger,
Berlin 51

Die Wehrlosen

„Abtreibung de luxe“; WELT vom 2. März

Die Empörung von Neander ist berechtigt. Wer spricht bei diesem makabren Streit vom Tod? Von der äußersten Wehrlosigkeit der Opfer? Von ihren Empfindungen? Ist der Umstand, daß das nicht erwogen wird, nicht Zeichen äußerster Barbarei? Brauchen wir nicht eine breite Bewegung zum Schutz wehrlosen ungeborenen Lebens? Eine Diskussion nicht nur über Abtreibung, sondern über den Schutz des Lebens! Wenn sie auch von vielen Seiten bedrängt sind, werden diese Diskussion letztendlich die Frauen selbst entscheiden!

Aber man sollte die Diskussion führen. Dabei geht es darum, wie wir zur Menschenwürde und zum Leben selbst, zum Niedergang unseres Volkes und der europäischen Kultur, zur Bankrottgefahr in einigen Jahrzehnten stehen.

Dr. Herbert Czaja, MdB

Einheitsstimme

Vor ca. 25 Jahren schrieb die WELT auf meinen Leserbrief zu dem Thema, daß das Publikum nur synchronisierte Filme wünsche. Aber es ist anderes, womit ich mich allmählich nicht mehr abfinden mag. Das sind die Synchronsprecher, die für unterschiedlichste Typen ständig zu hören sind. Habe ich irgendeine Sendung angestellt, höre ich Bobby aus „Dallas“, doch ist's nicht der liebe Bobby, statt dessen irgendein fremder Bursche. Auch die sanfte Pam tritt als neue Dame ganz anders auf. Wie kann ich noch den Intrigen der Alexis folgen, wenn mich dabei mit ihrer Stimme Faye Dunaway, Claudia Cardinale, Joan Crawford, Anne Bancroft begleiten!

Im Synchrongeschäft tummeln sich ca. ein Dutzend Sprecher, die ich jetzt nicht mehr in ihren Rollen wahrnehmen kann, nachdem ihre Stimmen austauschbar wurden. Ich höre nur den Bass von Friedrich Schütter, die junge Stimme Hans-Jürgen Dittberner, Hans Werner Bussinger, Ursula Heyer, Beater Menner, Torsten Sense usw.

Wenn schon Synchronisation, dann müssen sich die Produzenten etwas mehr Mühe mit differenzierten Sprechern machen. Das würde auch viele gute arbeitslose Schauspieler freuen.

Mit freundlichen Grüßen
Gertraud Freyer,
Hamburg 60

Wort des Tages

„Die Kluft zwischen den Generationen wird nie vollständig geschlossen werden. Aber sie muß überbrückt werden. Denn die Brücke zwischen den Generationen ist in der Gegenwart von entscheidender Bedeutung; mehr noch, sie bildet die Brücke zu unserer eigenen Zukunft – und damit in ganz wesentlicher Hinsicht zum Sinn unseres eigenen Lebens.“

Robert F. Kennedy, am. Politiker (1925–1968)

Personalien

VERANSTALTUNGEN

Der Präsident des Deutschen Bundestages, **Rainer Barzel**, wird am Mittwoch der Griechisch-Orthodoxen-Metropolie in Deutschland einen offiziellen Besuch abstatten. In der Kathedrale Agia Trias am Sitz des Metropoliten und des Exarchats von Zentraleuropa in Bonn-Beuel wird Metropolit **Augoustinos** aus diesem Anlaß einen Gottesdienst feiern. Im Anschluß findet zu Ehren des Gastes ein Empfang statt. Der Metropolit ist geistliches Oberhaupt der rund 320 000 griechisch-orthodoxen Christen in Deutschland.

*

Nach altem Brauch der Münchner CSU gibt es für den Vorsitzenden **Franz Josef Strauß** jedes Jahr beim Schwabinger Fischessen nach Aschermittwoch ein hintersinniges Überraschungsgeschenk. Ein Tandem hat er schon, eine wertvolle Wanduhr ebenso, einen Vogelbauer, ein Fernrohr und so vieles mehr, so daß er – wie er selbst meint – bald anbauen muß. In diesem Jahr wurde für ihn im „Schwabinger Bräu“ am Freitag voriger Woche eine „Laterna magica“ aus dem letzten Jahrhundert enthüllt. Der bayerische Mundart-Dichter **Oskar Weber** faßte dazu in Gedichtform, welcher tiefere Sinn sich in diesem Präsent verbirgt: „De meisten Bilder, de ma siecht, san aus der biblischen Geschicht; da draus kannst lerna, du recht guat, wie ma in Bonn a Wunder tut. Legt unserem Kanzler d Hand aufs Haupt, bis er mit Inbrunst an sich glaubt! Erkennt er Dich als Lotsen an, ist er geheilt von Genscher-Wahn.“ Strauß lachte – mußte sich aber einige Strophen später auch anhören, daß seine Parteifreunde ihre besonderen Hoffnungen auf die zweite Reise ihres Vorsitzenden in die „DDR“ setzen. Dazu hieß es: „Red und schau, daß bald verschwindet der Stacheldraht, dees war a Wunder in der Tat!“ Der so Angesprochene ließ offen, wieweit er sich diesem Wunder zu nähern für fähig hält, und bedankte sich höflich für das „sinnvolle und wertbeständige Geschenk“.

JURY

In das Preisgericht für den Moses-Mendelsohn-Preis des Landes Berlin berief der Senat den Ehrenbürger von Berlin, Alt-Bundespräsident **Walter Scheel**. Die Auszeichnung wird am 6. September zum dritten Mal für die Förderung der Toleranz gegenüber Andersdenkenden und zwischen den Völkern, Rassen und Religionen verliehen. Die beiden vorhergehenden Preisträger waren die Publizistin Dr. Dr. **Eva G. Reichmann** sowie die Juristin Dr. **Barbara Just-Dahlmann**.

Querelen in Wien

frei (Wien) – Wenn ein sozialistischer Finanzminister die Zinspolitik nicht gerade mit den der konservativen Opposition nahestehenden Bankern besprechen will, so ist das verständlich. Wenn aber der österreichische Finanzminister, wie geschehen, zwei Generaldirektoren seiner eigenen politischen Richtung demonstrativ nicht einlädt, dann wird die Angelegenheit peinlich. Noch dazu, da die Betroffenen ausgerechnet den beiden größten Banken des Landes, Creditanstalt und Länderbank, vorstehen.

Die Brüskierungen haben bereits Methode. Denn in den letzten Monaten hatte Finanzminister Herbert Salcher den gesamten heimischen Kreditapparat schon vor den Kopf gestoßen, als er sich zur Baufinanzierung des Konferenzzentrums in der Wiener UNO-City partout eines arabischen Finanziers bedienen wollte, obwohl sich die Creditanstalt wie auch die Länderbank sehr wohl für eine Finanzierungsbeteiligung interessierten.

Nun dürfte Creditanstalt-Chef Hannes Androsch allmählich Kummer mit dem Finanzminister – der für die beiden verstaatlichten Banken nicht nur die Aufsichtsbehörde, sondern auch den Eigentümervertreter repräsentiert – gewohnt sein. Denn seitdem Salcher die Nachfolge von Androsch auf dem Sessel des Finanzministers Anfang 1981 angetreten hatte, fällt sein persönlich gestörtes Verhältnis zum Vorgänger auf. Daß nunmehr auch Länderbank-Chef Franz Vranitzky in Ungnade gefallen ist, könnte ebenfalls persönliche Gründe haben: Er wurde bereits mehrfach als potentieller Salcher-Nachfolger in der Öffentlichkeit gehandelt.

Bau-Sorgen

Rei. – „Geringfügig" haben sich im Februar die Erwartungen im Baugewerbe erhöht, teilt der Zentralverband mit. Das bewirke die Jahreszeit – und sei somit eher betrüblich, denn trotz des nahenden Frühlings rechneten die meisten Baubetriebe noch immer mit Stagnation. Die Nachfrage hat sich leicht belebt, dennoch blieb die Reichweite der Aufträge unverändert; im Tief- und Straßenbau ging sie sogar noch weiter zurück. Als „befriedigend" – auch nicht gerade ein umwerfendes Prädikat – gilt nur die Lage im Wohnungsbau, hier kam es laut ZDB „vereinzelt zu Preissteigerungen", während beim öffentlichen Bau die Preise nachgaben und die Situation überhaupt als „völlig unbefriedigend" bezeichnet wird. – Das soll nun die Konjunkturlokomotive sein, die nach dem Regierungswechsel mit viel Subvention unter Dampf gesetzt wurde? Bauminister Schneider ist gut beraten, wenn er dem Finanzminister hart auf den Fersen bleibt, um weitere Entlastungen für Bauwillige heranzuholen oder laufende zu verlängern.

EG / Schwer überbrückbare Positionen in Fragen der Agrar- und Finanzreform

Briten beharren auf Begrenzung ihrer Zahlungen an die Gemeinschaft

WILHELM HADLER, **Brüssel**

In gesonderten Beratungen haben sich die Außen-, Finanz- und Landwirtschaftsminister der Europäischen Gemeinschaft gestern noch einmal bemüht, ein Scheitern des am Montag beginnenden EG-Gipfels in Brüssel abzuwenden. Wieder ging es um die seit langem umstrittenen Fragen der Agrar- und Finanzreform.

Trotz ungewöhnlich intensiver Vorverhandlungen gab es auch gestern noch zahlreiche schwer überbrückbare Positionen. Am meisten schienen sich Großbritannien und Italien den in bilateralen Gesprächen vorbereiteten Kompromißlösungen zu widersetzen. So wurde in Brüssel bekannt, daß die britische Regierung härter denn je um eine klare Begrenzung ihrer Nettozahlungen nach Brüssel kämpft. London will nur einen im voraus fixierten geringen Betrag mehr an die EG-Kasse abführen, als es zurückerhält. Daraus folgt, daß es sich auch an etwaigen Ausgabensteigerungen der Gemeinschaft nicht zu beteiligen gedenkt.

Dagegen treten die Franzosen nach wie vor für einen auf wenige Jahre begrenzten Beitragsausgleich ein. Ihr Vorschlag über eine strenge Haushaltsdisziplin in der Gemeinschaft soll erreichen, daß sich mit der Zeit quasi automatisch ein besseres Gleichgewicht der finanziellen Lasten einstellt. Nach Pariser Vorstellungen soll sich auch die Bundesrepublik an der Finanzierung neuer Leistungen zugunsten der Briten beteiligen, obwohl sie der größte Nettozahler in der EG ist. Dieser Meinung widerspricht Bonn entschieden.

Angesichts der schlechten Erfahrungen auf dem Athener Gipfel werden die Staats- und Regierungschefs es in Brüssel vermutlich vorerst mit allgemein formulierten Grundsätzen für ein ausgewogeneres Haushaltsgleichgewicht, eine bessere Kontrolle der Ausgabenentwicklung und eine Aufstockung der Eigeneinnahmen der Gemeinschaft bewenden lassen. Die verschiedenen zur Diskussion stehenden technischen Modelle sind zu kompliziert, um ohne Experten erörtert werden zu können.

Die Außenminister bemühten sich am Nachmittag in der Abgeschiedenheit eines Schlosses am Brüsseler Stadtrand, den Bericht an die Regierungschefs möglichst konkret zu fassen. Ihr amtierender französischer Präsident, Claude Cheysson, ließ sich zuvor über das bis dahin vorliegende Ergebnis der Beratungen der Landwirtschaftsminister berichten.

Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle sprach in der Mittagspause von „sehr konkreten Verhandlungen". Nach seinen Angaben gab es zum Problem des Abbaus des Währungsausgleichs zwar eine erhebliche Annäherung der Standpunkte, aber noch immer einige Meinungsverschiedenheiten in Detailfragen. So hat Frankreich gefordert, daß der (in einer zweiten Phase) den deutschen Bauern in Aussicht gestellte Einkommensausgleich aus nationalen Mitteln degressiv ausgestaltet sein müsse, was die Bundesregierung mit aller Entschiedenheit ablehnt.

Weit größere Meinungsunterschiede gab es noch in der Frage der Begrenzung der Milchproduktion. Hier zeigten sich vor allem Italien, Griechenland und Irland mit dem am Sonntag vom französischen Agrarminister Michel Rocard vorgelegten Kompromißvorschlag unzufrieden. Rom verlangt, daß seine Landwirte von dem geplanten Quotensystem weitgehend verschont bleiben, da sie nur einen Teil der nationalen Milchversorgung sicherstellen. Die vorbereitenden Gespräche haben deutlich gemacht, daß diese Haltung, die praktisch den Einsparungseffekt der Agrarreform zunichte machen würde, äußerst schwer aufzulockern ist.

Um überhaupt mehrheitsfähige Lösungen für das Milchproblem zu erreichen, hat Rocard die von der Kommission vorgeschlagene Globalquote von 97,2 Millionen Tonnen im Jahr bereits aufgestockt. Nach seinem Vorschlag sollen 1984 und 1985 jeweils 98,8 Millionen Tonnen und in den drei folgenden Jahren 97,8 Millionen Tonnen zum vollen Preis garantiert werden (gegenüber 103 Millionen Tonnen 1983). Dafür will Paris die „Mitverantwortungsabgabe" um ein Prozent erhöhen und die Preise für die meisten übrigen Agrarerzeugnisse in Ecu um ein Prozent senken.

LEIPZIGER MESSE

Viele Aussteller sind gegen übertriebene Erwartungen

MAHNKE / WEERTZ, **Leipzig**

Vor übertriebenen Erwartungen über die Zunahme des innerdeutschen Handels in diesem Jahr wurde in Delegationskreisen gewarnt, die mit Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff zur Leipziger Frühjahrsmesse gekommen sind. Auch von vielen Ausstellern aus der Bundesrepublik wird der Optimismus nicht geteilt, den der Deutsche Industrie- und Handelstag verbreitete.

Repräsentanten der Banken haben aus ihren Gesprächen den Eindruck gewonnen, die „DDR" stelle sich auf eine moderate Entwicklung ein. Finanzierungsprobleme bei Käufen habe die „DDR" gegenwärtig nicht. Bei Devisenfinanzierungen sei die Zinsspanne seit Januar von fünf auf drei Prozent gesunken, weil immer mehr Kreditinstitute, die sich bisher zurückgehalten haben, jetzt bereit seien, ihr Engagement auszudehnen.

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff wurde in seinen Gesprächen mit Günter Mittag, der im SED-Politbüro für Wirtschaftsfragen zuständig ist, und mit Außenhandelsminister Horst Sölle versichert, daß die „DDR" nicht die Absicht habe, die Käufe von der Bundesrepublik auf andere westliche Länder umzulenken. In dem Gespräch machte die „DDR"-Seite deutlich, daß sie die kurz vor der Messe erfolgte Liberalisierung bei einigen Produkten nicht für ausreichend hält. Sie kritisierte auch die Preisprüfung in der Bundesrepublik.

Im Gegensatz zu vielen westlichen Ausstellern und Banken geben die Experten des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) und der „Arbeitsgemeinschaft für den Handel mit der DDR" von „zusätzlichen Impulsen" für die Entwicklung des innerdeutschen Handels in diesem Jahr aus. Der gegenseitige Handel wird nach ihrer Ansicht vor allem von der Konjunkturbelebung in der Bundesrepublik profitieren. Hinzu komme, so Helmut Giesecke vom DIHT, das verbesserte Kreditstanding der „DDR" und das wirtschaftspolitische Ziel, das Rationalisierungsprogramm der Wirtschaft fortzusetzen. Hier sieht Giesecke Möglichkeiten für Investitionsgüter im Anlagengeschäft. Im mittelfristigen Finanzierungsbereich, besonders für Investitionsgüter und Anlagen, bestehen keine Finanzierungsprobleme mehr, wie auch die Banken bestätigen.

Aufgrund der ersten Eindrücke auf der Messe sind die Erwartungen der westdeutschen Einkäufer im Bereich der Konsumgüter positiv. Schwächer werden hingegen vom DIHT die Absatzchancen für westdeutsche Stahllieferanten bewertet, die im vergangenen Jahr ihre Lieferungen um 62 Prozent erhöht hatten.

Vor allem für mittelständische Aussteller, die sonst kaum ihren Weg nach Leipzig gefunden hätten, habe sich die Einrichtung von Gemeinschaftsständen bewährt, sagte Giesecke.

Gewerkschaften warnen

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Das soziale Klima in Frankreich hat sich beträchtlich verschlechtert. Nach dem Aufstand der Automobilarbeiter in dem Talbot-Werk von Poissy und nach der Straßenblockade der Fernfahrer kam es letzte Woche in der öffentlichen Verwaltung sowie bei den staatlichen Verkehrs- und Versorgungsunternehmen zu Streikaktionen. Das war das erste Mal, daß die „Funktionäre" derart gegen die Austerity-Politik der Regierung protestierten.

Von den sieben Gewerkschaften hatten fünf mit der kommunistischen CGT an der Spitze zu Massendemonstrationen und Störungen der Stromversorgung und des öffentlichen Verkehrs aufgerufen, um ihrer Forderung nach Ausgleich der Kaufkraftverluste in 1983 und die Wiedereinführung einer Kaufkraftgarantie für 1984 Nachdruck zu verschaffen. Obwohl die linkssozialistische CFDT als zweitgrößte Gewerkschaft abseits stand, ist die Aktion als Warnung einer Berufsschicht anzusehen, die überwiegend links gewählt hat.

Aber die Regierung weist darauf hin, daß die Gehälter im öffentlichen Dienst im letzten Jahr immer noch um durchschnittlich real 0,5 Prozent gestiegen seien, während die Kaufkraft der gesamten Bevölkerung um 0,8 Prozent schrumpfte. Gleichwohl will sie eine nachträgliche Pauschalzahlung von einheitlich 500 Franc pro Funktionär leisten. Dieses Angebot wird von den Gewerkschaften aber als unzureichend zurückgewiesen.

Kategorisch abgelehnt wird von der Regierung ein formeller Schutz vor Kaufkraftverlusten in diesem Jahr. Denn das würde auf die seit 1959 verbotenen Lohn-Preis-Indexierung hinauslaufen. Von diesem Verbot ist nur der gesetzlich garantierte Mindestlohn ausgenommen, der alle drei Monate automatisch dem Anstieg der Lebenshaltungskosten angepaßt wird.

In der Praxis allerdings sind bis Ende 1982 auch die anderen Löhne und Gehälter indexiert gewesen – mit Hilfe verschiedener „Schutzklauseln" in den Tarifverträgen oder mündlicher Absprachen zwischen den Arbeitgebern und einzelnen Arbeitnehmergruppen. Dieses Verfahren an der Grenze des Legalen wurde von den französischen Regierungen – einschließlich der bürgerlichen – mehr oder weniger geduldet. Erst vor einem Jahr bei den letzten Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst zeigte der Arbeitgeber Staat Härte.

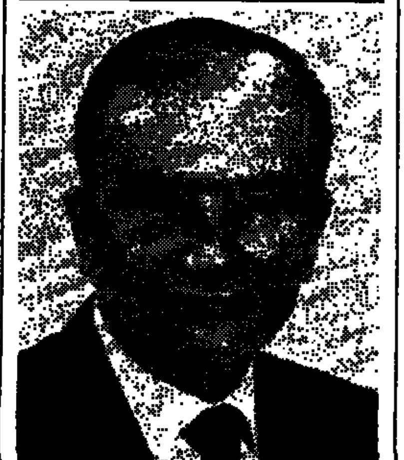
Damals wurden zum ersten Mal die Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst im voraus auf die Preisstabilisierungsnorm festgelegt, das heißt auf acht Prozent. Tatsächlich aber haben sich die französischen Lebenshaltungskosten im letzten Jahr um 0,6 Prozent erhöht. Dies ergibt einen theoretischen Kaufkraftverlust von 1,6 Punkten – eine Ziffer, auf die sich die Gewerkschaften berufen. Tatsächlich aber wurde der Verlust im Laufe des Jahres durch verschiedene Zuschläge gemildert oder sogar etwas übertroffen.

In jedem Fall versucht die Regierung jetzt, eine Lawine von Lohnnachzahlungen zu verhindern. Was dem öffentlichen Dienst recht ist, müßte auch der privaten Wirtschaft billig sein. Man kann sogar die Auffassung vertreten, daß die Funktionäre die größten Kaufkraftopfer erbringen müßten, da sie einen vollen Entlassungsschutz genießen. Das meinen sicherlich alle diejenigen Franzosen, die gerade jetzt in der Privatwirtschaft um ihren Arbeitsplatz bangen müssen. So begründete auch die CFDT ihre Abseitsstellung beim Kaufkraftausgleich und forderte dafür Maßnahmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Noch wichtiger aber ist, daß es nicht zu einer Wiederbelebung der Lohn-Preis-Indexierung kommt. Dadurch würde die gesamte Stabilisierungspolitik in Frankreich in Frage gestellt. Insbesondere könnte so die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht in dem notwendigen Maße verbessert werden. Schließlich steigen auch heute noch die Löhne und Preise in Frankreich fast dreimal so schnell wie in der Bundesrepublik.

Frankreich hat viel zu lange über seine Verhältnisse gelebt. Die Franzosen müßten endlich lernen, den Gürtel enger zu schnallen. Es bleibt nur die Frage, wie lange die sozialistischen Wähler bereit sind, die Nichteinhaltung der sozialistischen Wahlversprechen und neuerdings sogar ihre Umkehr in Kauf zu nehmen. Der Funktionärsstreik kann hier als Warnung gelten. Im übrigen muß sich die Regierung fragen, was den Franzosen im allgemeinen an Austerity zuzumuten ist.

AUF EIN WORT



„Unsere Probleme liegen weniger auf technologischem Gebiet als in der raschen kapitalaufwendigen Umsetzung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse, d. h. sie liegen letztlich in der im internationalen Vergleich geradezu beängstigenden Kapitalbildungsschwäche vieler deutscher Unternehmen."

Wolfgang Seelig, Präsident des Zentralverbandes der elektrotechnischen Industrie. FOTO: DIE WELT

Umsatzsteigerung im Einzelhandel

VWD, **Köln**

Im deutschen Einzelhandel hat sich die deutliche konjunkturelle Erholung in diesem Jahr fortgesetzt. Mit einem nominalen Umsatzplus von fünf (real: drei) Prozent im Januar und einem voraussichtlich ähnlichen Ergebnis im Februar hat die Branche nach Angaben der Kölner Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels (BAG) bei unterschiedlicher Entwicklung in den Sparten einen guten Jahreseinstieg gehabt. Den Warenhäusern haben die beiden ersten Monate 1984 nur ein nominales Plus von 1,3 Prozent gebracht, was preisbereinigt ein „knappes Minus" bedeute.

INSTITUT DER WIRTSCHAFT

Drei-Prozent-Wachstum senkt Erwerbslosenzahlen

GISELA REINERS, **Bonn**

Schon ein mittelfristiges Wachstum von drei Prozent könnte bis 1990 die Arbeitslosenzahl auf rund 500 000 senken. Das geht aus einer Modellrechnung des den Arbeitgebern nahestehenden Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln hervor. Die Voraussetzung sei allerdings, daß auch eine „wachstumsfreundliche Wirtschafts- und Tarifpolitik" betrieben werde.

Doch selbst wenn die Fehler der Vergangenheit wiederholt würden, werde die Arbeitslosenzahl in den Jahren 1984 bis 1990 einschließlich die 2,8-Millionen-Grenze nicht überschreiten. Selbst unter den schlechtesten Annahmen steige die Zahl der Erwerbslosen in den kritischen Jahren 1987, 1988 und 1989, in denen die meisten Menschen auf den Arbeitsmarkt drängen, nur bis auf 1,9 und 2,4 bis knapp unter 2,8 Millionen. „Die Behauptung, daß es gegen Ende des Jahrzehnts möglicherweise vier bis fünf Millionen Erwerbslose geben wird, erweist sich", so das IW, „angesichts dieser Eckwerte als überzogener Zweckpessimismus."

Bei den Berechnungen ist man von folgenden beiden Extremen ausgegangen: Einmal bleiben die Reallohnzuwächse hinter dem Produktivitätsfortschritt zurück, was einen Wachstums-Überschuß von einem Prozent ermöglicht, und einmal steigt der Reallohn über den Produktivitätsfortschritt hinaus und mindert das Wachstum des Bruttosozialprodukts um einen Prozentpunkt. Der Beschäftigungserfolg wird laut IW um so größer sein, „je mehr die Tarifparteien den Zusammenhang von Verteilungsspielraum und Beschäftigungsaufbau beachten".

AMERIKANISCHE ZINSEN

US-Notenbank sieht kaum Chancen für Rückgang

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

„Die amerikanische Notenbank möchte niedrigere Zinsen haben, aber nicht um den Preis einer sich beschleunigenden Inflation." Die Geldpolitik könne eine Zinssenkung nicht herbeiführen; der Schlüssel zu niedrigeren Zinsen liege bei der Fiskalpolitik, betonte Prof. Henry Wallich, Vizepräsident des Federal Reserve Board. Washington könne auch nicht mit Notenbankhilfe bei der Lösung des Defizitproblems rechnen.

Wenn nichts über eine Ausgabeneinschränkung oder Steuererhöhung getan werde, steige das US-Haushaltsdefizit von jetzt 200 Milliarden Dollar auf 320 Milliarden im Jahre 1989, warnte der US-Notenbankvize, wobei schon berücksichtigt sei, daß der konjunkturell bedingte Teil des Defizits, der jetzt knapp die Hälfte ausmachte, verschwunden sei. Im Wahljahr erwartet Wallich keine großen Anstrengungen für eine Reduzierung des Budgetdefizits.

Wenig optimistisch beurteilte er auf einem Seminar des Sparkassenverbandes auch die Chancen einer Zinssenkung durch Rückführung der Inflation, deren stetiger Abbau wegen des starken Wirtschaftswachstums und näherrückender Vollbeschäftigung unwahrscheinlich sei. Für die Entwicklungsländer sei es allerdings wichtiger, daß die US-Wirtschaft in Gang bleibt als daß die Zinsen sinken, sagte der US-Notenbankier zur Kritik an der Geldpolitik.

Für falsch hält er es, daß die USA zum Netto-Kapitalimporteur geworden sind, was auf Dauer auch nicht ohne negativen Einfluß auf den Dollarkurs bleiben werde. Wallich bestätigte zunehmenden protektionistischen Druck auf die US-Regierung; dagegen helfe nur eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Airbus: Deutsche Firmen wollen höheren Anteil

Bonn (dpa/VWD) – Die am Airbus-Programm beteiligten europäischen Partner, Frankreich, Großbritannien, Spanien und die Bundesrepublik streben ein Regierungsabkommen an, mit dem die Beteiligung der nationalen Firmen an der neuen Kurz- und Mittelstreckenversion A320 geregelt werden soll. Darauf haben sich am Montag in Bonn die zuständigen Minister der Partnerländer verständigt. Die Bundesrepublik, Großbritannien und Spanien wollen ein größeren Anteil ihrer Firmen an der Ausrüstung des neuen europäischen Gemeinschaftsflugzeuges. Am Bau der Flugzelle des A320 haben die deutschen Firmen einen Anteil von etwa 30 Prozent, an der Ausrüstung sind sie indessen mit nur 17 Prozent beteiligt. Etwa 20 Prozent der Gesamtkosten von rund 25 Millionen Dollar entfallen auf Ausrüstung. Zur Zeit sind 51 Maschinen des Typs A320 fest verkauft. Für 45 liegen Optionen vor.

Hände im Handwerk

Die größten Handwerkszweige nach Zahl der Beschäftigten in 1000 (Stand 1982)

Handwerkszweig	Beschäftigte (in 1000)
Maurer, Straßenbauer u.ä.	643
Gebäudereiniger	356
Kfz-Mechaniker	253
Bäcker	208
Fleischer	205
Friseure	203
Tischler	198
Maler	184
Elektriker	178
Klempner u. Installateure	125
Schlosser	115
Heizungs- u. Lüftungsbauer	110

Mit rund 640 000 Beschäftigten (Inhaber und Lehrlinge eingeschlossen) bilden die Maurer, Beton- und Straßenbauer den mit Abstand größten Zweig im Handwerk. Nahezu um die Hälfte kleiner ist die zweitgrößte Berufsgruppe – die Gebäudereiniger – mit 356 000 Arbeitsplätzen. An dritter Stelle rangieren die Automechaniker mit 253 000 Beschäftigten. QUELLE: GLOBUS

„Wechselkurse anpassen"

Bonn (AP) – Angesichts der Schwäche des belgischen Franc hat der Bundesverand der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) eine rasche Anpassung der Wechselkurse im Europäischen Währungssystem (EWS) gefordert. Der BVR betonte, die derzeitige Entwicklung im EWS könne auch in diesem Frühjahr zu erheblichen Störungen auf den deutschen Finanzmärkten führen. Die durch die Schwäche der belgischen Währung ausgelösten Interventionen seien eine Gefahr für die Preisstabilität der Bundesrepublik.

Inflation beschleunigt

Wien (AP) – Die Inflationsrate in Österreich ist nach Mitteilung des Statistischen Zentralamtes in Wien auch im Februar weiter angestiegen. Gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres betrug die Teuerung 5,7 Prozent, nach 5,6 Prozent im Januar.

Zufriedene Aussteller

Genf (dpa/VWD) – Die Mehrzahl der Aussteller hat den Geschäftsverlauf des 54. Internationalen Automobilsalon in Genf, der am Sonntag nach zehntägiger Dauer zu Ende ging, als „sehr gut" bezeichnet. Das läßt nach Ansicht der Veranstalter erwarten, daß 1984 bessere Verkaufsresultate erzielt werden als im vergangenen Jahr. Wie die Messeleitung mitteilte, haben 540 750 Personen die Messe besucht, das waren 1,73 Prozent weniger als im Vorjahr.

Kritik an KWG-Novelle

Bonn (AP) – Schwerwiegende Nachteile gegenüber Volks- und Raiffeisenbanken sowie Privatbankiers im Wettbewerb fürchten die Sparkassen vom Entwurf der Bundesregierung für die Novelle zum Kreditwesen-Gesetz (KWG). In einer Stellungnahme des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) kritisiert der Verband vor allem die beabsichtigte Anerkennung eines Haftsummenzuschlags für die Kreditgenossenschaften.

GROSSBRITANNIEN / Bergarbeiter-Streik

Jetzt Urabstimmung nötig?

WILHELM FURLER, London

Der von den militanten Führern der britischen Bergleute-Gewerkschaft indirekt angestrebte landesweite Zechen-Streik, mit dem gegen weitere Stillegungen unrentabler Kohlegruben gekämpft werden soll, hat bei weitem nicht die von den Initiatoren erwartete Rückendeckdung der mehr als 180 000 Bergleute erhalten. So haben etwa die als traditionell streikfreudig geltenden Bergleute der Region Südwales die Empfehlung ihrer Gewerkschafts-Funktionäre in den Ausstand zu treten, entschieden zurückgewiesen.

Ebenfalls gegen die Streik-Empfehlung ihrer regionalen Gewerkschaftsführung haben sich die Bergleute in Northumberland entschieden. In anderen Kohle-Regionen, wo bereits Entscheidungen für Streikaktionen getroffen worden waren, erschienen Hunderte von Bergleuten gestern wie gewohnt zur Frühschicht.

Damit ist das Konzept der Landesführung der britischen Bergleute-Gewerkschaft, eine landesweite Streikaktion auf der Basis regionaler Ausstände anzuzetteln, nicht aufgegangen. Die Funktionäre wollten mit dieser Taktik die Notwendigkeit einer Urabstimmung bei allen Bergleuten umgehen. Für einen landesweiten Ausstand wären mindestens 55 Prozent der abgegebenen Stimmen erforderlich. Innerhalb der letzten 18 Monate ist die Führung der britischen Bergleute-Gewerkschaft unter ihrem linksradikalen Präsidenten Arthur Scargill mit der Ausrufung landesweiter Streiks bereits zweimal an dieser 55-Prozent-Hürde gescheitert.

Selbst in Schottland, wo schon in der vergangenen Woche ein Ausstand der dort beschäftigten 14 000 Kumpel beschlossene Sache schien, sind nach Angaben des Arbeitgebers in mindestens drei Zechen die Frühschichten am Montagmorgen vollzählig zur Arbeit erschienen. In der Kohleregion Nottinghamshire, wo 32 000 Bergleute beschäftigt werden, wurde ein Streikaufruf der dortigen Bezirksfunktionäre mit deutllicher Mehrheit zurückgewiesen. Die Bergleute in Nottinghamshire bestehen darauf, daß bei ihnen eine ordentliche Urabstimmung abgehalten wird. Wie es aussieht, dürfte sich in dieser Abstimmung keine Mehrheit für einen Ausstand finden lassen.

Entsprechend werden Scargill und seine Funktionäre kaum noch an einer landesweiten Urabstimmung vorbeikommen. Das eröffnet dem Arbeitgeber, dem National Coal Board, die Möglichkeit, nochmals alle britischen Bergleute auf die Notwendigkeit von Zechen-Stillegungen hinzuweisen. Ian MacGregor, Chairman der Nationalen Kohle-Behörde, hatte vor kurzem erklärt, daß sich aufgrund der langen Rezession und wegen der erfolgten Maßnahmen zur Einsparung von Energie nicht mehr als höchstens 100 Millionen Tonnen Kohle pro Jahr absetzen ließen.

Um die Produktion dieser 100 Millionen Tonnen so wirtschaftlich wie möglich zu gestalten, komme man an der Schließung von rund 20 unretablen und weitgehend erschöpften Zechen nicht herum.

LATEINAMERIKA / *Um Devisenkasse zu schonen*, wurden Importe gedrosselt

Auch deutsche Exporte schrumpften

KAREN SÖHLER, Bonn

Die hohe Auslandsverschuldung der Dritten Welt hat auch im Außenhandel mit Lateinamerika ihre Spuren hinterlassen: 1983 haben die Staaten des südlichen Kontinents die Importe scharf gedrosselt. Offensichtlich boten Einfuhrbeschränkungen die einzige Möglichkeit, die für den Schuldendienst nötigen Devisen einzusparen. Denn der Export ließ sich schon aufgrund der noch flauen Konjunktur in den meisten Ländern nicht ausweiten. *Nach vorläufigen Ergebnissen* der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (Cepal) ist er 1983 mit 87 (88) Mrd. Dollar sogar 1,2 Prozent zurückgegangen. Die Einfuhren reduzierten sich drastisch um 29 Prozent auf etwa 56 (79) Mrd. Dollar. Die Verschuldung ließ dem Internationalen Währungsfonds (IWF) keine andere Wahl, als auf eine Reduzierungder Importe zu dringen.

An der Spitze steht Venezuela mit einer Importdrosselung um 60 Prozent. Es folgen Uruguay mit 39 Prozent, Mexiko mit 36, Peru mit 27, Chile mit 22, Argentinien mit 20 und Brasilien mit 17,5 Prozent. Dieses Vorgehen führte zu den gewünschten Erfolgen: Der Handelsbilanz-Überschuß kletterte von gut neun Mrd. Dollar *1982 auf 31 Mrd. Dollar.* Ein Jahr zuvor hatte sogar noch ein Defizit von 1,6 Mrd. Dollar zu Buche gestanden. Der Aktivsaldo in der Handelsbilanz konnte das Defizit in der Leistungsbilanz zwar noch nicht tilgen, wohl aber auf 8,5 (36,4) Mrd. Dolar mindern.

Von Experten werden die Maßnahmen zur Einfuhrbeschränkung, die *sich bis jetzt zweifellos positiv ausgewirkt haben*, jedoch mit Skepsis betrachtet. Ein so konsequentes Kappen der Importe, so wird zu bedenken gegeben, werde früher oder später zu einer Verschlechterung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse führen. Denn von den Restriktionen wären schließlich nicht nur „überflüssige Konsumgüter" betroffen, sondern vor allem öffentliche Ausgaben für Großprojekte. Dem Rotstift fielen aber auch Nahrungsmittel und Industriegüter, unter anderem Ersatzteile, zum Opfer.

Die Bundesrepublik Deutschland konnte den gesamten Warenverkehr nach einem wertmäßigen Rückgang 1982 wieder um 4,1 Prozent auf 24,5 (23,5) Mrd. DM ausbauen. Brasilien *blieb 1983 vor Argentinen mit einem* Gesamtvolumen von 5,9 Mrd. DM der wichtigste Handelspartner der Bundesrepublik, obwohl die deutschen Exporte nach Brasilien um 28 Prozent deutlich gesunken sind und die Importe aus diesem Land nur um 2,8 Prozent zunahmen. Ausschlaggebend für die insgesamt positive Entwicklung war aber ausschließlich die Steigerung der deutschen Importe aus Lateinamerika um 15,8 Prozent. Das Ergebnis ist nicht zuletzt auf die erhöhten Erdölkäufe aus Venezuela zurückzuführen. Ansonsten waren neben Brasilien und Argentinien HauptlieferantenKolumbien, Chile, und Mexiko.

Die Exporte hingegen schrumpften um 9,3 Prozent. Knapp 70 Prozent dieser Ausfuhr nach Lateinamerika ging in die vier bedeutendsten Verbraucherländer der Region: Argentinien, Brasilien, Mexiko und Kolumbien.

INDUSTRIELÄNDER / RWI-Konjunktur-Studie

Optimismus ist unbegründet

AP, Essen

Große Hoffnungen auf eine nachhaltige Konjunkturerholung in den westlichen Industrieländern sind nach Auffassung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen nicht begründet, auch wenn die Wissenschaftler für die Bundesrepublik erwarten, daß Investitionen und Export die gesamtwirtschaftliche Produktion „wie bisher weiter nach oben" ziehen. Insgesamt aber dürften Nachfrage und Produktion in den Industrieländern flacher ansteigen als im vergangenen Jahr, hieß es in dem Bericht. Die Chancen für eine weitere Kräftigung der Investitionsneigung hält das RWI für gering, zumal protektionistische Bestrebungen wieder zunähmen.

Für die westlichen Industrieländer erwartet das RWI eine durchschnittliche Wachstumsrate von 3,5 Prozent (1983: 2,5 Prozent). Die Lage auf dem Arbeitsmarkt werde sich „vermutlich" weiter verbessern, die Stabilisierung des Preisniveaus hingegen keine Fortschritte machen. Zwar bremse die in Gang gekommene Abwertung des Dollar in zahlreichen Ländern die Verteuerung der Einfuhren. Andererseits aber stiegen die Lohnkosten im Jahresverlauf wieder stärker. Die Zeiten abnehmender Lohnsteigerungen seien vorbei – aufgrund des zu erwartenden Nachholeffektes oder „besonders kostenträchtger" Forderungen zur Verkürzung der Arbeitszeit.

In den hohen Zinsen sehen die Wirtschaftsexperten ein schweres Hindernis, um die Verschuldungsprobleme der Dritten Welt zu bereinigen. Deren Zahlungsschwierigkeiten schlügen auch 1984 auf die Industrieländer zurück. Somit bestehe weiterhin die Gefahr, daß Bankkredite notleidend würden und Unternehmen Außenstände abschreiben müßten.

Nachlassen wird dem Bericht zufolge auch die Ausweitung des Welthandels. Vor allem die Vereinigten Staaten als bisherige Lokomotive der internationalen Konjunkturbelebung verlören an Zugkraft. Darüber hinaus hätten die Entwicklungsländer nur einen geringen Spielraum für Importsteigerungen, da sie unverändert einen erheblichen Teil der Devisen für den Kapitaldienst einsetzen müßten.

Stabile Ertragslage bei IWKA erwartet

nl. Stuttgart

Die Industrie-Werke Karlsruhe Augsburg AG (IWKA), Karlsruhe, erwartet für das Geschäftsjahr 1984 aufgrund der nach wie vor gedrückten Lage im Maschinen- und Anlagenbau und der rückläufigen Investitionen der europäischen Automobilindustrie ein etwas Geringeres Geschäftsvolumen.

Doch werde, wie es in einem Aktionärsbrief heißt, die Ertragslage stabil bleiben. 1983 waren die Umsatzerlöse der IWKA-Gruppe um 10,4 Prozent auf 738 Mill. DM und die des Inlandskonzerns um 3,1 Prozent auf 586 Mill. DM zurückgegangen. Gleichwohl erhöhte sich im Zuge steigender Auftragseingänge der Auftragsbestand in der Gruppe um 16 Prozent auf 442 Mill. DM. Zum Ergebnis des Jahres 1983 heißt es, es werde über dem des vorangegangenen Jahres liegen. Für 1982 war ein Jahresüberschuß von 9,9 (Vorjahr 4 ,9) Mill. DM ausgewiesen worden. Die letzte Dividende hatte die IWKA, die in der Gruppe am Jahresende 5068 (5929) Mitarbeiter zählte, für das Geschäftsjahr 1973 gezahlt.

NATIONALBANK / Ausschüttung wird erneut erhöht

Weniger Risikovorsorge

HARALD POSNY, Essen

So vorsichtig und zurückhaltend die Essener Nationalbank AG auch am Markt agiert, so bereit ist sie auch, ihre rund 1400 Aktionäre am Wohlergehen der Bank teilhaben zu lassen. Zum dritten Mal hintereinander erhöht die einzige konzernunabhängige Regionalbank im Ruhrgebiet ihre Ausschüttung: für 1983 auf 11 (10) DM je 50-DM-Aktie (zuzüglich 6,19 nach 5,63 DM Steuergutschrift), nachdem aus dem auf 6,2 (6) Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuß 2 (2) Mill. DM den freien Rücklagen zugeführt worden sind. Damit weist das ganz überwiegend auf die Bedürfnisse der mittelständischen Industrie orientierte Institut nach der im letzten Jahr durchgeführten Kapitalerhöhung (22 Mill. DM) 70 Mill. DM Eigenmittel aus, das sind branchenüberdurchschnittlich 4,9 Prozent der auf 1,43 (1,39) Mrd. DM gewachsenen Bilanzsumme.

Daß sich nach den Worten von Vorstandsmitglied Günther Ehlen die Zinsspanne leicht verringert hat, liegt an der selbst auferlegten Zurückhaltung im Termingeldbereich und an der Geschäftspolitik, auch im schärferen Wettbewerb nicht alle sich bietenden Konditionsverbesserungen im Kreditgeschäft auszunutzen. So hielt sich der Jahresüberschuß bei 65,7 Mill. DM, der Provisionsüberschuß wuchs durch höhere Erträge im Wertpapier- und Auslandsgeschäft auf 11,2 (10) Mill. DM.

Die gesamten Kundeneinlagen stiegen auf 1,19 (1,16) Mrd. DM, davon waren 695 (666) Mill. DM Spareinlagen. Die Forderungen an Kunden haben sich um 22 auf 912 Mill. DM erhöht, wobei die Steigerung durch den Zufluß von Kundeneinlagen überdeckt wird. Kurzfristige Kredite sind durch langfristige Darlehen ersetzt worden. Trotz unverändert vorsichtiger Bewertung der Forderungen (über das kommerzielle Auslandsgeschäft hält das Institut keine Auslandsrisiken) erforderte die Risikovorsorge einen „deutlich geringeren Aufwand". Hauptversammlung ist am 9. Mai.

ÖSTERREICH / Massiver Krach über Zinspolitik

Diskonterhöhung geplant

W. FREISLEBEN, Wien

Zu einem handfesten Krach kam es vergangene Woche in Wien wegen der bevorstehenden Anhebung der Leitzinsen durch die Österreichische Nationalbank. Nachdem die Notenbank-Führung angesichts massiver Devisenabflüsse ins Ausland eine Erhöhung des Diskontsatzes von 3,75 auf 4,25 Prozent und des Lombardsatzes von 4,75 auf 5,5 Prozent avisierte und dafür bei einem Großteil der Kreditwirtschaft auf Zustimmung stieß, sprach sich plötzlich der sozialistische Finanzminister Herbert Salcher dagegen aus.

In einer Konferenz sozialistischer Bankenchefs setzte Salcher seine Meinung durch, daß generell am Zinsgefüge in Österreich vorerst nicht gerüttelt werden solle. Zum allgemeinen Befremden hatte der Minister aber die ebenfalls sozialistischen Chefs der beiden größten (teilverstaatlichten) Banken des Landes, Creditanstalt-Bankverein und Länderbank, zu dieser Besprechung nicht eingeladen.

Der Grund für die Querelen ist im derzeitigen Zinsgefüge zu suchen, in dem etwa die Prime Rate von 9,25 Prozent für erstklassige Schuldner als zu hoch gilt und deutlich über jener in der Bundesrepublik liegt. Gleichzeitig werden aber die offiziellen Kreditzinssätze durch sogenannte Barvorlagen zu 6,5 Prozent und darunter unterlaufen.

Die Zinsertragssteuer, eine zu Jahresbeginn eingeführte Quellensteuer von sieben Prozent auf Zinserträge, drückt nunmehr die Nettorendite der mit acht Prozent verzinsten Anleihen auf 7,7 Prozent. Wegen der dadurch im Publikum beeinträchtigten Kaufbereitschaft, festzustellen an einem schwachen Zeichnungsergebnis einer jetzt aufgelegten Bundesanleihe, will der Großteil der Banker mit den Leitzinsen nun auch den Anleihezins auf 8,5 Prozent angehoben wissen. Dagegen sträubt sich aber angesichts der geplanten hohen Neuverschuldung des Bundes auf dem inländischen Kapitalmarkt der Finanzminister.

SKF KUGELLAGER / Auftragseingang hat sich belebt

Erfolgversprechender Start

DANKWARD SEITZ, München

Besser als erwartet hat sich für die konsumnahen Branchen in den ersten zwei Monaten 1984 die deutsche SKF-Gruppe entwickelt. Aber auch im Bereich Maschinenbau sind, so der Vorsitzende der Geschäftsführung der SKF Kugellagerfabriken GmbH, Schweinfurt, Hans Westphal, deutlich positive Tendenzen zu erkennen. Vor allem auf den Exportmärkten registriere man eine starke Nachfragebelebung.

Insgesamt erwartet Westphal für 1984 ein Umsatzwachstum von 10 Prozent, wobei das Ergebnis „sehr positiv" ausfallen könnte, wenn „uns die Einführung der 35-Stunden-Woche keinen Strich durch die Rechnung macht". Ein weiterer Personalabbau und Kapazitätsstillegungen seien dann die „unausweichliche" Folge. Für SKF sonst eine Ergebnisverschlechterung in der Größenordnung von 60 Mill. DM.

Für 1983 wird die deutsche SKF „kein berauschendes Ergebnis" präsentieren können. Der Jahresüberschuß werde nur rund 0,3 (3,84) Mill. DM erreichen. Dabei habe man allerdings außerordentliche Aufwendungen in Höhe von etwa 36 Mill. DM für durchgeführte Strukturanpassungen – unter anderem wurde 1983 die Belegschaft im Verwaltungsbereich um 1100 auf 9000 Mitarbeiter abgebaut – aus außerordentlichen Erträgen voll abdecken und auf ein 1982 gewährtes Gesellschafter-Darlehen Zinsen in Höhe von knapp 14 Mill. DM aufwenden müssen.

Recht zufrieden zeigte sich Westphal mit der Umsatzentwicklung, auch wenn gegenüber 1982 mit 1,27 Mrd. DM noch ein Minus von 3 Prozent verblieb, auf Wälzlager entfielen davon 1,18 (1,21) Mrd. DM. Insbesondere der gute Auftragseingang im Laufe des zweiten Halbjahres hätte ein weiteres Abgleiten verhindert.

ARBEITSGEMEINSCHAFT FACHINFORMATIONEN / Verleger und staatliche Datenbanken kooperieren

Unternehmer sollen neue Technik besser nutzen

JOACHIM WEBER, Frankfurt

„Wenn ein Unternehmer früher eine neue Maschine bauen wollte, dann schickte er seinen Ingenieur für ein oder zwei Wochen auf kostspielige Recherche-Reisen, um festzustellen, was es auf dem Gebiet schon gab und welche Patente zu beachten waren. Heute könnte er ihn an ein Bildschirm-Terminal setzen und die ganze Sache in zwei Stunden erledigen lassen – zu viel geringeren Kosten", meint Bärbel Breidenstein, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Fachinformation (AFI) in Frankfurt.

Die elektronische Recherche ist freilich in den meisten Fällen noch reine Theorie. Zwar gibt es in der Bundesrepublik eine ganze Reihe von Datenbanken, die – auf Initiative des Bundes mit seinem „Programm zur Förderung der Information und Dokumentation 1974–1977" – fleißig mit Informationen aus den verschiedenen Sachgebieten gefüttert werden. „Was da gespeichert ist, ist wirklich gut und aktuell", urteilt Frau Breidenstein.

Daß es bislang dennoch so wenig genutzt wurde, hat seine Gründe. Die „Fachinformationszentren", die die Spezialdatenbanken pflegen und verwalten, blieben staatliche Institutionen. Geführt wurden sie von zweifellos kundigen Fachleuten, die aber wenig Gespür für ihren Markt entwickelten. Bemühungen um ein gezieltes Marketing gab es kaum, die Zielgruppe der Unternehmer nahm bestenfalls am Rande einmal Kenntnis vom Angebot.

Dabei ist der Markt der Fachinformationen eigentlich riesengroß. Für den Ingenieur sind es DIN-Normen und Patentbestände, für den Architekten Statik-Formeln, für den Schulbuchverleger Rahmenrichtlinien, für den Chemiker neueste Forschungsergebnisse – die Reihe ließe sich endlos fortsetzen, und damit auch die Reihe der potentiellen Informationskunden.

So reifte auch in den Fachinformationszentren allmählich die Erkenntnis, daß man sich festgefahren hatte. Unwohlsein bereitete das wachsende, wenn auch ineffiziente, staatliche Informationsmonopol auch jenen, deren Geschäft die Versorgung mit Fachinformationen traditionell ist: den Verlegern. Sie sahen ihre Chance in der Kooperation mit den Staats-Datenbanken, und so wurde im Februar 1983 die AFI gegründet, eine lockere Arbeitsgemeinschaft 50 interessierter Unternehmen, in die auch die bisherige „Arbeitsgemeinschaft Fachinformationszentren" integriert wurde.

Die AFI hat sich viel vorgenommen. „Zuerst einmal müssen wir den Mitarbeiter-Frust aus den IuD- (Informations- und Dokumentations-) Zeiten abbauen", beschreibt Frau Breidenstein die „interne" Aufgabe. Und extern: „Wir müssen die Unternehmer an neue Informationstechniken heranführen und sie dann dazu bringen, sie auch zu nutzen."

Die Informationsverwaltung soll weiterhin bei den Zentren bleiben, da ist schon gewaltig investiert worden. Doch „die Produktion und Verbreitung von Fachinformationen ist Sache der freien Wirtschaft" – sie soll dafür sorgen, daß die Daten nicht nur in den Computer hinein-, sondern auch wieder herausfinden. Und unter diesen Prämissen wird derzeit auch mit dem Bund über ein neues Fachinformationsprogramm 1985–88 verhandelt. Allzuviel Zeit haben die Beteiligten freilich nicht mehr, denn schon heute liegt die Bundesrepublik deutlich hinter anderen Ländern zurück.

HARPENER

Jahresergebnis höher als erwartet

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Höher als nach der ohnehin positiven Erwartung des Vorstands kündigt die Harpener AG, Dortmund, im ersten Rückblick auf 1983 das „Gesamtergebnis" an. Deutlich höhere Zinserträge und bessere Ergebnisse einiger Beteiligungen, deren Geschäft in der zweiten Jahreshälfte „überplanmäßig" verlief, trugen dazu bei. Die Vorstandsprognose einer „wiederum befriedigenden" Dividende dürfen die 20 000 Aktionäre dieses Mischkonzerns (mit 51 Prozent von 127,6 Mill. DM Aktienkapital die Pariser Holding Gaz et Eaux) sicherlich so verstehen, daß der für 1982 erreichte bisherige Spitzensatz von 9 DM (doppelt so hoch wie noch 1969) noch längst nicht das Ende der Besserungsmöglichkeiten anzeigt.

Seinen jetzt noch bis 400 Mill. DM schweren Schatz an verkaufsfähigem Immobilienbesitz hat das ehemalige Bergbauunternehmen 1983 mit weiteren 67 (94) Mill. DM Verkaufserlösen gehoben, wobei 64,5 (84) Mill. DM Buchgewinne überwiegend zur steuerneutralen Wiederanlage in die 6b-Rücklage kamen. Die Reinvestitionen erreichten 122 (24,5) Mill. DM, weil auf die 113 Mill. DM teure Beteiligung am VEW-Kohlekraftwerksblock im Gersteinwerk eine Teilzahlung von 78,4 Mill. DM geleistet wurde. Bis auf das verlustreich beendete Engagement bei den Neusser Langbein-Pfanhauser-Werke AG brachte auch der Verkauf von insgesamt vier Beteiligungen bei 48,3 Mill. DM Bilanzabgang Buchgewinne.

In ihrem Eigengeschäft hat die Harpener AG 1983 den Umsatz um 3,7 Prozent auf 226 Mill. DM erhöht. Plusraten gab es in Kraftwirtschaft und gewerblicher Vermietung, Minusraten bei der Binnenschiffahrt und (durch Verkauf) in der Wohnungswirtschaft.

CONTI-GUMMI / Weiterer Partner in Japan

Mit Technik im Aufwind

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Continental Gummi-Werke AG, Hannover, die bereits seit Anfang 1982 mit der japanischen Reifenfirma Toyo Tire & Rubber kooperiert, hat jetzt auch für den Bereich Technische Produkte einen Kooperationspartner in Japan gefunden. Nach Angaben von Peter Haverbeck, im Conti-Vorstand zuständig für den Bereich Marketing Technische Produkte, handelt es sich um die Firma Toyoda Gosei, einen führenden Zulieferer der Automobilindustrie in Japan. Das Abkommen sieht den gegenseitigen Austausch von Know-how vor. Conti ist vor allem an der Fertigungstechnologie des Partners interessiert, während Toyoda Gosei produktbezogene Informationen wünscht.

Der Bereich Technische Produkte, der 1983 erstmals seit fünf Jahren wieder einen Gewinn erzielte, trägt mit 1,12 Mrd. DM rund ein Drittel zum Konzernumsatz (1983: 3,4 Mrd. DM) bei. Darin enthalten sind allerdings 270 Mill. DM Umsätze aus dem Beteiligungsbereich. Die verbleibenden 850 Mill. DM bedeuten gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 3,7 Prozent. Für 1984 rechnet Haverbeck mit einem Umsatzzuwachs um 6 Prozent auf rund 900 Mill. DM.

Die Ertragsaussichten beurteilt Haverbeck weniger günstig. Der Unternehmensbereich werde in starkem Maße von Umstrukturierungen im Konzern tangiert. Neben dem Bau eines neuen Werks in Hannover-Limmer und der damit verbundenen Produktionsverlagerung gehört die Eingliederung von vier Tochtergesellschaften in den jeweils zuständigen Geschäftsbereich zu den Umstrukturierungsmaßnahmen.

Der Bereich Technische Produkte ist bei Conti-Gummi in vier Sparten gegliedert: Transportbänder, beschichtete Gewebe und Luftfedern (Umsatz: 220 Mill. DM), Antriebselemente und technische Schläuche (260 Mill. DM), Formartikel, Profile und Schuhbedarf (310 Mill. DM) sowie Schaum (60 Mill. DM). Alle Geschäftsbereiche, so Haverbeck, hätten ergebnismäßig Fortschritte erzielt. Sorgen bereiten aber nach wie vor Antriebselemente, Formartikel, Profile und Schaum. Auch für Transportbänder zeichneten sich erhebliche Probleme ab. Berechtigte Zukunftschancen erkennt Haverbeck auf dem Luftfedermarkt. Derzeit würden Luftfedern nur in Schienenfahrzeuge, Lastwagen und Omnibusse eingebaut. Inzwischen zeigten sich auch die Pkw-Hersteller interessiert. Auf der Hannover-Messe werde ein mit Luftfedern ausgerüsteter VW-Jetta gezeigt.

AEG tauscht Telefunken-Paket

Wb, Frankfurt

Die AEG-Telefunken AG, Frankfurt, und die französische Thomson S. A., Paris, haben sich geeinigt: Mit Wirkung zum 9. März hat die AEG ihre Restbeteiligung an der früheren Unterhaltungselektronik-Tochter Telefunken Rundfunk und Fernseh GmbH, Hannover, in Höhe von 25 Prozent an den französischen Elektrokonzern abgegeben. Schon seit dem 1. April 1983 war Thomson zu 75 Prozent an Telefunken beteiligt.

Der Verkauf bringt der AEG keine zusätzliche Liquidität. Das Unternehmen, das seit dem 9. März 1983 seinen Vergleich abwickelt, erhält statt dessen eine Beteiligung von 3,2 Prozent an der Bereichs-Holding Thomson Grand Public, in der Thomson-Brandt die Konsumgüter-Interessen (Unterhaltungselektronik und Hausgeräte) konzentriert hat. AEG hat zudem eine Option, ihren Anteil am Holding-Kapital (derzeit 2,4 Mrd. Franc) auf 10 Prozent aufzustocken.

Der Bereich Grand Public unterhält 22 Werke, davon 10 außerhalb Frankreichs. Mit fast 32 000 Beschäftigten wurden hier 1982 rund 15 Milliarden Franc umgesetzt, davon fast die Hälfte im Ausland. Neben Telefunken gehören zu diesem Bereich in Deutschland noch Nordmende, Saba und Dual, an denen die AEG nun indirekt mitbeteiligt ist.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aalen: Gretl Miske, Inh. d. Baugeschäfts Willi Miske, Essingen; Ipf-Bautenschutz u. Dachbedeckungen, Günter Kummich GmbH & Co. KG; Günter Kummich GmbH; **Berlin Charlottenburg:** Golden Eagle Strickwaren GmbH; Wittler Backwaren-Produktion GmbH; Nachl. d. Erna Lessing; VIL Industrie-Leasing GmbH & Co. Vertriebs KG; **Bochum:** Wolf & Sohn Alu- u. Kunststoffverarbeitung GmbH, Herne 2; Cortix-Consulting GmbH; **Braunschweig:** Doris Beling, Kauffrau; **Calw:** Regula-Werk King GmbH & Co. Vermögensverwaltung, Bad Liebenzell; **Detmold:** August Eickhoff KG Möbelfabrik, Bad Salzuflen; **Dortmund:** Polprint Verlag f. Öffentlichkeitsarbeit GmbH & Co.; **Düsseldorf:** AS Bauges. mbH; **Freiburg i. Br.:** Pazdera GmbH i. L., Müllheim 14; Titisee-Hotel Röhm GmbH & Co. KG, Reutlingen; **Gelsenkirchen:** Rhein-Bügel Kleiderfabrikation GmbH & Co. KG; Karl Hönkhaus, Fahrzeugbau GmbH & Co. KG; **Gifhorn:** Baumschulen Siemer GmbH, Wittingen 1; **Gummersbach:** Pfeiffer GmbH – Kaminbau, Radevormwald; **Hamburg:** Klemme Bauges. mbH; Universalbau Seinbage GmbH; Chemimpex Industriebedarf Handels GmbH; KG Mohrdieck & Partner Bauausführungen GmbH & Co.; **Hamm:** W + V Fleischhandels-GmbH; **Hannover:** G. M. V. Neu-Möbel Fundgrube GmbH; **Kiel:** Nachl. d. Erhard Möller, Kaufmann; **Köln:** Eigelstein Textilpflege GmbH; **Ludwigsburg:** BLSG-Möbel GmbH & Co. Remseck a. N., Remseck; **Lüdenscheid:** Heinz Beckmann, Stukkateurmeister, Schalksmühle; **Michelstadt:** WEMA-Heizungsgroßhandel GmbH, Erbach-Lauerbach; **Neuss:** Heinz-Peter Dappen, Korschenbroich; **Pinneberg:** Nachl. d. Margarethe Helene Kunstmann geb. Schommer; **Schwäbisch Gmünd:** Lampenwerkstätte H. u. E. Verbeek GmbH & Co. KG; **Würzburg:** Groß-Agentur-G. m. b. H., Burgsinn; **Wuppertal:** W + M Rosenbaum KG.

NAMEN

Dr. Karl Ahrens, MdB und Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) e. V., Köln, feiert heute den 60. Geburtstag.

Verwaltungsbaudirektor **Helwig Heidt**, langjähriger Leiter der Hauptstelle für Unfallverhütung des Bundesverbandes der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, feierte den 65. Geburtstag.

Werner Engel, Gründer, Hauptgesellschafter und Geschäftsführer der Firmengruppe Nähr-Engel GmbH, Darmstadt, vollendete am 12. März das 75. Lebensjahr.

Carl-Wilhelm Gerberding, Gründer der Dragoco Gerberding & Co. GmbH, Holzminden, vollendet am 14. März das 90. Lebensjahr.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Gewinn erwirtschaftet

Bremen (dpa/VWD) – Die Hapag-Lloyd Fluggesellshaft mbH, Bremen, 100prozentige Tochter der Hapag-Lloyd AG, Hamburg, hat im Geschäftsjahr 1983 seit langer Zeit wieder ein positives Betriebsergebnis erzielt. Es wurde ein Gewinn von 13,8 Mill. DM nach Steuern erwirtschaftet. Der Umsatz betrug 444,9 Mill. DM.

Diktiergeräte ausgliedern?

Nürnberg (dpa/VWD) – Bei der Prüfung der geplanten Übernahme der Grundig AG, Fürth, durch den niederländischen Philips-Konzern konzentrieren sich die Bedenken des Bundeskartellamtes in Berlin offensichtlich auf die starke Position beider Unternehmen im Diktiergerätebereich und die 15prozentige Beteiligung der Niederländer an der Loewe Opta GmbH in Kronach. Dem Vernehmen nach haben sich die beteiligten Unternehmen inzwischen auf mögliche Auflagen eingestellt, die auf einen Verkauf der Grundig-Diktiergeräte-Aktivitäten hinauslaufen. Grundig und Philips würden 70 bis 80 Prozent des deutschen Diktiergerätemarktes bedienen.

Höhere Dividende?

Mannheim (dpa/VWD) – Die Boehringer Mannheim GmbH, Mannheim, hat 1983 besser abgeschnitten als im Jahr zuvor. Weltweit wurden mit über 12 000 Beschäftigten fast 2 Mrd. DM Umsatz erzielt. Das Ergebnis von Boehringer Mannheim hat sich den Angaben zufolge 1983 ebenfalls verbessert. Daraus könnten neben einer höheren Dividende (zuletzt 15 Prozent) die Rücklagen „wesentlich besser" als im Vorjahr dotiert werden.

Mobil kauft Superior

New York (rtr) – Die amerikanische Mobil Oil Corp., zweitgrößter der Branche nach Exxon, will die Superior Oil Co. übernehmen. Dafür wird Mobil insgesamt 5,7 Mrd. Dollar zahlen (45 Dollar pro Stück). Bei der nach weiteren Angaben bereits vereinbarten Fusion handelt es sich um eine der zehn größten Firmenverschmelzungen in der Geschichte der USA.

JAPAN / Tokios Börse rangiert den Umsätzen nach hinter New York auf Rang zwei

Rege Kauf-Aktivitäten der Ausländer

ALEXANDER BÜRKNER, Tokio

Der japanische Aktienmarkt ist heute nach New York der weitaus größte in der Welt. Vier Fünftel der Umsätze entfallen allein auf Tokio.

Stark geschrumpft ist der Anteil der privaten Anleger von knapp 70 Prozent im Jahre 1949 auf unter 30 Prozent im Jahr 1982. Gleichzeitig ist der Anteil der Banken und Unternehmen von unter je zehn Prozent Anteil an den Aktien aller börsennotierten Gesellschaften auf knapp 40 Prozent beziehungsweise nicht ganz 30 Prozent gestiegen. Der Anteil der Anlagefonds und Vermögensverwaltungen ist ebenfalls zurückgegangen. Dagegen schlägt seit Ende der 70er Jahre die Gruppe ausländischer Investoren verstärkt zu Buche (etwa sechs Prozent). Diese Internationalisierung des Aktien- und auch des japanischen Rentenmarktes resultierte aus dem Bestreben internationaler institutioneller Anleger auf Diversifizierung ihrer Anlagen und aus dem im Ausland wachsenden Bewußtsein des enormen Zukunftspotentials der japanischen Wirtschaft.

Wesentlich gefördert wurde der Rückzug der privaten Anleger, der übrigens international zu beobachten ist, neben steuerlichen Aspekten durch eine kleinaktionärsunfreundliche Unternehmenspolitik bei Kapitalerhöhungen und Dividendenausschüttung.

Bis 1970 war die gängige Form der Kapitalerhöhung die Ausgabe von Bezugsrechten auf junge Aktien an die alten Aktionäre zu einem Zeichnungspreis, der dem Nennwert entspricht (=Pari-Bezugsrecht), was heute nur selten praktiziert wird (Handel in Bezugsrechten findet nicht statt. Die Bezugsrechte können aber an das Wertpapierhaus verkauft werden), da die meisten Unternehmen die Aufwendungen für erhöhte Dividendenzahlungen fürchten.

Sie gehen heute vielmehr überwiegend den Weg der Auflegung über öffentliche Zeichnung (public offering) unter Ausschluß der Bezugsrechte für die Altaktionäre, wobei die Aktien zumeist mit einem Abschlag von fünf Prozent auf den Marktkurs angeboten werden. Das Agio aus diesen Emissionen (Differenz zwischen Nennwert und Ausgabepreis) betrachteten japanische Aktiengesellschaften als eine Art Bonus, der ihnen und nicht den Aktionären zustehe. Durch diese aktionärsunfreundliche Politik wurden jedoch soviele private Anleger verprellt.

Bei der Dividendenpolitik verfolgen japanische Unternehmen in der Regel eine „Politik der konstanten Dividende", das heißt, bei der Festsetzung der Dividendenhöhe ist der Geschäftsverlauf des Unternehmens nicht so entscheidend wie die Beibehaltung der traditionell gezahlten Dividende, in Japan zumeist fünf Yen pro Aktie bei 50 Yen Nennwert. Dieser Standard wird beibehalten, auch wenn die Gewinnsituation eine wesentlich höhere Ausschüttung erlauben oder eine Kürzung nahelegen würde.

Trotzdem stellen private Anleger als Marktteilnehmer immer noch die größte Gruppe. Sie haben einen Anteil am Umsatzvolumen aller japanischen Aktien von über 40 Prozent, vor den Wertpapierbrokern mit etwa einem Viertel Anteil als zweitgrößtem Marktteilnehmer. Die Unternehmen, ausländischen Investoren und Anlagefonds folgen mit weitem Abstand, aber die dominierenden Aktionäre, Banken und Versicherungen, sind am Umsatzvolumen mit nicht einmal zusammen fünf Prozent beteiligt.

Der Grund liegt darin, daß diese beherrschenden Aktionärsgruppen sich als „konstante Aktionäre" (stable shareholder) betrachten, die ihre Aktienbestände praktisch ewig halten. Aus der Sicht einer Bank gibt dieses stabile Geflecht von nicht auf den Markt kommenden Aktienbeständen potenter Großaktionäre japanischen Aktiengesellschaften eine hohe Bonität (übrigens sind daher auch größere Übernahmen japanischer Aktiengesellschaften über die Börse selbst bei völliger Liberalisierung der gesetzlichen Vorschriften sehr schwierig). Aber aus der Sicht der Börse ist die Marktfähigkeit der einzelnen Aktien eingeschränkt.

Immer stärker beeinflussen ausländische Investoren das Marktgeschehen in Japan. Das bringt ein kurzfristiges, spekulatives Element in die Kursbildung. Denn für Ausländer sind bei Anlageentscheidungen über die üblichen Kriterien hinaus vor allem Währungsüberlegungen entscheidend, und die starken Schwankungen des japanischen Yen führten und führen immer wieder zu enormen Kursbewegungen aufgrund kurzfristiger Kauf- oder Verkauforder ausländischer Investoren.

Langfristig gesehen standen die Ausländer jedoch auf der Kaufseite – ein Reflex nicht nur des ungebrochenen Vertrauens in das Wachstum der japanischen Wirtschaft, sondern auch in die Stärke des Yen.

Dr. Alexander Bürkner ist Repräsentant der DG-Bank in Tokio.

Nervosität in der Kundschaft

Kursdrückende Gewinnmitnahme auf großer Breite

DW. – Die anhaltende Aktienschwäche an der New Yorker Börse, der Wiederanstieg des Dollar und fallende Notierungen bei den festverzinslichen Papieren bildeten den Hintergrund für die auf breiter Front nachgebenden Aktienkurse. Die Ausländer sind am Aktienhandel kaum noch beteiligt, und die inländischen Großanleger halten sich zurück und nehmen nur dann Material auf, wenn die Kurse als überdurchschnittlich gedrückt erscheinen.

Die nachlassende Spekulationsneigung schlug sich auch bei den neuen Bayer-Optionsscheinen nieder. Als besonders empfindlich erwiesen sich Aktien, die in jüngster Zeit von spekulativen Meinungskäufen profitiert hatten. Obwohl Daimler und Mercedes bereits einen kräftigen Kursrutsch hinter sich haben, erfolgten in beiden Papieren weitere Positionslösungen. Harpen gaben leicht nach. Daran vermochte auch die Ankündigung eines ertragsstarken Abschlusses für 1983 nichts zu ändern.

Düsseldorf: Balcke Dürr verminderten um 3 DM, Hindrichs Auffermann um 10 DM und Leffers um 8,50 DM. Stahlwerke Bochum gaben um 5 DM nach und Stinnes auch um 5 DM. Stoehr verloren 3 DM. Kochs Adler erhöhten um 4 DM, Verseidag um 2,50 DM und Zanders um 3,50 DM. Bei den Versicherungen gaben Allianz Vers. um 10 DM nach und Agrippina erhöhten um 15 DM.

Frankfurt: Die Standardwerte hatten Verluste bis zu 5 DM, im Verlauf gab es Erholungstendenzen. Industrie Karlsruhe blieben 211 DM minus 14,70 DM, Babcock 151 DM minus 8 DM, Ton Wiesloch 860 DM plus 20 DM und Verseidag bei Plusankündigung 108 DM plus 9 DM.

Hamburg: Beiersdorf gaben um 2 DM und Reichelt um 5 DM nach. Phoenix Gummi verloren 4,50 DM auf 139 DM. HEW wurden mit 97 DM (minus 1,50 DM) und NWK-Vorzüge mit 173 (minus 0,50 DM) gehandelt. Triton mußten mit 137 DM (plus 4 DM) bezahlt werden. Im Bankensektor blieben Vereins- und Westbank bei 305 DM unverändert, während Hypothekenbank Hamburg um 4 DM auf 458 DM zurückfielen.

München: Agrob St. verloren 5 DM, Etienne Aigner 3 DM und NAK Stoffe 0,30 DM. Süd Chemie gaben um 1 DM nach. Erhöht haben Agrob Vz. um 3 DM, Augsburger Kammgarn um 0,50 DM und Deckel AG um 0,80 DM. Patrizier verbesserten sich um 7 DM und Zahnräder Renk um 0,50 DM.

Berlin: Orenstein erholten sich um 2,50 DM und Berthold um 2 DM. Kempinski schwächten sich um 10 DM ab und Rheinmetall wurden um 5 DM niedriger taxiert. Schering gaben um 3 DM, DUB-Schultheiß um 2,50 DM, DeTeWe um 2 DM, Herlitz Stämme um 1,50 DM und Herlitz Vorzüge um 1 DM nach.

Nachbörse: schwächer

WELT-Aktienindex vom 12. 3.: 146,2 (148,1); WELT-Umsatzindex vom 12. 3.: 2097 (2123)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf / Frankfurt / Hamburg / München — Aktien-Umsätze

Kurswert in 1000 DM

Inlandszertifikate

Ungeregelter Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, B = Berlin, Br = Bremen, S = Stuttgart

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Ausland

New York — Toronto — London — Amsterdam — Tokio — Zürich — Madrid — Paris — Mailand — Wien — Kopenhagen — Brüssel — Hongkong — Singapur — Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 12. 3.: 1120 Optionen = 57 650 (41 050) Aktien, davon 327 Verkaufsoptionen = 18 000 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 7-75/23, 4-95/8,5, 4-100/3,9, 7-95/12, 7-100/10, 7-110/6, 7-120/4,4, 10-90/20,6, 10-100/17, 10-110/12,5, 10-120/8,6/10-130/5, BASF 4-150/17,8, 4-160/9, 7-170/8,5, 7-180/8,4, 7-190/3,6, 7-200/1,4, 10-180/10, 10-210/3,7, BAYER 4-17/3, 4-160/0-8, 4-190/0,05, 7-170/12,7, 7-180/7,9, 7-200/4, Bekula 10-95/7,5, BMW 7-450/7, Bay. Vereinsbank 7-320/13,5, Commerzbank 4-180/4,8, 4-190/1,4, 7-170/23,2, 7-180/14, 7-190/9,5, 7-200/5, 10-190/14, 10-220/4,9, Conti 4-115,7/16,4, 4-130/6, 4-140/1,6, 7-150/4,4, 10-140/9,4, 10-150/6,6, Daimler 10-660/12,4, Deut. Babcock ST 1-200/1, Deut. Babcock VZ 4-170/6, Deutsche Bank 4-330/30, 4-370/13, 4-380/10, 4-390/4,4, 7-410/10-30, 4-370/13, 4-380/10, 4-390/4,4, 7-410/10,8, 10-430/10, Dresdner Bank 4-170/8, 4-180/3,5, 7-17/16, 7-180/11,9, 7-190/8,75, 7-200/3, 10-190/14,6, 10-190/9,4, Harpener 7-290/11, Hoechst 4-170/9-0, 4-180/2, 7-170/19, 7-180/11, 7-190/7, 10-170/21,7, 10-190/11, 10-200/6,8, Hoesch 4-110/9, 4-120/5, 7-110/15,4, 7-120/8, 7-130/3,9, 10-110/18, 10-130/7, Karstadt 7-250/6,2, Kaufhof 7-250/8, Kloeckner 7-55/16, 7-60/10, 7-70/4, 10-65/11,8, 10-70/8,4, 10-80/5, Lufthansa ST 4-140/26,2, MAN 7-150/6, Metallges. 10-240/22, Mannesmann 4-140/4, 4-150/1, 7-140/14,8, 7-160/3, 10-140/18,8, 10-150/12,5, 10-160/8, Preussag 10-260/14, RWE ST 7-170/7,5, 7-180/5,5, 10-180/9, RWE VZ 10-170/6,2, Schering 7-350/14, 7-380/5, 10-360/10,4, Kali + Salz 10-220/5,4, Siemens 4-360/34, 4-380/20, 4-390/8,3, 7-420/10, 7-430/6,6 Thyssen 4-80/3, 4-90/1, 7-85/3,35, 7-95/4, 10-85/16,1, 10-90/9,8, 10-85/7, 10-100/4,9, Veba 4-180/2, 7-170/13,9, 7-180/8,5, 10-180/11,4, 10-190/8,4, VEW 7-130/5, VW 4-190/17,4, 7-200/20, 7-210/16, 7-220/9,8, 7-230/8, 7-240/2, 10-220/17,5, Alcan 7-60/3,45, Elf 7-70/6,4, 10-65/4,1, Norsk Hydro 10-220/16, Philips 7-40/6,9, 7-45/2,0, 10-40/7, 10-45/4, Royal Dutch 7-140/6,5, Xerox 7-120/7,3. – **Verkaufsoptionen:** AEG 4-100/3,5, 7-90/25, 7-95/4, 7-100/7, 10-85/2,2, 10-95/6, BASF 4-150/1, 4-170/9, 4-180/18, 7-160/6, Bayer 4-170/8, 4-180/18, 7-160/3,5, 10-160/5, BBC 10-230/18, BMW 4-410/15, 4-430/25, 4-430/35, 7-420/28,5, 7-430/30, 10-380/5, Commerzbank 4-170/1,6, 7-170/1,65, Conti 4-130/2,4, 4-140/9, 7-130/4,3, 7-140/8,5, 10-130/4,8, Daimler 4-562,8/7, 7-560/16, 7-562,8/9,4, Dt. Babcock ST 7-180/24,5, Deutsche Bank 7-370/5,5, 10-370/8, Dresdner Bank 4-170/1, 4-180/7, 7-180/8, 10-170/3,6, GHH ST 7-145/6,35, Hoechst 4-170/3,4, 4-180/8, 4-190/18, 7-170/4, 10-170/4,4, Hoesch 4-110/1,5, 4-120/7, 4-130/17, 7-110/2,5, Karstadt 4-280/10, Kloeckner 4-65/3, 7-65/4,6, 7-80/15, 10-60/4, 10-70/7,5, Lufthansa ST 4-160/3,9, 7-160/3,4, Lufthansa VZ 7-160/9, Mannesmann 4-140/3, 4-150/11, 7-130/2, 7-140/3,5, 10-140/4,0, Rütgers 4-330/6, Siemens 4-380/2,9, 7-400/12, Thyssen 4-85/3, 4-90/5, Veba 4-170/2, 7-170/3,5 VW 4-200/3, 4-210/8, 7-200/4,8, 7-210/9, 7-220/16,5, 10-190/3,5, 10-200/6,8, 10-210/11, General Motors 7-180/11,5, Norsk Hydro 10-200/11, Philips 10-45/3,3 Sperry 10-110/14,8. (1. Zahl Verfallmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis)

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 12. 3.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10 –10¼	5⅝–5⅞	3 –3¼
3 Monate	10¼–10½	5½–5¾	3¼–3½
6 Monate	10½–10¾	5⅝–5⅞	3¼–3½
12 Monate	11 –11¼	6 –6¼	3⅜–3⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 12. März folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1735,00	2091,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1148,00	1445,52
5 US-Dollar (Liberty)	490,00	649,80
1 £Sovereign alt	240,00	296,40
1 £Sovereign Elizabeth II.	234,00	289,56
20 belgische Franken	182,00	237,12
10 Rubel Tscherwonez	251,00	313,50
2 südafrikanische Rand	234,00	288,42
Krüger Rand, neu	1053,00	1240,32
Maple Leaf	1053,00	1240,32
Platin Noble Man	1070,00	1259,70

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	257,00	330,34
20 schweiz Franken „Vreneli"	204,00	256,50
20 franz. Franken „Napoléon"	189,00	250,80
100 österr. Kronen (Neuprägung)	972,00	1171,92
20 österr. Kronen (Neuprägung)	193,00	242,82
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	135,66
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	460,00	564,30
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	108,00	145,92

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

12. 3. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,6046	2,6126	2,5776	2,55	2,64
London¹)	3,771	3,785	3,747	3,72	3,87
Dublin¹)	3,054	3,068	3,006	2,96	3,11
Montreal³)	2,0387	2,0467	2,0188	2,00	2,09
Amsterd.	88,540	88,760	88,585	87,50	89,50
Zürich	120,780	120,980	120,88	120,25	123,00
Brüssel	4,875	4,895	4,79	4,66	4,86
Paris	32,385	32,545	31,845	31,50	33,25
Kopenh.	27,270	27,390	26,980	26,25	28,25
Oslo	34,570	34,690	33,47	33,75	35,50
Stockh.**)	33,450	33,610	33,13	32,75	34,50
Mailand²) **)	1,605	1,615	1,563	1,57	1,67
Wien	14,177	14,217	14,186	14,10	14,32
Madrid**)	1,727	1,737	1,678	1,69	1,81
Lissabon**)	1,990	2,010	1,885	1,60	2,40
Tokio	1,1585	1,1595	–	1,11	1,17
Helsinki	46,100	46,300	44,89	45,25	47,00
Buen. Air.	–	–	–	–	11,00
Rio	–	–	–	0,07	0,40
Athen*) **)	2,5180	2,5720	–	1,90	2,70
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4815	2,5035	–	2,41	2,52
Johannesbg.*)	2,1590	2,1780	–	1,95	2,20

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Deutlich erholt zeigte sich der US-Dollar zum Wochenbeginn mit Kursen zwischen 2,5990 und 2,6090. Geringfügig festere US-Dollarzinsen und die sich abzeichnenden Warnstreiks in der Deutschen Metallindustrie wurden als Einflußfaktoren genannt. Der amtliche Mittelkurs notierte mit 2,6086. Die Erholung des US-Dollars war weniger Ausgeprägt zum japanischen Yen, der sich zur D-Mark um 0,8 Prozent auf 1,1590 befestigte. Der schweizer Franken schwächte sich dagegen um 18 Pfennig auf 120,88 ab. Das britische Pfund notierte um 1,5 Pfennig fester mit 3,778. Gegenüber den übrigen amtlichen Notierten Währungen glichen sich die Plus- und Minusveränderungen der D-Mark weitestgehend aus. US-Dollar in: Amsterdam 2,9445; Brüssel 53,37; Paris 8,0340; Mailand 1620,25; Wien 1836,80; Zürich 2,1580; Ir. Pfund/DM 3,061; Pfund/Dollar 1,4483; Pfund/DM 3,778.

Ostmarkkurs am 12. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Auch zu Wochenbeginn setzte sich die Befestigung der Euro-Dollar-Zinssätze fort. Am Terminmarkt wurden die Dollar-Terminabschläge nochmals weiter notiert.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,13/1,03	3,16-3,06	6,39/6,19
Pfund/Dollar	0,1375/0,1525	0,56/0,60	1,27/1,31
Pfund/DM	1,90/0,50	3,80/2,40	6,60/5,20
FF/DM	33/17	90/74	174/158

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 12. 3.: Tagesgeld 5,45–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,7–5,85 Prozent; Dreimonatsgeld 5,8–5,95 Prozent.

Privatdiskontsätze am 12. 3.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 12. 3.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. März 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/3 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,00 (6,23) – 7,50 (6,62) – 7,75 (6,88) – 8,00 (7,07) – 9,00 (7,34). Ausgabe 1984/4 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,00 (6,25) – 7,50 (6,66) – 7,75 (6,93) – 8,00 (7,15) – 8,00 (7,45) – 9,00 (7,67) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,54, 2 Jahre 6,66. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,50, Kurs 100, Rendite 7,50.

Langläufer unter Druck

Der Wiederanstieg des Dollar sowie die steigenden Renditen der US-Bonds lösten am Wochenbeginn am deutschen Rentenmarkt umfangreiche Positionslösungen aus. Im öffentlichen Bereich nahmen die kurspflegenden Stellen die Kurse deutlich zurück, um so die Verkäufer abzuschrecken. Dennoch fielen die Notierungen der Langläufer bis zu einem halben Punkt. Ausländische Käufer waren weder hier noch bei den DM-Auslandsanleihen festzustellen, deren Kurse ebenfalls unter Druck gerieten. Pfandbriefe folgten der schwächeren Tendenz mit vorerst geringen Abschlägen.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

	12. 3.	9. 3.
F 8 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
6½ dgl. Pf 5	87G	87G
7 dgl. Pf 2	100G	100G
F 7½ Bakola Pf 104	100,75G	100,75G
9 dgl. Pf 106	103G	103G
10 dgl. Pf 108	108,45G	108,45G
7 dgl. KS 132	95,85G	95,85G
8 dgl. KS 155	99,75G	99,75G
9 dgl. KS 189	102,85G	102,85G

Bundesbahn

		12. 3.	9. 3.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,1G	100,1G
8 Bdbahn 72	9/84	100,8	100,9
8½ dgl. 78	9/84	100,85	101
8 dgl. 78 II	11/84	99,85	99,85

	12. 3.	9. 3.
M 5½ Bayer. Haba Pf 14	92,50G	93G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6½ dgl. Pf. 2	96,25bG	96,75G
7 dgl. Pf 9	96bG	96,5G
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 14	99G	99G
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	125G	125G
5½ dgl. Pf 11	131G	131G
6 dgl. Pf 34	78,5bG	78,5G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
8½ dgl. Pf 10	84G	84G
6 dgl. KS 1	99,5bG	99,5G

	12. 3.	9. 3.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	118G	117
6 dgl. 14	89,5G	91,5
6 dgl. 47	79,5	79
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	94,95G	94,95
8 dgl. Pf 73	101,4G	101,4G
4 dgl. KO 6	102,5	102,5G

	12. 3.	9. 3.
M 5 Verbank Kbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	78TG	78TG
7 dgl. Pf 100	100,6G	100,6G
D 8 WestLB Pf 360	101,55G	101,55G
6½ dgl. Pf 403	97,7G	97,7G
9½ dgl. Pf 1007	106,7G	106,7G
8 dgl. Pf 1015	99,9G	99,9G
7 dgl. KO 558	100,55G	100,55G
6½ dgl. KS 420	98,2G	98,2G

	12. 3.
5 Mannesmann 59	98,5G
6 MWK 61	99,5G
6 dgl. 62	98G
6 ObDon. Krwk. 64	94,75T
F 6 Rh.Brier. 63	95,25
6 dgl. 65	95,3G
6 RWE 63	95,25T
6 dgl. 65	95,25T
7½ dgl. 71	99,7G
7 dgl. 72	98,6T
6 Rh.-M.-Don. 62	97,75G
6½ dgl. 68	99,5G
8 Schleswag 71	100G
5 STEAG 59	98,35T
7½ Thyssen 71	99,5G
8 dgl. 72	99,8G
7½ dgl. 77	98,5G
5 Veba 59	99,75G
8 VEW 71	100,1
6½ dgl. 77	95,75G
7 VW 72	98,65

Optionsscheine

Optionsanleihen

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Schwächer tendierten am Montag die Notierungen für Gold, Silber und Kupfer. Bei Kaffee gaben die vorderen Sichten nach, während die hinteren heraufgesetzt wurden. Ein gerade entgegengesetztes Bild bot sich bei Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	12. 3.	9. 3.
März	350,25	354,20
Mai	349,00	354,00
Juli	342,00	344,75

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	12. 3.	9. 3.
St. Lawrence 1 CW	257,50	255,25
Amber Durum	244,45	240,50

Kakao New York ($/t)	12. 3.	9. 3.
Terminkontr. März	2490	2475
Mai	2415	2420
Juli	2403	2405
Umsatz	–	3127

Zucker New York (c/lb)	12. 3.	9. 3.
Kontrakt Nr. 11 Mai	7,15	7,30
Juli	7,60	7,73
Sept.	7,98	8,02

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Verärgerung über Peter Engel ist sachlich überflüssig

Man soll niemals „niemals" sagen, es sei denn, man weiß, daß man es durchstehen kann. Peter Engel hat sich anscheinend selber eine Grube gegraben, als er vor einem Jahr erklärte, er werde nie mehr für den Deutschen Tischtennis-Bund (DTTB) spielen. Denn zunächst hat er bei der Deutschen Meisterschaft zugesagt, sich zur Europameisterschaft nach Moskau schicken zu lassen. Doch als der Dreißigjährige dann Deutscher Meister geworden war, zum ersten Mal in seinem Leben, da überlegte Engel sich's: wenn er führe, würde er unglaubwürdig.

Also fährt er nicht, und im DTTB herrscht eine gewisse Verbiesterung. Rein sachlich ist sie überflüssig. Peter Engel hat nach der Papierform nicht mehr Chancen, einen deutschen Erfolg herauszuspielen, als die anderen Spitzenspieler; deren Chancen aber liegen nur wenig über Null. Und man kann in absehbarer Zeit hier auch keinen Wandel durch Anstrengung erwarten.

Denn: Was winkt einem jungen Menschen hier, der Studium oder Lehre aufgibt, um Berufssportler zu werden? Im Fußball kann er, wenn er recht gut wird, sich fürs Leben sanieren. Im Tischtennis kann er mit hunderttausend bis hundertfünfzigtausend Mark jährlich rechnen, aber nur, wenn er wirklich gut wird. Was soll's? Wenn er die eiserne Konzentration und den Fleiß, der ihn an die Spitze führen kann, in eine Ausbildung und in die nachfolgende Arbeit steckt, kann er das allemal in einem Beruf verdienen – aber nicht nur für ein paar Jahre, sondern lebenslang, ohne das Risiko eines Bänderrisses.

Im Osten ist das anders; für Ungarn oder Chinesen bietet eine Tischtennis-Spitzenrolle größere Chancen (Auslandsreisen, West-Geld, West-Waren) als ein Medizinstudium. Daher haben diese Völker riesige Reservoirs, aus denen sie die besten Kräfte schöpfen – und sich darauf verlassen können, daß diese auch kompromißlos weitermachen und nicht modischem Leistungsüberdruß oder jenen Konsum-Ablenkungen erliegen, die der Westen bietet und der real existierende Sozialismus verhütet. Im Westen hat nur Schweden, aus welchen Gründen immer – lassen wir das real existierende Palme-Syndrom aus dem Tischtennisspiel –, eine Talentschmiede. Der Rest ist Zufall.

STAND ● PUNKT

So sollten die Deutschen weiterhin Talentförderung betreiben, aber sich nicht in eine Hysterie des Mißerfolgs verrennen. In den letzten Jahren gehörte es zum guten Ton, auf übermorgend zu bauen und die pubertäre Jugend vorzuziehen. Jetzt muß man bei Altmeister Engel und Uraltmeister Lieck anklopfen. Das ist recht peinlich. Wenn man Nominierungen wieder einfach als Lohn für erbrachte Leistungen behandelt und gelassen davon ausgeht, daß es schließlich Wurscht ist, ob die Vertreter der deutschen Sache nun in der zweiten oder erst in der dritten Runde hinausfliegen, dann wird man sich wenigstens unnützen Zank ersparen.

ENNO v. LOEWENSTERN

FUSSBALL / Bayern München will seinen Star nicht unter zehn Millionen Mark nach Italien ziehen lassen

● Im Münchner Olympia-Stadion findet heute das Bundesliga-Nachholspiel zwischen dem FC Bayern und Kickers Offenbach statt. Doch das Spiel scheint nur Nebensache zu sein, seitdem Karlheinz Rummenigge seinen Entschluß bekanntgab: „Ich gehe zu Inter Mailand." Bayern-Präsident Hoffmann: „Rummenigge hat mich über seine Pläne unterrichtet. Ich denke, wir werden in der nächsten Woche einen Vertragsabschluß tätigen. Unter zehn Millionen Mark geht aber bei uns nichts."

● Heute abend (20.00 Uhr) findet das Spitzenspiel im Viertelfinale des deutschen Pokals zwischen Werder Bremen und dem VfB Stuttgart statt. Drei Tage nach dem 2:3 im Weser-Stadion droht den derzeit formschwachen Bremern das Pokal-Aus. Manager Willi Lemke sagt: „Wir sind nur Außenseiter." Stuttgarts Trainer Helmut Benthaus läßt die Spieler ran, die mit 0:2 in Mönchengladbach verloren. Karl-Heinz Förster: „Wir stecken in keiner Krise. Die Pause brachte uns aus dem Rhythmus."

Rummenigges Entschluß: Er geht zu Inter Mailand Es fehlt lediglich noch seine Unterschrift

sid, **München**

Der teuerste Transfer im Fußball innerhalb Europas ist so gut wie perfekt. Karl-Heinz Rummenigge wird wahrscheinlich noch in dieser Woche einen Drei-Jahres-Vertrag bei Inter Mailand unterschreiben und den FC Bayern München zum Saisonende verlassen. „Die Sache ist zu 90 Prozent klar. Die restlichen zehn Prozent sind nur meine Unterschrift und die Einigung über die Ablösesumme zwischen beiden Vereinen", erklärte Rummenigge, dessen bis 1987 laufender Vertrag vorzeitig gelöst wird.

Noch am Sonntagabend informierte der 28 Jahre alte Kapitän der Nationalmannschaft telefonisch Bundestrainer Jupp Derwall von seiner Entscheidung. „Bisher konnte ich alle Angebote vor mir herschieben. Aber da am 30. Juni in Italien die Grenzen für Ausländer schließen, war ich nun zu einer Entscheidung gezwungen. Außerdem reizt mich die neue Herausforderung", lautete Rummenigges Begründung.

Jupp Derwall zeigte Verständnis: „Zunächst einmal bin ich froh, daß endlich eine Entscheidung gefallen ist und Ruhe in die ganze Angelegenheit kommt. Ich wünsche ihm, daß er in Italien glücklich wird, obwohl es sehr schwer ist, so viel Geld ständig mit einer entsprechenden Leistung zu verbinden." Derwall und Rummenigge sind sich einig, daß der Vertrag mit Inter eine Freigabe-Klausel für alle Länderspiele enthalten wird.

Inter-Manager Sandro Mazzola, der die Verhandlungen über das Vorstandsmitglied Gianni Sartori schon seit Wochen führen ließ (die anderen Bewerber aus Florenz und Turin kamen viel zu spät), muß sich nun allerdings von einem seiner beiden Ausländer, Hansi Müller oder dem Belgier Ludo Coeck, trennen. Einiges deutet darauf hin, daß Inter auf die deutsche Allianz Rummenigge/Müller setzt. Möglich aber auch, daß der Europacup-Sieger von 1964 und 1965 neben Rummenigge den Brasilianer Socrates als zweiten Ausländer verpflichtet.

Geld scheint bei den Italienern keine Rolle zu spielen. Rummenigges garantiertes Jahres-Einkommen soll bei zwei Millionen Mark netto liegen, diverse andere Annehmlichkeiten (Haus, Auto, Kindermädchen) nicht mitgerechnet. Für Socrates ist eine Ablösesumme von 12,5 Millionen Mark im Gespräch. In ähnlich schwindelerregender Höhe siedelt der FC Bayern seine Forderungen an.

Präsident Willi O. Hoffmann erklärte unmißverständlich: „Unter zehn Millionen geht bei uns gar nichts. Nach dem Wechsel von Diego Maradona zum FC Barcelona, der 19 Millionen Mark gebracht hat, muß dies das größte Transfergeschäft in der Fußball-Geschichte werden." Klar ist die Absicht der Bayern, Rummenigges Ablösesumme wieder zu investieren.

Trainer Udo Lattek sagte: „Mit dem Mönchengladbacher Lothar Matthäus sind wir uns weitgehend einig. Nun muß noch ein weiterer starker Mann geholt werden." An der Gerüchtebörse wurden schon die Namen Rudi Völler (Bremen), Herbert Waas (Leverkusen) und Roland Wohlfahrt (Duisburg) gehandelt. Das erste Dementi dazu kam aus Leverkusen. Trainer Dettmar Cramer: „Herbert Waas besitzt einen bis 1987 laufenden Vertrag, und daran ist nicht zu rütteln."

Wenn Mailand die zehn Millionen Mark zahlt, so wäre das die höchste Ablösesumme, die für einen deutschen Spieler bezahlt wurde. Bisheriger Rekordhalter ist Bernd Schuster, für den der FC Barcelona im Oktober 1980 3,6 Millionen Mark an den 1. FC Köln überwies. In der finanziellen Abwicklung des Rummenigge-Transfers wollen die Bayern kein Risiko eingehen. Hoffmann: „Bevor der Wechsel endgültig über die Bühne geht, muß Mailand seine Zahlungswilligkeit und die Absicherung der Ablösesumme durch die Banken nachweisen." Noch in dieser Woche wird Manager Mazzola in München erwartet.

Die Bayern müssen nun zum zweiten Mal den großen Neuaufbau einleiten. Die erste Durststrecke für den Bundesliga-Rekordmeister entstand nach dem Abtritt der weltberühmten Achse Beckenbauer-Müller und endete erst, als sich zu Rummenigge der Rückkehrer Paul Breitner gesellte. Das Duo war entscheidend an den Meisterschaften von 1980 und 1981 sowie am Pokalsieg von 1982 beteiligt. Nachdem Breitner sich im Sommer 1983 verabschiedete, verlieren die Münchner nun innerhalb eines Jahres den zweiten Weltklassespieler.

SPORT-NACHRICHTEN

Schuster schoß Siegestor

Barcelona (dpa) – Der deutsche Nationalspieler Bernd Schuster schoß für den FC Barcelona das Siegestor zum 1:0 über Malaga. Neuer Tabellenführer der ersten spanischen Liga ist Atletico Bilbao nach einem 1:0 in Murcia, da Real Madrid beim 2:2 gegen FC Sevilla einen Punkt abgab.

Olympiatreffen in Berlin

Berlin (sid) – 300 bis 320 Athleten sollen an den olympischen Sommerspielen in Los Angeles voraussichtlich teilnehmen. Das gab der Chef der Mission, Heinz Fallak, beim vorbereitenden Olympiatreffen in Berlin bekannt.

Weltmeister nur unentschieden

Salzgitter (dpa) – Handball-Weltmeister UdSSR konnte beim Alfelder Lehrgang im vierten Spiel gegen das Bundesliga-Team der Reinickendorfer Füchse Berlin nur ein Unentschieden (22:22) erzielen. Das erste Spiel gegen die Berliner gewann die UdSSR mit 24:17.

Billard: Siebert Dritter

Louvain (sid) – Der Holländer Rini van Bracht wurde erstmals Billard-Europameister im Dreiband. Im Finale besiegte der Weltmeister von 1982 den Franzosen Gidio Vierat in der zweiten Verlängerung mit 1:0. Den dritten Platz errang der Hochfelder Günter Siebert gegen den deutschen Meister Dieter Müller.

Sieg für Kenny Roberts

Daytona Beach (sid) – Kenny Roberts, dreimaliger amerikanischer Weltmeister im Motorradrennsport, gewann das 200-Meilen-Rennen in Daytona Beach (Florida). Zweiter wurde der 500-ccm-Weltmeister Freddy Spencer (USA).

SKI ALPIN

Weltcup-Slalom der Damen in Waterville Valley: 1. McKinney (USA) 2:09,66, 2. Hess (Schweiz) 2:10,16, 3. Cooper (USA) 2:10,30 ... 10. M. Epple (Deutschland) 2:11,87. – Stand im Gesamt-Weltcup: 1. Hess 234 Punkte, 2. Wenzel (Liechtenstein) 217, 3. I. Epple (Deutschland) 178, 4. McKinney 167.

Weltcup-Abfahrt der Herren in Whistler Mountain: 1. Johnson (USA) 2:02,85, 2. Höflehner (Österreich) 2:03,17, 3. Zurbriggen (Schweiz) 2:03,18 ... 15. Wildgruber 2:05,19 ... 23. Dürr (beide Deutschland) 2:06,13. – **Stand im Gesamt-Weltcup:** 1. Zurbriggen 348, 2. Stenmark (Schweden) 217, 3. Girardelli (Luxemburg) 184.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 19, 23, 29, 35, 43, 45, Zusatzspiel: 16. – Rennquintett: Rennen A: 3, 10, 7. – Rennen B: 35, 23, 22. (Ohne Gewähr)

FUSSBALL

Krafft hat verlängert

sid, **Köln/Kaiserslautern**

Manfred Krafft, Trainer des 1. FC Kaiserslautern, hat seinen Vertrag mit dem Fußball-Bundesligaklub bis zum 30. Juni 1985 verlängert. Der 46 Jahre alte Trainer einigte sich mit Präsident Udo Sopp über die Modalitäten eines leistungsbezogenen Vertrages. Krafft war erst am 2. November 1983 als Nachfolger des auf eigenen Wunsch ausgeschiedenen Frankfurter Trainers Dietrich Weise verpflichtet worden. Als Zielsetzung für die nächste Saison nannte der Trainer die Qualifikation für einen UEFA-Pokalplatz.

Der 1. FC Köln will Mittelstürmer Bernd Klotz und den türkischen Nationalspieler Erdal Keser von Borussia Dortmund verpflichten. Die Kölner sollen bereit sein, für Klotz und Keser im Paket eine Million Mark an Ablöse zu zahlen und Dortmund den ausgeliehenen Harald Konopka ohne Ablösesumme zu überlassen.

Die Dortmunder fordern für Klotz und Keser insgesamt eine Ablösesumme von 1,5 Millionen Mark. Die Borussen planen die Verpflichtung von Roland Wohlfarth (Duisburg) und André Egli (Grasshoppers Zürich), Vorstopper der Schweizer Nationalmannschaft. Trennen wollen sie sich dagegen von Ralf Loose, Siegfried Reich und Herbert Hein.

SKI ALPIN

Klammer ein Johnson-Fan

sid, **Whistler Mountain**

Nun ist auch Franz Klammer, der ihn kürzlich noch als „Nasenbohrer" bezeichnete, ein Fan von Bill Johnson. „Im Januar konnte er nur ausgezeichnet gleiten. Jetzt meistert Bill auch schwierige Passagen sehr gut", meinte Österreichs einstiger Abfahrts-Kaiser nach dem dritten Saisonsieg des 23jährigen im kanadischen Whistler Mountain. Johnson krönte zum Abschluß der Übersee-Rennen den „Tag der Amerikaner", denn kurz zuvor hatte Weltcup-Titelverteidigerin Tamara McKinney beim Riesenslalom in Waterville Valley/USA ihren zweiten Triumph binnen 24 Stunden errungen.

In Whistler Mountain, wegen seiner anspruchsvollen Abfahrt auch „kanadisches Kitzbühel" genannt, hat sich Bill Johnson, der einschließlich Sarajevo vier Saisonrennen gewann, den Titel des Abfahrts-Olympiasiegers endgültig verdient. „Nun sagt keiner mehr, das Gold sei Zufall gewesen", meinte der Mann aus Los Angeles, dem man lange nachsagte, er habe in Sarajevo auf einer für ihn maßgeschneiderten Strecke gewonnen.

In Whistler Mountain konnte Johnson jedoch nicht mehr verhindern, daß Urs Räber aus der Schweiz mit 94 Punkten den Abfahrts-Weltcup vor dem Österreicher Erwin Resch (91) gewann.

EISHOCKEY / Immer brutalere Spielweise – Verletzte beim Spiel zwischen Rosenheim und Köln

Truntschka droht Kretschmer sogar mit Privatklage

dpa, **Berlin**

Der umstrittene Spielmodus der Eishockey-Bundesliga fordert seine Opfer. Die Berichte von den Zwischenrunden-Spielen sehen aus wie die eng beschriebenen Karteikarten einer Chefarzt-Visite in einem Krankenhaus. Nach dem offenbar häßlichsten Spiel dieser Saison zwischen dem SB Rosenheim und dem Kölner EC (4:3) griff sogar Otto Wanner als Präsident des Deutschen Eishockey-Bundes (DEB) mit einem Appell an die Vereine und Spieler ein: „Kommt zur Besinnung. Es ist doch nur ein Spiel."

„Das war kein Eishockey-Spiel mehr", sagte jedoch Kölns Trainer Josef Golonka nach der „Schlacht von Rosenheim". Seine Lazarett-Liste sah so aus: Drew Callander mit Lungenblutungen und Gerd Truntschka mit Verdacht auf Rippenbruch ins Krankenhaus, Holger Meitinger mit Knieverletzung ausgeschieden, Toni Forster durch blutende Augenbrauenwunde behindert.

Golonka-Kollege Pavel Wohl hatte auch einiges zu bieten: Nase von Markus Berwanger angebrochen, Handverletzung von Jamie Masters, Hüftverletzung von Denis Houle. Rosenheims Ex-Nationalspieler Horst-Peter Kretschmer, der nach Kölner Aussagen beim Vorspiel am Rhein mit Revanche gedroht haben soll, muß mit einer Privatklage des von ihm verletzten Nationalspielers Truntschka rechnen.

Beide Teams gingen von Anfang an wie wild aufeinander los. Später verteidigte Pavel Wohl die Hektik mit der Erklärung, für Rosenheim sei es „die letzte Chance" gewesen, noch den Weg ins Halbfinale zu finden. Wohl wörtlich: „Wir haben um unser Überleben gespielt." Trotz des Sieges hat der Sportbund bei zwei ausstehenden Spielen aber jeweils drei Punkte Rückstand auf Köln und Kaufbeuren. Schiedsrichter Schimki konnte die Stockstechereien und Ellbogen-Checks nicht bremsen und sah sich Vorwürfen von allen Seiten ausgesetzt. Auch an die Schiedsrichter wandte sich DEB-Präsident Otto Wanner mit einer Bitte: „Sie müssen mehr die Ruhe bewahren, wenn es heiß wird auf dem Eis."

An anderen Schauplätzen waren die Mahnungen von Bundestrainer Xaver Unsinn, hartes, aber faires Eishockey zu spielen, in der Zwischenrunde ebenfalls vergessen. Auch von dem Versöhnungstreffen der Nationalspieler vor dem Olympia-Turnier in Sarajevo redet niemand mehr. Beim 6:4-Sieg des Mannheimer ERC in Landshut blutete Erich Kühnhackl am Auge, mußte Alois Schloder in der Kabine genäht werden.

Soweit es noch um Sport geht, halten in Gruppe A Titelverteidiger EV Landshut (6:2 Punkte) und Vize-Meister Mannheimer ERC (5:3) sowie in Gruppe B der Kölner EC und ESV Kaufbeuren (je 6:2) als 3:2-Sieger in Freiburg die Trümpfe in Händen. Der ERC Schwenningen verlor durch ein 2:7 in Düsseldorf wertvollen Boden.

Ein beachtliches Vorhaben: Die Preußen-Serie „So lebten sie alle Tage"

Was den kleinen Mann so bewegte

Am Sonntagabend meldete sich das ARD-Hauptprogramm mit der ersten Folge einer fünfteiligen Preußen-Serie unter dem unverfänglichen Titel „So lebten sie alle Tage. Geschichten und Berichte aus dem alten Preußen". Verantwortlicher Drehbuchautor war Wolfgang Menge, Regie lag bei Ulrich Schamoni. Jede Folge dauert neunzig Minuten, was auf eine Gesamtsendezeit von 450 Minuten hinausläuft. Es handelt sich also um ein beachtliches Vorhaben, auf welches man nach dem Spektakel des Preußen-Jahres 1981 gespannt sein darf.

Die Preußen-Reihe kommt vielleicht zur rechten Zeit, um auf ihre Weise geschichtliches Verständnis für Preußen zu wecken. Das ist jedenfalls das Anliegen von Autor und Regisseur, nämlich jenseits von wissenschaftlichen Kontroversen und Diskussionen einfach nur die Wirklichkeit des preußischen Alltags auf den Bildschirm zu bringen, also zu zeigen, wie der Normalmensch im Preußen des 18. Jahrhunderts gelebt, gedacht oder auch gelitten hat. Wolfgang Menge betont ausdrücklich, daß er keine neue Deutung der preußischen Geschichte und auch keine Geschichte des preußischen Alltags zum besten geben will, sondern einige Einzelschicksale herausgegriffen hat, die sich für eine szenische Rekonstruktion eignen. Dazu hat er über mehrere Jahre in Akten, Dokumenten, Tagebüchern und Reisebeichten recherchiert, um das zu finden, was die Akten nicht oder nur nebenbei verraten, nämlich das, was den kleinen Mann bewegte und seine nächste Welt ausmachte.

Dafür erschien ihm Preußen besonders geeignet, insofern es gerade für die kleinen Leute ein Rechts- und Sozialstaat war, der sogar für Abertausende von Menschen Asyl, Zuflucht und Rettung bedeutete. Aber es war auch ein Obrigkeitsstaat mit der Zuchtrute, ein Militärstaat. Seine Toleranz war ebenso sprichwörtlich wie sein unbedingter Herrschaftsanspruch. Deswegen kam es dem Autor darauf an, historische Dokumentation und Information mit gutem Theater zu verbinden, also Alltagsgeschichten in Szene zu setzen, welche einen Indikationswert für Zeit und Umstände haben und auch fürs Theater als moralische Anstalt etwas hergeben.

Jedes Alltagsgeschehen spielt sich in einem Bedingungsrahmen ab, der den Gesichtswinkel der beteiligten Personen meist übersteigt, also aus der Zeit und dem allgemeinen Leben und Abhängigkeitsverhältnissen begriffen werden muß. Das Einzelschicksal kann und soll zwar in erster Linie vom Menschlichen her verstanden werden; aber das historische Verständnis bleibt dabei auf der Strecke, wenn es nicht auf seine eigene Weise



Die WELT bat Prof. Kurt Kluxen, die Preußenserie der ARD zu rezensieren. Kurt Kluxen (Erlangen) gilt als bester Kenner der Frühgeschichte Preußens FOTO: STÜMPEL

auch zum Zuge kommt. Das ist übrigens die Crux jeder historischen Darstellung.

Die erste Folge „Am Brandenburger Tor" bezeugt bereits, daß Autor und Regisseur diesem Problem nicht ausgewichen sind und sich bemüht haben, dem historischen Milieu gerecht zu werden und außerdem sogar Bezüge zur Gegenwart herzustellen. Dies vollzog sich so, daß Programmdirektor Heinz-Werner Hübner aus dem Fernsehstudio einführte und im Lauf der Sendung live kommentierte. Die im letzten Sommer gedrehten Spielszenen wurden über Monitore eingeblendet. Die jeweilige Information über Stadt und Umgebung von Berlin um das Jahr 1720, über Reiseverkehr, Handel und Versorgung, Akzise, Stadtmauer und Torwache diente dem Verständnis des Gesamtzusammenhangs.

Aber erst die Spielhandlung, nämlich der Streit zwischen Torschreiber (Horst Wollmann) und Torwache (Stefan Wigger), ließ nach und nach erkennen, was das Brandenburger Tor und die Akzise bedeuteten. Besonders aufschlußreich war die Vermehmung der Torwache vor dem Kriegskommissar. Milieu und Handlung waren völlig plausibel und hielten sich an den historischen Rahmen. Die Absetzung des alten und die Einsetzung des neuen Torschreibers geschah durch den staatlichen Kriegskommissar als dem zuständigen Bagatellrichter der Kammerjustiz.

Die Akzise war eine einheitliche Staatssteuer für alle Städte des Königreichs, eine indirekte Steuer auf fast alle Lebensmittel und Kaufmannswaren, welche in Form eines Torzolls erhoben wurde. Voraussetzung war die völlige Abschließung der Städte gegen das flache Land durch lückenlose Mauern. Die Erhebung der Torsteuer war das einzige Mittel zur handelspolitischen Regulierung des Warenverkehrs, wobei der Export der Stadt ihrem Import möglichst um ein Drittel überlegen sein sollte. Die Trennung von Stadt und Land und die weitgehende Verstaatlichung der Stadtverwaltung ermöglichten erst eine preußische Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Weil Preußen ein „Königreich der Landstriche" war und im kontrollierbaren Grenzen fehlten, mußte sich alles durch die engen Stadttore hindurchquälen. Dies ist in der Sendung drastisch zum Ausdruck gekommen und gab ein Schauspiel, das vielleicht das beste Lehrstück für die Zuschauer war. Was wie eine Schikane der staatlichen Behörden aussah, war in Wirklichkeit ein wichtiges und vielleicht sogar das wichtigste Element der preußischen Staatsgestaltung neben dem Heer.

Damit erweist sich, daß die erste Folge eine gute Sache war und mit richtigem Instinkt an den Anfang gesetzt worden ist. Man kann nur hoffen, daß die weiteren Folgen aus anderen Lebensbereichen wie Recht, Militär, Schule und Theater sich wechselseitig ergänzen und das Verständnis für den preußischen Staat als Modernisierungsprozeß mit den Mitteln des 18. Jahrhunderts vertiefen.

Vielleicht darf man kritisch vermerken, daß die Einblendungen in die Gegenwart sich mehr auf die nächste Zukunft bezogen und manchmal fast wie kalte Duschen wirkten. Ohne Vorschußlorbeeren austeilen zu wollen, sei auch vermerkt, daß das ungleiche Schauspielerpaar Wollmann/Wigger an jeder Episode in unterschiedlichen Rollen mitwirkten, wobei diese ergreifende Kombination daran erinnert, daß das Leben zwar ernst, die Kunst aber heiter ist.

KURT KLUXEN

STUDIO

Rund ein Prozent der Katholiken in der Bundesrepublik, das sind etwa 250 000 Personen, hören regelmäßig Radio Vatikan. Das geht aus einer Repräsentativ-Umfrage des Bielefelder Emnid-Instituts hervor, die im Auftrag der deutschsprachigen Abteilung des Vatikansenders mit Unterstützung der deutschen Bischofskonferenz durchgeführt wurde. Darüber hinaus hören rund sechs Prozent der insgesamt 26 Millionen bundesdeutschen Katholiken „ab und zu" Informationen aus Rom. (KNA)

*

Neben dem fiktiven „Tatort"-Kommisar Horst Schimanski, der sich durch Duisburg prügelt, macht bald ein wirklicher Ordnungshüter aus dem Ruhrgebiet, Volker W. Degener (Herne), auf dem Bildschirm von sich reden. Der 42jährige Beamte schrieb unter anderem ein Jugendbuch über Gewalt gegen Kinder, das die Grundlage zu einem Fernsehfilm „Der Schrei des Schi-Kai" bilden soll. Das Buch schildert die Traumwelt des Comic-Helden Schi-Kai, in die sich ein zwölfjähriger Junge aus einer desolaten Familiensituation flüchtet. Die Dreharbeiten haben in Berlin begonnen. (lnw)





III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.05 Der Glücksritter
11.10 Ordnung muß sein
Von H. Rosendorfer
12.10 Das Ende der Guillotine
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Woll-Lust
Geschichten vom Stricken
16.55 Mit Micky Maus und ihren Freunden
Spaß am Dienstag
18.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Alles oder Nichts
Spiel und Show mit Max Schautzer
Heute: Deutsche Schlager der 50er Jahre
21.00 Panorama
Wie macht man Hitler-Tagebücher? – Besuch beim Fälscher Konrad Kujau / Bußgeld und Steuern – Ein Gerichtsurteil und die Folgen / Autonome Tierschützer – Brandstiftumng und Befreiungsaktion als symbolische Tat
Moderator: Peter Gatter
21.45 Dallas
Bobby schlägt zurück
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Zan Pollo – Theater für die Straße
Von Ebbo Demant
Das Zan-Pollo-Theater in Berlin, das seit sieben Jahren besteht, ist in verschiedener Hinsicht eine Ausnahmeerscheinung in der deutschen Theaterszene. Die zehnköpfige Truppe ist ihr eigener Chef, verwaltet sich selbst, übt und arbeitet mit sich selbst, alles im freundschaftlichen Geist einer Gruppe von Menschen, die sich mögen und die das gleiche Ziel haben: Publikum zu bekommen und zu erhalten. Sie pressen sich dabei nicht in ein starres Kollektiv, sondern lassen jedem Mitglied der Truppe möglichst viel persönlichen Freiraum. Das Zan-Pollo-Theater gehört zu den ganz wenigen freien Gruppen in Deutschland, die regelmäßig Straßentheater machen: in Fußgängerzonen, vor Kaufhäusern, auf Marktplätzen, bei Open-Air-Veranstaltungen und Kulturwochen.
23.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mosaik
Für die ältere Generation
Frühjahrs- und Sommer-Moden 1984
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Ravioli
3. Hochwasser
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Jürgen von der Lippe
17.50 Waldheimat
Als wir zur Schulprüfung geführt wurden
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase
Trickreiches mit Bugs Bunny
19.00 heute
19.30 Dabbel Trabbel
Film von Dorothea Neukirchen
Mit Gudrun Landgrebe, Jochen Schröder u. a.
Anke ist Rechtsanwältin und arbeitet in einer Anwaltssozietät, Philip ist Hilfsreferent in einem Bonner Ministerium und gern gesehenes „enfant terrible", seine schnelle Intelligenz läßt eine rasche Karriere erwarten. Sie sind verheiratet, Philip liebt Ankes Vitalität, sie seine Leichtigkeit, eine gut funktionierende Beziehung also. Es gäbe also keine Probleme, wenn Anke nicht immer drängender die leidige Kinderfrage und im Zusammenhang damit den Erwerb der Wohnung diskutieren würde, in der die beiden in Wohngemeinschaft mit zwei jungen Frauen leben.
20.57 Tierporträt
Fischadler im Land der 1000 Seen
21.15 WISO
Wirtschaft & Soziales
Sozialreport: Lehrstellenmarkt '84 – Ausweg oder Katastrophe? / Zur Person: Die Rache des Claudius Dornier jr. – Neuer Start mit 69 – Autoversicherungen: Teure Tricks – Computer jagt Betrüger
Mit Friedhelm Ost
21.45 heute-journal
22.05 Tagebuch eines Italieners
Italien. Spielfilm, 1973
Mit Donatello, Mara Vender u. a.
Regie: Sergio Capogna
Anschließend: Ratschlag für Kinogänger: „Marlene" von Maximilian Schell
23.40 heute

III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
20.45 Rückblende
Vor 30 Jahren gestorben: Otto Gebühr – Fridericus nach Maß
21.00 Formel Eins
21.45 Mit 35 Stunden geht's voran
22.15 Drei vor Mitternacht
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Beat-Club
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
21.15 Strumpet City
22.05 Sie – er – Es
22.50 „Ich schrieb Hitlers Tagebücher"
23.35 Nachrichten

HESSEN
18.55 Paddington
19.00 Formel Eins
19.45 Praktische Tips
20.00 Tatort: Eine todsicherer Sache
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Ich zeige nicht das Sein, ich zeige den Wandel
23.00 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.30 Telekolleg I
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm
19.25 Nachrichten
19.30 Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg
20.15 Heute in ...
Nur für Rheinland-Pfalz
20.15 Mark(t) und Pfennig
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm
21.15 Die den Hals riskieren
Amerik. Spielfilm, 1969
23.00 Avanti! Avanti!

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Buck Rogers
19.20 Die Piratenbraut
Amerik. Spielfilm, 1950
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Werkbesuch
22.30 Der Sportstammtisch
23.15 Rundschau

Allzuviel ist ungesund

mar – „Bilder lügen nicht." Vielleicht. Aber Fotos können sehr wohl lügen. Das belegen zwei Bände, die aus Ausstellungskatalogen erwuchsen: „Russische Photographie 1917–1940" (Prestel-Verlag, München) heißt das eine, „Die Gleichschaltung der Bilder – Pressefotografie 1930–1936 (Verlag Frölich & Kaufmann, Berlin) das andere.

Der erste Band lügt vor allem mit dem, was er ausspart. Da sieht man Lenin, Kalinin, Budjonny – aber nicht Trotzki, Stalin oder Tuchatschewski. Da wird Alexander Rodtschenko wegen seiner Reportage über den Weißmeerkanal gelobt – ohne daß jemand auch nur einen Nachsatz verlöre über die Sträflinge, die bei diesem Bau zehntausendfach zu Tode kamen.

Der andere Band lügt durch seinen Übereifer. Der Vorwurf schnöder Anpassung ist noch das mindeste, was den „bürgerlichen" Fotografen ins Stammbuch geschrieben wird. Die deutschen Illustrierten der damaligen Zeit, heißt es, hätten sich in die „unpolitische Seichtheit eines harmlos-betulichen Feuilletons geflüchtet", auch schon vor 1933. Zwar bemüht man sich um eine Analyse der Bildpropaganda des nationalsozialistischen „Illustrierten Beobachters", doch die kommunistische „Arbeiter Illustrierte Zeitung" wird blind in den Himmel gelobt. Nur sie hat angeblich bewirkt, daß 1927/28 auch in „bürgerlichen Massenblättern" manchmal sozialkritische Reportagen erschienen (als hätte es keinen Lewis Hine oder Jacob Riis gegeben).

Allzuviel, so merken wir, ist nicht weniger ungesund als allzu wenig. Und die Bilder selbst lügen vielleicht nicht, wohl aber jene, die sie aussuchen und interpretieren.

München: P. Zadek inszeniert Lorcas „Yerma"

Schrecken der Fremdheit

Das letzte Bild in Peter Zadeks Münchner Kammerspiele-Inszenierung der Lorca-Tragödie „Yerma" ist eine Kadenz: Der Ehemann nähert sich zögernd, tänzelnd seiner Frau, die ihn mit halber Abwehr „erwartet"; eine bittende Umarmung; eine scheinbar gelöste, leidenschaftliche Vereinigung; und dann plötzliches Aufbäumen, ein kurzer Kampf – der Mann ist tot. Zadek hat dieses Stück des Spaniers Federico Garcia Lorca von 1934 als eine Tragödie der Fremdheit inszeniert, einer Fremdheit unter Menschen von Anfang an. Und an deren Ende kann nur der Tod stehen, weil er die einzige Gewißheit in einem ungewissen Leben ist, dessen versuchte Sinngebungen scheitern.

Das ist nicht unbedingt Lorca. „Yerma" (= unbeackert) ist eigentlich die Tragödie einer kinderlosen Frau, die in einem Kind den zentralen Sinn ihres Lebens sieht. Sie unterliegt der Täuschung durch ihren Mann, der seine Unfruchtbarkeit erst ganz am Ende eingesteht. Sie hat keinen Ausweg, weil Ehre und andere gesellschaftliche Normen ihr die Auflösung ihrer Ehe gar nicht in Betracht kommen lassen. Die Frau will solche leichten Auswege auch gar nicht. Sie möchte nicht bitten, wo ihr zusteht zu fordern.

Lorca hat diese Fabel eingebettet in eine Welt voller Mystik, voller Aberglauben, metaphysischer Gläubigkeit mit Wallfahrten und Prozessionen. Die Gefühls- und Bindungstiefe der Lorca'schen Menschen bedingt ihr Handeln. Das ist manchmal lächerlich und häßlich, wenn es in Klatsch und Tratsch und Verleumdung ausartet. Das ist aber auch groß und mitreißend, weil es den Menschen ein Schicksal gibt, weil Liebe und Sehnsucht und Schmerz nicht zu austauschbaren Versatzstücken einer säkularisierten Versorgungsideologie verkommen sind.

Lorcas Stück ist nicht einfach gesellschaftskritisch. Natürlich sieht er, daß die Normen der (spanischen) Gesellschaft eine tödliche Enge darstellen können. Er sieht die Abgründe des Aberglaubens und den Terror einer kleingeistigen Umwelt, die gar nicht begreift, daß die von ihr befolgten Normen keine Verklärung zum Sinn haben. Aber Lorca sieht auch, daß hinter den Normen Lebensprinzipien stehen, die a priori da sind.

Das Kind, das sich Yerma ersehnt, ist das Vitale, die sinnlich-geistige Erfüllung der Natur, die sich weiterentwickeln will, neue Formen annehmen, sich vollenden. Der Mann sucht dagegen das „Du" der Frau, die Überwindung des Dualismus, das Ende der Einsamkeit. Dazwischen gibt es in „Yerma" kaum Brücken. Und wenn Lorca etwas kritisch sieht, dann wohl dieses: daß solche Brücken von den Menschen, der Gesellschaft, den Institutionen des Glaubens nicht gebaut werden, ja, daß sie im Lauf der Geschichte gar eingerissen wurden.

Zadek konzentriert sich in seiner Inszenierung von vornherein auf das Thema Fremdheit. Bei Lorca entwickelt sich Fremdheit, weil Sinnerfüllung ausbleibt. Bei Zadek ist sie von vornherein da. Er besetzt schon im Hinblick auf Fremdheit. Der Slowake Juraj Kukura ist als Ehemann Juan eine imposante fremdartige Erscheinung, eine Art Alexis Sorbas. Und die faszinierende Jutta Hoffmann spielt die Titelrolle von der ersten Szene an mit einer Entschiedenheit, einer Gedanken- und Gefühlsklarheit, die dem Dunkel ihrer Umwelt diametral entgegensteht. Sie versucht zwar, sich anzupassen, sie stürzt sich in Aberglauben und religiöse Leidenslust. Aber sie tut das eigentlich nur, um keine Möglichkeit ausgelassen zu haben. Zwischen ihr und ihrem Mann liegen Welten, nicht nur die Trennung der Geschlechter. Hier treffen schlichtweg zwei Kulturen aufeinander.

Entsprechend vermeidet Zadek es auch, durch Ambiente und Heimatraum zumindest Brücken des Fühlens oder Reize des Fremden zu erlauben. Götz Loepelmann baute ihm eine kahle Bühne aus grau-weißen Stellwänden, hinter denen die Theaterapparatur sichtbar bleibt. Hier kann man sich nicht anlehnen, kann man nicht Zuflucht suchen, sich verstecken oder zumindest Interesse vortäuschen. Hier ist man ganz und gar auf sich selber gestellt.

Das macht es aber auch der Inszenierung schwer, in Fahrt zu kommen. Lorca sträubt sich: Das ist nicht seine Welt. Der Boden fehlt, das Klima, die Atmosphäre. Die Lorca-Figuren leben aus dieser Welt heraus. Und auch die Sprache des Dichters kommt nicht zur Deckung mit den Ritualen, die sich hochsublimiert aus Landschaft und Konvention bilden.

Zadek merkt das wohl auch und wird sich im letzten Akt selber untreu. Er inszeniert einen gewaltigen Mummenschanz, teils alemannische Fastnacht, teils Karneval in Rio, teils religiöse Ekstase. Das männliche Prinzip thront wie ein heidnischer Gott über allem. Da entgleist die Inszenierung zum eindimensionalen Spektakel und deckt den diskussionswürdigen Gedankenansatz minutenlang zu. Viel Beifall fürs Ensemble, Bravos und Buhs für Zadek.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Die große Beckmann-Ausstellung in München

Genuß für Diätbewußte

Gleich rechts neben dem Eingang hängt das „Selbstbildnis mit Seifenblasen". Max Beckmann hat es um 1900 gemalt. Es ist kein bedeutendes, aber ein typisches Bild, denn es rückt die Person des Malers – wie später immer wieder – resolut in den Mittelpunkt, und es enthält rätselhafte Beigaben, die die Ausdeuter herausfordern. In dem voluminösen Katalog der großen Beckmann-Retrospektive in München wird die Ausdeutung denn auch exzessiv betrieben.

132 Gemälde, 76 Aquarelle und Zeichnungen sowie 89 graphische Arbeiten von Beckmann wurden hier zu Ehren seines 100. Geburtstages zusammengetragen (vergl. WELT vom 10. Februar). Es ist eine jener Ausstellungen, die mit Masse imponieren – und verwirren. Ein wenig mehr Mut zur Auswahl hätte dem Münchner Unternehmen nur gut getan. Auf die Graphik, die gleichzeitig vielerorts zu sehen ist, hätte z. B. ganz verzichtet werden können. Und auch bei den Zeichnungen erweckt manches Blatt den Eindruck, es sei nur hinzugezogen worden, um zu zeigen, daß Beckmann durchaus Schwächen hatte.

Ein Landschafter war er, das wird hier deutlich, nicht; „Die Synagoge" von 1919 und „Der Eiserne Steg" von 1922 erweisen sich als die großen Ausnahmen. Und auch die Stilleben vermögen nicht zu überzeugen. Bei vielen seiner späten Bilder – besonders den Porträts – fällt außerdem auf, daß sie oft grob komponiert und anscheinend auch hastig ausgeführt wurden. Dazu tritt eine gewisse Härte der Form, weil Beckmann Mitte der vierziger Jahre begann, Figuren und Gegenstände kräftig schwarz zu konturieren.

Aber natürlich mangelt es in dieser Ausstellung nicht an Meisterwerken. Imponierend ist beispielsweise die Wand, an der „Die Macht" (1918/19), „Der Traum" (1921), das „Familienbild" (1920) und „Vor dem Maskenball" (1923) nebeneinander hängen. Das Florentiner Selbstbildnis von 1907 und das „Selbstbildnis im Smoking" von 1927 entfalten ebenfalls eine faszinierende Korrespondenz. Und die „Versuchung" – wie auch die anderen drei Triptychen, die hier zu sehen sind – fordern heraus, sich erst einmal unabhängig von der Klugheit des Katalogs in die enigmatische Bilderwelt Beckmanns zu vertiefen.

Zu entdecken ist Beckmann in München aber nicht, nur zu genießen – wenn man sich auf eine wohlausgewogene Diät einläßt.

PETER DITTMAR

Bis 22. April; Berlin: 18. Mai bis 29. Juli; Los Angeles: 9. Dez. bis 3. Febr. 1985; Katalog: 45 Mark.

Das „große Licht der Welt" zur Neige gespielt – Zum 100. Geburtstag des Dichters Oskar Loerke

Sanfte Pansmusik am Weichselbogen

Berlin unter Wasser. Die Straßen sind Kanäle. Die Kuppeln ragen heraus, als seien sie Bojen. Die Schlote stecken wie Pfähle im Sand eines fremden, blauen Meeres. Und am Grund glaubt man Leben zu erkennen - oder sind es Menschen? -, der Bodensatz ist Spiel für eine große Wellenhand.

So hat es der Maler Werner Heldt in den 40er Jahren gesehen. Und so auch, 30 Jahre zuvor, der Lyriker Oskar Loerke in dem Gedicht „Blauer Abend in Berlin" von 1911. Gewiß, Gesichte! Aber keine mythisierten, dämonisierten Untergangsvisionen eines Georg Heym. Gesichte mit Gesang, die Stadt als Landschaft, als Naturereignis. Das ist uns heute freilich fremd, suspekt, ein poetischer Herzschlag, vielleicht, aber einer von Zeitgenossen von ehedem. Auch daß, wie in dem Gedicht „Pansmusik", irgendein Gott auf einem Floß fährt, flötespielend und über den Fluß durch die Ebenen gleitend, das sind Stichworte, für die wir kaum noch ein Gedächtnis haben.



Aus der Ebene des Schwermuts aufgestiegen: Oskar Loerke (1884-1941) FOTO: DIE WELT

Gleichwohl wird man immer wieder lesen, daß Loerke, der heute vor 100 Jahren geboren wurde, als einer der größten Lyriker unseres Jahrhunderts gilt. Verdutzt wird sich mancher fragen, ob er da etwas versäumt habe. Es gibt Dichter, die häufig gelobt, aber nicht gelesen werden. Oskar Loerke gehört zu diesen unbekannten Bekannten.

„Pansmusik". Kein Titel, um Öffentlichkeit herzustellen. Damals nicht, als dieser Gedichtband 1929 erschien, und heute nicht, wo Pan als leblose Unfigur kein Thema ist. Die Zeiten schienen einmal günstiger, als um 1950 Freunde und Nachfahren von ihrem Glück der Lektüre Mitteilung machten: Hermann Hesse appellierte, Wilhelm Lehmann erinnerte sich, Hermann Kasack edierte. Höhepunkt dieser wiedergutmachenden Bewußtwerdung war die schöne, aber fehlerhafte zweibändige Werkausgabe der „Gedichte und Prosa", 1958 noch von Peter Suhrkamp verantwortet, dem alten Mitstreiter aus dem S. Fischer Verlag, dem Loerke von 1917 bis zu seinem Tod 1941 als Lektor angehörte. Das Echo war freundlich, mit anderen Worten: dürftig.

Pans-Musik. Ein Anlaß, um Widerspiel zu erzeugen. Loerke, der vom „Planen und Bauen" bei seinen Gedichten spricht, war ein Meister der lyrischen Architektur. In dem chaotischen Gedränge des empirischen Materials, von Vorstellungen und Gefühlen, gilt es, Ordnung zu stiften, die tauglichen Wörter auszusondern, um sie in den Verband der Verse einzureihen und „wie ehedem schreiten und musizieren" zu lassen.

Das Wort versteht sich also nicht nur als abstraktes Medium zur Widerspiegelung einer konkreten Wirklichkeit. Das Wort ist ebenso Klangkörper, der Melodie und Rhythmus abstrahlt. Die musikalische Fähigkeit des Wortes führt vom Ausgang seines mit ihm unlösbar verschränkten Inhalts zu neuen Inhalten, zu einer neuen sinnlichen Lebendigkeit. Man könnte den Vollzug dieses Vorgangs Magie nennen.

Der Pan in Loerkes Gedicht ist von solch einer Gestalt. Er bläst die Flöte „mit weichen Mundes Ton". Auf einem Floß sitzend, läßt er sich auf einem breiten Strom treiben, der durch eine weite Ebene zieht. Die Topographie ist fiktiv, aber nicht ortlos. Obwohl nicht genannt, wird die Erinnerung an das Weichselland wach. Loerke ist hier geboren (in Jungen im Kreis Schwetz), hier ist er zur Schule gegangen (in Graudenz, ebenfalls an der Weichsel gelegen), bevor er 1903 nach Berlin ging.

Heut fährt der Gott der Welt auf einem Floße,
Er sitzt auf Schilf und Rohr,
Und spielt die sanfte, abendliche, große,
Und spielt die Welt sich vor.
Er spielt das große Licht der Welt zur Neige,
Tief aus sich her den Strom
Durch Ebnen mit der Schwermut langer Steige
Und Ewigkeitsarom.

Pansmusik. Ein Ziel, das sich selbst ausspricht. Das Wort bildet also ab. Es setzt auch voraus: ein Erinnern an das Einverständnis mit dem Sein, einerseits mit dem privatheimatlichen, andererseits mit dem überindividuellen Sein eines überkommenen Kulturerbes, angedeutet in der Melodie, die wie eine „alte", süße Sarabande klingt. Das Wort grenzt ab, spiegelt wider, schafft Polarität: Ebene und Himmel, Floß und Wolke, Meer und Sterne, Nähe und Ferne, Geschaffenes und Schöpfer, Natur und Unsterblichkeit.

Das Wort beschreibt die Musik, wird selbst Musik, und als solche schafft sie sich die Welt. Ein pantheistisches Prinzip, das Musik auf dreifache Weise formuliert: als Urgrund, Medium und Ziel. Wirkende Kraft bleibt das Wort, die Sprache. Des Dichters Vermächtnis: Magie der Musik und der Sprache, wo die Kunst zur vollen Welt wird, wo Welt Kunst ist.

Loerke hat Esssays über Bach, Heinrich Schütz und Anton Bruckner geschrieben, auch Romane und Tagebücher. In den Tagebüchern gibt er unverhohlen Auskunft, wie schnell, wie oft und wie schmerzlich man sich an der gar nicht so vollen Welt stößt. Seit 1917 ist er Lektor bei S. Fischer. Die Papierberge werden ihm zur Pein. „Das Schrecklichste: das Manuskriptelesen", notiert er 1925. „So sitze ich heute wieder Stunden um Stunden. Letzten Endes kommt ja nichts dabei heraus. Es lähmt, wie es nicht zu sagen ist, und macht tief nervös."

Aber er bleibt auf dem Posten. Auch nach 1933, als der „verjudete" Verlag zunehmend Zielscheibe der braunen Vordenker wird. Zwar unterschreibt er das „Gelöbnis treuester Gefolgschaft" der 88 Schriftsteller für Adolf Hitler, aber nicht aus Überzeugung, sondern - soweit dies mit einer Unterschrift zu leisten war - um den Verlag zu schützen.

Was er wirklich empfand, Scham, Schmerz und Zorn, das ging in sein Tagebuch ein (20. April 1933): „Hagelschauer, als ich in den Garten hinaustrat. Einsamkeit: die Freunde fast alle tot, fern, verschollen. Verboten zu denken, Menschen menschlich aufzufassen. Sollen große Könner, die den deutschen Namen in die Welt getragen haben, getötet werden, weil den Herrschenden irgendeine kleine Abweichung in der Denkweise nicht paßt? So feindlich waren die Mitmenschen auch wohl zur Zeit der Hexenprozesse nicht! Leben und nicht leben dürfen, das ist die Hölle."

Daran ist er schließlich zugrunde gegangen, und nicht etwa an einem Herzleiden. Der rohe Ungeist hat ihn erschlagen. Das sollen, so bat Wilhelm Lehmann, seine Freunde als schreckliche Wahrheit stets verkünden.

WOLFGANG MINATY

Oskar Loerke: Die Gedichte, hg. Peter Suhrkamp, neu durchges. Reinhard Tgahrt. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 681 S., 18 Mark.

Keine Angst vor Amerikas E-Musik: Entdeckungen bei den Römerbad-Musiktagen in Badenweiler

Wie Anton Dvořák auf die Indianerklänge kam

Wer sich zum diesjährigen „Auftakt" der Römerbad-Musiktage nach Badenweiler begab, der erwartete unter dem programmatischen Titel „Americana" gewiß keine unterhaltsame Session aus Pop und Jazz, sondern ein strenges Programmfestival zwischen romantischer und zeitgenössischer Kammermusik, wie es inzwischen Badenweiler Tradition ist. Daß die musikalische Entdeckungsreise zu einem anderen Kontinent aber dennoch so aufregend, spannend und auch vergnüglich verlaufen würde, das hatte wohl kaum jemand vorausgeahnt.

Über amerikanische Musik herrscht hierzulande, ja überall in Europa, ein geradezu skandalöses Informationsdefizit. Selbst amerikanische Musiker wagen auf ihren Europa-Tourneen nur im Ausnahmefall den Rückgriff auf ihre heimatliche Musikkultur. Eine junge Kultur ohne Frage. Aber doch längst eine eigenständige, die aus den europäischen Wurzeln in fremder Erde ganz neue Gewächse gedeihen läßt. Eben diesen Wachstumsprozeß zeichneten die Römerbad-Musiktage nach, von der ersten Befruchtung Ende des 19. Jahrhunderts bis zur heutigen Blüte Neuer Musik in den Vereinigten Staaten.

Es begann mit Anton Dvořák, der von seinen Amerika-Aufenthalten nicht nur die „Sinfonie aus der Neuen Welt" mitbrachte, sondern die Begegnung mit Amerika auch in Kammermusikwerke einfließen ließ: das „Amerikanische Quartett" op. 96, die Klaviersuite op. 98. Das ältere Klavierquintett op. 81 machte dann auch ganz klar, was Dvořák in Amerika noch gewonnen hatte: nämlich jenes fast meditierende, ja improvisierende Aussingen der Melodien, die plötzlich aus ihrer böhmakelnden Tanz-Rhythmik befreit werden. Wer hier schon Einflüsse der schwarzen Musik wittert, der irrt: Es sind Überhöhungen *indianischer* Musik, die Dvořák aus Amerika mitbrachte. Er war gleichsam der Katalysator, der die Amerikaner auf ihre eigenen musikalischen Bodenschätze hinwies.

Jazzoide Einflüsse scheinen erst zu Beginn dieses Jahrhunderts auf, ganz prononciert bei Gershwin, dessen „Rhapsody in Blue" in Badenweiler von den Brüdern Joseph und Anthony Paratore an zwei Klavieren mit geradezu orchestraler Fulminanz ausgebreitet wurde. Gershwin war es auch, der mit seinem „Lullaby" für Streichquartett die vielleicht bis heute intimste Liebeserklärung an die Musik der Baumwollfelder komponierte.

Aber auch Charles Ives, der Allvater der Neuen Musik Amerikas, griff mit seinen Anklängen an Rags trotz seines neuenglischen Yankee-Stolzes auf die dunkle Musik des Südens zurück. Von Ives stellte Badenweiler das hochexpressive zweite Streichquartett und die kolossale dreiviertelstündige erste Klaviersonate vor – zwei Aufbrüche in musikalisches Neuland, die an Bedeutung und Nachwirkung der Neuen Wiener Schule in nichts nachstehen.

Von dort führt der Weg stracks in die zeitgenössische Szene – zu dem heute 75jährigen Ives-Schüler Elliott Carter (2. Streichquartett), zu George Crumb (Gnomic Variations für Klavier), zu Jacob Druckman (3. Streichquartett) und zu George Rockberg, der in seinem Klavierquintett plötzlich einen sehnsuchtsvollen Blick zurück in die Romantik wagt.

Der eigenständige Charakter der Neuen Musik Amerikas offenbart sich vor allem in der Weite der Konzeption, die nie den Fehler der Verbissenheit und selbstquälerischen Prinzipientreue macht. Sie besitzt, bei aller klanglichen oder satztechnischen Verwegenheit, immer noch einen „human touch", eine versöhnliche Geste gegenüber dem Hörer, dem man zu verstehen gibt, daß es nicht nur den Komponisten oder Interpreten angeht, was da auf dem Podium musikalisch verhandelt wird.

Auf dem Podium verhandelten neben den beiden Paratores der Pianist Gilbert Kalish und das Concord-Streichquartett, längst gerühmte Experten der musikalischen Moderne. Mag sein, daß sich darüber ihr Sinn für pure Tonschönheit, für die bündige Phrasierung etwas getrübt hat, was bei Dvořák doch sehr auffiel. Daß es noch Musiker gibt, die solche Programme abseits aller Marketing-Strategie zu büffeln bereit sind, diese Erfahrung versöhnte aber gleich wieder.

REINHARD BEUTH

JOURNAL

Claus Peymann geht nicht nach Frankfurt

dpa, Bochum

Der Direktor des Schauspielhauses in Bochum, Claus Peymann, der als neuer Chef für das Frankfurter Schauspiel und Nachfolger Adolf Dresens von 1984/85 an im Gespräch war, hat sich „nach genauen Überlegungen" gegen Frankfurt entschieden. Peymanns Name war in letzter Zeit auch im Zusammenhang mit einer künftigen Intendanz der Wiener Burg und der Leitung des Hamburger Schauspielhauses gefallen. Neue mögliche Kandidaten für Frankfurt wollte Kulturdezernent Hilmar Hoffmann noch nicht nennen.

Friedrichstadtpalast wird im April geöffnet

dpa, Berlin

Der neue Friedrichstadtpalast in Ost-Berlin wird am 27. April eröffnet. Das alte Varieté-Theater, seinerzeit mit etwa 3000 Plätzen eines der größten Europas, mußte im Februar 1980 geschlossen werden, da die mehr als hundert Jahre alten Grundmauern nachgegeben hatten. Das neue Gebäude besitzt eine Hauptbühne mit einer Drehscheibe mit 18 Meter Durchmesser. Pro Jahr sind etwa 650 Vorstellungen und drei Premieren im großen Saal geplant.

Kaum Computer-Technik an den Gymnasien

N. M. Westerham

Obwohl in Bayern 85 Prozent aller Gymnasien mit Mikrocomputern arbeiten, gehört die Datenverarbeitung kaum zur Lehrerausbildung. Dies wurde deutlich auf der vom Arbeitskreis Gymnasium und Wirtschaft in Verbindung mit dem Deutschen Philologenverband veranstalteten Tagung „Intelligente Technologien und der gebildete Mensch" in Westerham. Der Einsatz von Computern im Unterricht führe über Spiel und Experiment zu besseren Leistungen, hieß es.

Wichtige Ausgrabungen in Ma'ale Adumim

I. Br. Tel Aviv

Bei den weiteren Ausgrabungen des byzantinischen Klosterkomplexes aus dem 5. bis 7. Jahrhundert in Ma'ale Adumim in der judäischen Wüste (s. WELT v. 4. 1. 83) wurden jetzt das „Grab des Paulus, Priester, Haupt des Klosters" – wie eine griechische Inschrift besagt – und die Grabstätten der Mönche gefunden. Außerdem fand man ein kunstvoll angelegtes unterirdisches Wasserleitungssystem.

Otto-Hahn-Preis für Heinz Maier-Leibnitz

dpa, Frankfurt

Für seine Leistungen auf dem Gebiet der Kernphysik ist der Münchener Wissenschaftler Heinz Maier-Leibnitz mit dem mit 25 000 Mark dotierten Otto-Hahn-Preis der Stadt Frankfurt ausgezeichnet worden. Der 1911 in Eßlingen/Neckar geborene Wissenschaftler beschäftigte sich schon früh mit der Kernphysik. 1955 wurde er in München mit der Planung des ersten deutschen Forschungsreaktors beauftragt. Von 1973 bis 1980 war er Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Imogen Clare Holst †

AP, Aldeburgh

Die Dirigentin und Musikpädagogin Imogen Clare Holst, Tochter des Komponisten Gustav Holst, ist im Alter von 76 Jahren im englischen Festspielort Aldeburgh gestorben. Von 1952 bis 1964 war sie Assistentin des Komponisten Benjamin Britten und von 1956 bis 1977 künstlerische Leiterin der Festspiele von Aldeburgh.

So unelegant wie nie zuvor: Die Pressekonferenz des Ost-Börsenvereins zur Leipziger Buchmesse

Herr Höpke ging lieber zu Bürgermeister Diepgen

War mit Kürzung einverstanden: Christa Wolf FOTO AP

Pressekonferenz zum Auftakt der diesjährigen Leipziger Buchmesse: Man war gespannt darauf, wie der für die Literatur zuständige stellvertretende „DDR"-Kulturminister Klaus Höpke, bekannt für seine Zungenfertigkeit, sich diesmal aus der Affäre der traditionellerweise kritischen Anfragen von West-Journalisten ziehen würde. Aber Höpke erschien gar nicht. Zum ersten Mal seit Jahren ließ er sich mit anderen dringenden Verpflichtungen entschuldigen (er war angeblich zu dieser Zeit mit Graf Lambsdorff und Eberhard Diepgen beschäftigt).

Ins Gefecht schickte er die Funktionäre des Buchhandels, und Jürgen Gruner, neuer Vorsteher des Leipziger Börsenvereins, sorgte denn auch sofort unmißverständlich für Ordnung. Das Buchwesen der „DDR", verkündete er markig, stünde zuallererst und immer im Dienst des Friedens und der Völkerverständigung. Das sei jetzt, nach der Stationierung der US-Raketen in Westdeutschland, von besonderer Wichtigkeit.

Die Konferenzteilnehmer hörten sich diese mit einigem statistischen Material über Messeaussteller und Titelproduktion garnierte rhetorische Pflichtübung an, um im anschließenden Frageteil zur Sache überzugehen. Warum sei der Roman „Schwarzenberg" von Stephan Heym abgelehnt worden? Nun, sagte Dr. E. Günther vom Verlag „Neues Leben", der Autor habe sein Manuskript zwar bei seinem „DDR"-Stammverlag eingereicht, aber dort sei es nach sorgfältiger Prüfung im Lektorat als „literarisch unbefriedigend" zurückgewiesen worden. Auch habe man übelgenommen, daß Heym „die lukrativen Weltrechte" an den westdeutschen Bertelsmann-Verlag vergeben habe.

Was die Verstümmelung von Christa Wolfs ostdeutscher „Kassandra"-Ausgabe betreffe, so erklärte der Leiter des „Aufbauverlags", die Schriftstellerin habe keine Einwände gegen die Streichung von doch nur 64 Zeilen aus ihrem Buch vorgebracht. Es liege eben, wie Thomas Mann schon erkannt habe, an dem spezifischen „intimen Verhältnis von Autor und Verleger", daß man in solchen Fällen ein Einvernehmen erziele.

Bevor jemand nachhaken konnte, meldete sich der Vorsteher wieder zu Wort mit der Bitte, doch nicht weiter nach nicht erschienenen, sondern nach vorhandenen Büchern zu fragen. Kollegen aus der „DDR"-Presse erwiesen ihm den Gefallen, woraufhin die auf dem Podium sitzenden Herren die Programme ihrer jeweiligen Verlage – die man aus der Sondernummer des „Börsenblatts" ohnehin weitgehend kannte – mit Begeisterung und immer unter dem Aspekt von „Frieden und Völkerverständigung" erläuterten.

Auch das indes genügte dem Vorsteher noch nicht. „Nun hört mal zu, Leute", meinte er in jovialem Ton, „unsere Literatur besteht nicht nur aus der Belletristik"; man solle sich jetzt mal über das Sachbuch kundig machen. Das war das Stichwort für den Leiter des Dietz Verlages, der unter anderem die historisch-kritische Marx-Lenin-Ausgabe herausbringt. Der Experte nannte noch eine ganze Reihe weiterer Werke „im Dienst von Frieden und Völkerverständigung zum 35. Jahrestag der Republik", der heuer gefeiert wird, wozu er deshalb ausnehmend viel Zeit brauchte, weil er nie das Kürzel „DDR" benutzte, sondern in jedem zweiten Satz voll die „Deutsche Demokratische Republik mit ihrem anti-faschistischen Friedensauftrag" beschwor.

Was erfuhr man noch auf dieser Pressekonferenz in Leipzig? An der Messe nehmen rund 1000 Verlage aus 22 Ländern teil. Und die „DDR" hat 1983 genau 6388 Titel in einer Auflage von 141,4 Millionen Exemplaren veröffentlicht. In den vergangenen 35 Jahren waren es 185 000 Buchtitel mit einer Gesamtauflage von rund 3,6 Milliarden Exemplaren. „Seit der Befreiung vom Faschismus", von der immer wieder die Rede war, sind es sogar 3,8 Milliarden Exemplare. Das Papier allerdings, rationiert und von immer schlechterer Qualität, macht Sorgen. Aber dieses Problem werde man schon in den Griff bekommen.

Nun, wenn es nur um Papier ginge, brauchten die Ideologen und Funktionäre nicht immer wieder den alljährlichen Eiertanz zur Leipziger Buchmesse zu absolvieren, der in diesem Jahr so unelegant ausfiel wie selten zuvor.

ALFRED STARKMANN

Wilder Streit um ein Prunkstück in Florenz

KLAUS RÜHLE, Rom

Um den weltberühmten Palazzo Strozzi in Florenz ist ein wilder Streit ausgebrochen. Der Prachtbau ist das Prunkstück einer Riesenerbschaft, zu der mehrere Gebäude, Villen, Ländereien und Sammlungen im Werte von rund 100 Millionen D-Mark gehören. Gegner in dem Streit sind zwei Familien des Florentiner und des schottischen Hochadels. Und auch der italienische Staat hat ein Wort mitzureden, weil die 53 Gemälde, eine Büste des Canova (?), die kostbaren Fayencen, Majoliken und Goldschmiedearbeiten, die zur Erbschaft gehören, nach geltendem Recht das Land nicht ohne Genehmigung verlassen dürfen.

Auch Schotten melden Ansprüche an

Die konfuse Geschichte beginnt mit dem Tod des greisen Marquis Umberto Strozzi Sacrati, der vor anderthalb Jahren das Zeitliche segnete, ohne ein Testament zu hinterlassen. Von mütterlicher Seite war er ein direkter Nachfahre von Maria Stuart. In Ermangelung direkter Nachkommen galten bisher die britischen Verwandten des Verstorbenen als rechtmäßige Erben, soweit es sich um die Erbfolge handelte. Und zwar in der Person von Sir Jones Varley und dessen Neffen Scota Pitts, in Neuseeland ansässig, und Alexander Stewart. Sir Jones Mutter, Rosalind Valey, war nämlich eine Kusine ersten Grades des toten Marquis Umberto Strozzi.

Jetzt wird aber der Erbanspruch der schottischen Adelsfamilie abgestritten. Und von hier an wird die Geschichte langsam zu einem Stoff, aus dem Fernsehserien sind. Der Florentiner Antiquar Waldemar Scotti, Adoptivsohn der Marquise Antonietta Pancrazi Grassi, ist plötzlich auf dem Plan erschienen. Seine bejahrte Adoptivmutter war die langjährige Freundin und Vertraute der Witwe des letzten Strozzi. Der schöne Waldemar, eine, vornehm ausgedrückt, recht umstrittene Persönlichkeit, entdeckte im Beisein eines Hauptmanns der Finanzpolizei unter einem Schränkchen im gelben Salon des Palazzo Strozzi ein handgeschriebenes Testament, das die Marquise Pancrazi Grassi zur Alleinerbin erklärt und Waldemar in absehbarer Zeit zum Multimillionär machen würde.

Der Staat hofft auf die Erbschaftssteuer

„Ausgemachter Schwindel", erklärten Sir Jones Varley und sein Florentiner Kurator. Die Putzfrau ist bereit, Stein und Bein zu schwören, daß sie den fraglichen Salon am Tage zuvor gründlich gereinigt habe. Zu diesem Zeitpunkt habe mit Sicherheit kein Schriftstück unter dem Schränkchen gelegen. Der Schriftsachverständige Sir Jones versichert, daß es sich bei dem angeblichen Testament um eine Fälschung handelt. Leider aber kann noch soviel Sachverstand nicht darüber hinwegtäuschen, daß Sir Jones Partei ist. Jetzt haben also die Sachverständigen des Gerichtes das Wort.

An dem komplizierten Rechtsstreit ist der italienische Staat nicht zuletzt deshalb stark interessiert, weil eine Erbschaftssteuer in Höhe von zirka 15 Milliarden Lire dabei für ihn herausspringt. Zum anderen aber ist er auch gesetzlich verpflichtet, dafür zu sorgen, daß das historische und künstlerisch wertvolle Erbe dem italienischen Volk erhalten bleibt. Die zahlreichen Gemälde aus dem 14. bis 18. Jahrhundert und die kostbaren Majoliken, Fayencen, Stoffe und Goldschmiedearbeiten sollen nicht in alle Winde verstreut werden.

Die lohnende Wiederentdeckung des Jacques Mesrine

Von ULRICH BIEGER

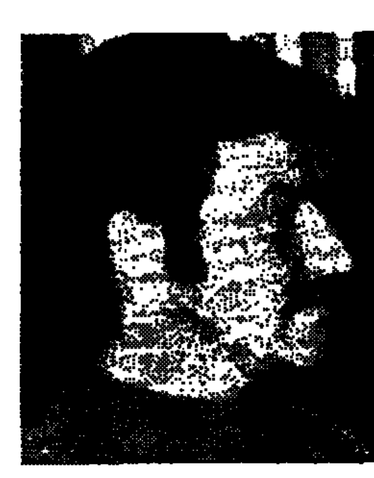
Fast fünf Jahre ist es her, daß Jacques Mesrine ein böses Ende nahm. Von der Boulevardpresse zum „Staatsfeind Nummer eins" hochstilisiert, starb er im November 1979 auf offener Straße im Kugelhagel einer Spezialeinheit der Polizei. Dort im Norden von Paris, an der Porte Clignancourt endete eine außergewöhnliche kriminelle Karriere. Offenbar wurde damit aber auch der Weg frei für die Entstehung eines Mythos, an dem der Verbrecher schon zu Lebzeiten kräftig mitgestrickt hatte. Gerade in diesen Tagen erlebt der Gangster Mesrine eine Art Renaissance – in den Kinos, im Fernsehen und in Büchern.

Die Legende hat die Anfänge der Gangster-Laufbahn des Sohnes aus guter Familie schon etwas verwischt. Seine Erlebnisse im Algerien-Krieg, so heißt es, hätten ihn auf die schiefe Bahn gebracht. Es war aber wohl eher die Tatsache, daß dem ehemaligen Architektur-Studenten das Geld für Spielcasinos und Frauen ausging. Als ihm der Boden in Frankreich nach dem ersten gelungenen Coup zu heiß wurde, setzte er sich nach Kanada ab. Hier wurde er zum gemeingefährlichen Verbrecher: Nach einer mißlungenen Entführung und einem gelungenen Gefängnisausbruch erschoß er zwei Polizisten.

Zurück in Frankreich, ging er der Polizei bald ins Netz, konnte aber wieder entkommen. 1973 schließlich hielt man ihn fest und verurteilte ihn zu 20 Jahren Zuchthaus. Die Geschichte schien erledigt, auch wenn kein gewöhnlicher Verbrecher in der Zelle saß. Mesrine begann mit seinen Memoiren. Titel: „L'instinct de mort". Alain Delon, Jack Nicholson und Jean Paul Belmondo, standen an um die Filmrechte.

Belmondo, oft genug in der Rolle des einsamen und unschuldigen Outlaws auf der Leinwand, bekam den Zuschlag: weil Mesrine ihn bewunderte – und weil er 500 000 Franc hinblätterte.

Doch was „Bébel" damals kaufte, war nur ein erster Teil. 1978 gelang Mesrine unter spektakulären Umständen die Flucht aus dem „ausbruchsicheren" „Santé"-Gefängnis in Paris. Nun begann ein Katz- und Maus-Spiel, bei dem es lange Zeit so aussah, als spiele die Polizei die Maus. Mesrine raubte und entführte, nicht ohne sich in Briefen an Zeitungen und Agenturen über die Polizei lustig zu machen. Erst nach gut eineinhalb Jahren gelang es der „Brigade L'Antigang" den „Staatsfeind Nummer eins" zur Strecke zu bringen. Der Erfolg machte den Chef der Einheit, Kommissar Broussard, berühmt. Als „Allzweckwaffe" versucht Broussard zur Zeit – bislang allerdings mit weniger Erfolg – unter den korsischen Separatisten aufzuräumen.



Jacques Mesrine in seinen „guten" Zeiten: Der Verbrecher ...

Während Mesrine nach jahrelanger Aufregung schnell in Vergessenheit geriet – auch wenn damals im allgemeinen Beifall der Öffentlichkeit Stimmen laut wurden, die das, was an der Porte Clignancourt geschehen war, eine Hinrichtung nannten – wurde an dem Geschäft mit ihm weitergebastelt. Eher Zufall ist es wohl, daß gerade jetzt eine veritable Mesrine-Welle ihrem Höhepunkt zustrebt.

So wurde in der vergangenen Woche Gerard Lebovici in seinem Auto gefunden – getötet durch zwei Genickschüsse. Der millionenschwere Agent so bekannter Stars wie Yves Montand und Cathérine Deneuve verlegte nebenher Revolutionäres und hatte eine seltsame Vorliebe für Mesrine. Eine Tochter des Gangsters nahm er nach dessen Tod quasi an Kindesstatt an. Und kurz vor seinem Tode brachte er noch jene Memoiren neu heraus, die Jean Paul Belmondo einst im Knast erstanden hatte. Da muß doch eine Verbindung herzustellen sein. Gott sei dank sind noch alle Möglichkeiten offen – denn die Polizei steht im Fall Lebovici vor einem Rätsel.

Ob die kostenlose Mesrine-Werbung, die jetzt ein Pariser Zivilgericht betrieb, sich auszahlt, ist noch ungewiß. Der Richter beschloß nämlich die Einziehung des Kassen-Renners „Mesrine" von André Genovès. Der von Mesrine entführte und gegen 2,6 Millionen Mark Lösegeld freigelassene Industrielle Henri Lelièvre hatte nämlich darauf geklagt, daß die Stellen, die sich mit ihm beschäftigen, herausgeschnitten würden (Verletzung der Privatsphäre) und recht bekommen.



... und sein Jäger: Robert Broussard FOTOS: ACTION PRESS/AP

Mit weniger offiziellem Interesse bedacht, dafür aber auch gut besucht wird ein zweiter Film mit dem Titel „Jacques Mesrine" von Hervé Palud und Gilles Millet. Seit Mesrines Tod haben darüber hinaus zwei Freundinnen, sein Anwalt, ein englischer Journalist, ein „guter Bekannter", ein Geschworener aus einem seiner Prozesse und schließlich ein beteiligter Polizist Bücher über ihn geschrieben. Für zwei weitere Filme entstehen zur Zeit Drehbücher – eines davon nach seinen Memoiren.

Wo soviel gehobelt wird, muß natürlich auch das Fernsehen für Späne sorgen. France-Inter wird dem Gangster demnächst zwei Stunden widmen und die Konkurrenz TF1 bereitet eine Dokumentation vor. Autor Yves Laumet, Jurist, denkt allerdings nicht an eine Räuberpistole, sondern an Grundsätzliches: „Was ist unter dem Gesichtspunkt der Legalität an der Porte Clignancourt passiert? Unabhängig von der Person Mesrines ist dies eine Frage nach der Demokratie ..."

Brandstifter von München in Italien gefaßt?

AP, München

Die Münchner Kriminalpolizei versucht derzeit zu klären, ob zwei in Italien bei einer Brandstiftung in einer Diskothek festgenommene junge Männer auch für den Anschlag auf ein Animierlokal im Münchner Bahnhofsviertel verantwortlich sein könnten. Kriminalhauptkommissar Rainer Hehne, der die zuständige Sonderkommission leitet, erklärte gestern, noch könne kein eindeutiger Zusammenhang zwischen den beiden Verbrechen hergestellt werden. Einer der beiden Festgenommenen ist ein in München geborener Deutscher.

Die deutsche Polizei wisse noch zu wenig über die Ermittlungsergebnisse der italienischen Kollegen. Hehne beklagte die schlechte Zusammenarbeit mit den italienischen Behörden. Heute sollen deshalb Polizeibeamte aus Deutschland nach Mantua reisen, um Näheres zu erfahren. In Castiglione in der Provinz Mantua waren bereits am Montag vor einer Woche zwei Männer im Alter von 24 Jahren beim Versuch festgenommen worden, eine mit etwa 300 Jugendlichen besetzte Diskothek anzuzünden.

Die Tat von Castiglione ähnelt stark dem Anschlag in München vom 7. Januar. Sieben Menschen wurden damals verletzt, davon eine Frau schwer. Nach dem gleichen Tatschema wurde auch der Anschlag auf ein Sex-Kino in Mailand am 4. Mai 1983 verübt. Dabei starben sechs Menschen.

Zu den Taten hatte sich in Briefen an die italienische Nachrichtenagentur ANSA eine „Gruppe Ludwig" bekannt. Der „Gruppe Ludwig", die sich in ihren Bekennerbriefen als neonazistisch ausweist, werden insgesamt 14 Morde in Norditalien seit dem August 1977 angelastet. Unter den Opfern waren Zigeuner, Homosexuelle, Rauschgiftsüchtige und Mönche.

Zwei Justizirrtümer

AFP, Tokio

Zum zweitenmal binnen acht Monaten ist ein zum Tode verurteilter Japaner nach mehr als drei Jahrzehnten Haft auf freien Fuß gesetzt worden. Der 53jährige Shigeyoshi Taniguchi hatte 32 Jahre lang in der Todeszelle auf seine Hinrichtung gewartet. Im Juli vergangenen Jahres war der 57jährige Sakae Menda entlassen worden. Er hatte sogar 34 Jahre in der Todeszelle verbracht. Beide Männer waren in Wiederaufnahmeverfahren mangels Beweisen freigesprochen worden.

Handgranate explodiert

dpa, Peking

Bei der Explosion einer Handgranate in einem Omnibus sind in der vergangenen Woche in der ostchinesischen Provinzhauptstadt Jilin ein Polizist und zwei Jugendliche ums Leben gekommen. Die Handgranate war von einem der Jugendlichen gezündet worden, als er in dem Bus von dem Polizisten kontrolliert werden sollte.

Hubschrauber demoliert

rtr, Rimouski

Mehr als 100 radikale Befürworter einer unbeschränkten Robbenjagd in Kanada haben am Wochenende auf einem kleinen Flugplatz in der kanadischen Provinz Quebec einen Hubschrauber von Umweltschützern demoliert. Der Schaden beträgt rund 300 000 Dollar. Die Umweltschützer hatten ihren Hubschrauber auftanken müssen.

12 Leichen gefunden

SAD, Austin

Zwölf Leichen sind jetzt von Tauchern im Wrack des amerikanischen Bohrschiffes Glomar Java Sea gefunden worden, das im Oktober vergangenen Jahres während eines Taifuns vor der vietnamesischen Küste untergegangen war. Von den 81 Besatzungsmitgliedern fehlte bis heute jede Spur.

Chinas neueste Kampagne

AFP, Peking

Gestern hat in China eine großangelegte Kampagne zur Rettung des chinesischen Waldes begonnen. Während der vierten Aktion dieser Art soll jeder Chinese im Alter von elf Jahren an drei bis fünf Bäume pflanzen und so bei der Wiederaufforstung Chinas mithelfen. Nur noch 12,9 Prozent der Gesamtfläche Chinas sind bewaldet.

Laute Klagen aus den Krankenhäusern

Marburger Bund: Patienten müssen unter Geldnot leiden

PETER JENTSCH, Bonn

Müssen wir, weil wir arm sind, in Zukunft früher sterben? Bleibt den Kranken künftig der bald unbezahlbar werdende medizinische Fortschritt verwehrt? Bereits heute, so kritisieren Ärzte, haben Kosteneinsparungen in den Krankenhäusern zu einer erheblichen Verschlechterung der Patientenversorgung geführt. Der Vorsitzende des Ärzteverbandes Marburg Bund, Jörg D. Hoppe, erklärte der WELT: „Von unseren Kollegen aus den Krankenhäusern erfahren wir echte, sozusagen ans Mark gehende Verschlechterungen." Betroffen seien vor allem die Unfall-, Herz- und Gefäßchirurgie; „selbst Knochenbrüche können häufig nicht innerhalb der medizinisch notwendigen Frist versorgt werden".

Die Ursachen für diese böse Entwicklung sind offensichtlich. Vor gut zehn Jahren durchbrachen Deutschlands Krankenhäuser eine Schallmauer: erstmals wurden mehr als zehn Millionen Patienten im Laufe eines Jahres behandelt. Die Kliniken begegneten der Patientenflut durch mehr Ärzte, mehr Schwestern und Pfleger, mehr Zweibettzimmer mit Dusche.

Doch schon bald muckten Kassen und Politiker angesichts der ins Uferlose kletternden Kosten auf. Bei Krankenhauskosten von gut 30 Milliarden Mark jährlich (1983) allein für die gesetzliche Krankenversicherung folgte der Reformeuphorie der Planer nur zu schnell die Finanzneurose der Sparer.

Viele Krankenhäuser verhängten einen Einstellungsstopp. Andere Kliniken können ihre Planstellen nicht besetzen. An der Ruhrlandklinik in Essen mußten gar zwei Stationen geschlossen werden – mangels Personal.

Da gibt es Häuser, in denen das Reinigungspersonal pflegerische Aufgaben übernehmen muß. Unausgebildete Hilfskräfte nehmen Venenpunktionen vor, geben intravenöse Spritzen. An der Universitätsklinik Essen starben 1979 zwei Patienten, weil ein Professor sich weigerte, den lebensrettenden Eingriff zu wagen. Seine Begründung: Eine Operation sei nicht zu verantworten, weil das Personal fehle. Und das alles, obwohl sich

- die Zahl der Ärzte in den 3200 Krankenhäusern der Bundesrepublik Deutschland von knapp 30 900 im Jahre 1960 auf gut 60 000 verdoppelt hat und sich
- die Zahl des Pflegepersonals im gleichen Zeitraum von 110 500 auf 250 000 ebenfalls mehr als verdoppelte.

Doch diese enorme Personalausweitung wurde durch die Patientenflut (mittlerweile werden elf Millionen Patienten jährlich stationär behandelt), durch die Einführung der 40-Stunden-Woche im Krankenhaus und durch den medizinischen Fortschritt mehr als aufgehoben. Neues Personal aber wurde nicht eingestellt. Im Gegenteil: Nordrhein-Westfalen will weiter Personal reduzieren.

Das Krankenhaus krankt – auf der Strecke bleibt, so scheint es, der Kranke. Immer mehr Patienten müssen auf ihre Operation warten. 8000 Herzkranke wurden zwar 1980 in den 23 Herzzentren zwischen Hamburg und München operiert. Doch auf der Warteliste stehen weitere 12 000 Patienten. Viele von ihnen werden die Operation nicht mehr erleben: Warteliste wegen Personalmangels. Personalmangel aus Geldnot. Ein Teufelskreis.

Die Folge für die Patienten beschreibt auch Renate Reimann, Institutsleiterin des deutschen Berufsverbandes für Kankenpflege: „In den Kliniken wird oft nur noch eine Minimalpflege durchgeführt."

Und Besserung ist nicht in Sicht. Noch heute müssen die Krankenhäuser mit den sogenannten „Anhaltszahlen", den von der Deutschen Krankenhausgesellschaft errechneten Planstellenbedarf für Ärzte und Pflegepersonal, von 1969 leben. Das jüngste Bemühen, die Anhaltszahlen der Entwicklung anzupassen, ist gescheitert. Die Krankenkassen haben entsprechende Verhandlungen platzen lassen. Hoppe: „In den Kliniken brauchten wird mindestens 6000 neue Ärzte." Doch daran ist nicht zu denken.

Chef-Feministin ging bei den Frauen der Dritten Welt in die Lehre

Statt sexueller Freiheit fordert Germaine Greer heute Keuschheit von der Frau

S. HELM, London

Als sie ihren Klassiker der Frauenemanzipation „Der weibliche Eunuch" schrieb, da war Germaine Greer 30. Als 45jährige wartet sie jetzt mit einer neuen Überraschung zum Thema „Frauen" auf, die wie der Kater nach dem Rausch anmutet: In ihrem gestern vorgestellten Buch „Sex and Destiny" (Sex und Schicksal) widerruft die „Hohepriesterin" der sexuellen Befreiung der Frau ihr Evangelium mit der These: Die sexuelle Revolution sei übers Ziel hinausgeschossen.

Germaine Greer, in den „swinging sixties" und der folgenden Dekade eine der prominentesten Wortführerinnen der Feministinnen, ist zu neuer Einsicht gelangt: Die Frauenrechtlerinnen haben der Frau einen Bärendienst erwiesen. Auch diese Revolution frißt offenbar ihre Kinder. Germaine Greer, von Australien nach England übersiedelt, wo sie an der Universität Cambridge brillierte, dann an der Universität Warwick ihren Anglistik-Studenten fleißig Scheuklappen abriß, ist längst eine hauptberufliche Kulturpredigerin geworden, mit einer weltweiten Gemeinde von Jüngern und solchen, die stets an der Schwelle zur Bekehrung stehen blieben. War ihr Weltbestseller „Der weibliche Eunuch" die Generalattacke gegen die Frau als Sexobjekt, so entlarvt die Prophetin ihre Idole jetzt als falsche Götter.

Die Hauptthese der Autorin: Die Gesellschaft des Westens gräbt sich ihr eigenes Grab, weil sie kinderfeindlich geworden ist. Germaine Greer hat von Frauen in Ländern der Dritten Welt gelernt. Ihre neuen Gebote für die Frau der achtziger Jahre lauten: Keuschheit, Verzicht auf empfängnisverhütende Mittel, Bekenntnis zur Großfamilie und seelische Regeneration durch Hinwendung zum Kinde.

Man erinnere sich: Der „weibliche Eunuch" war die als Püppchentyp verhöhnte, vom Mann abhängige Frau, die in der Ehe die Lösung aller ihrer Probleme sah. Germaine Greer lebte ihren Fans das neue Evangelium der sexuellen Freizügigkeit vor, sie stolperte in eine Ehe und bald wieder hinaus, sie verzichtete auf ein Kind. Heute bekennt sie, daß sie sich sehnlichst ein Kind wünscht. Die Wortführerin der tabufreien Gesellschaft meint jetzt: „Das Los der sexuell emanzipierten Frau hat sich, entgegen den Erwartungen, nicht gebessert."

Die Kehrseite der Frauenemanzipation sieht ihrer Meinung nach so aus: Die modernen Methoden der Empfängnisverhütung hätten nicht die wahre Befreiung der Frau gebracht. Im Gegenteil. Die Frauen seien Opfer der Sexualkultur unserer Zeit geworden, die die Geschlechter künstlich unter sexuellen Leistungszwang stellten. Statt Qualität zähle Quantität. Und dabei zahlten die Frauen einen zu hohen Preis, weil sie ihre Gesundheit und Empfängnisfähigkeit aufs Spiel setzten. Wer alle Barrieren und sexuellen Tabus aus dem Wege räume, der öffne dem Kulturverfall Tür und Tor.

Der Kernsatz ihres neuen Buches schließlich lautet: „Es mag seltsam anmuten, eine Feministin des 20. Jahrhunderts unter den wenigen Fürsprechern der Großfamilie zu finden", doch „wir müssen zumindest die Möglichkeit ins Auge fassen, daß eine erfolgreiche Mater familias westliche Feministinnen sehr wohl bemitleiden könnte, weil sie sich zu nutzlosem Wettbewerb mit Männern verleiten ließen und dabei auf echte Beziehungen, Liebe zu Kindern und anderen Frauen verzichteten."

Die neue kritische Perspektive verdankt Germaine Greer unter anderem den Frauen indischer Bauernzivilisationen. In ihrem Hohelied auf den Segen der Großfamilie preist sie die Entfaltung der Frau im Kreise von Kindern und Verwandten.

In ihrem neuen Buch zeigt Germaine Greer auch Verständnis für die Männer. Die Barrikadenstürmerinnen, die demonstrativ ihre Büstenhalter verbrannten und zu „sex-as-sex-can" aufriefen, waren auch gefährliche Sirenen: „Kaum war die tabufreie Gesellschaft verkündet, da hörten wir beunruhigende Berichte von männlicher Impotenz." Jetzt stellt Germaine Greer der Überbeanspruchung des Mannes durch die enthemmte Emanze die Forderung nach einer neuen Zärtlichkeit der Geschlechter gegenüber. Voraussetzung dafür sei, daß Evas sich wieder rar machten, den Mann zum Werben zwängen und so eine echte Beziehung wachsen ließen.

Germaine Greer, die wie ein Wirbelwind durch die Schlafzimmer fegte, hat sich zu einer nachdenklichen Romantikerin gemausert. (SAD)



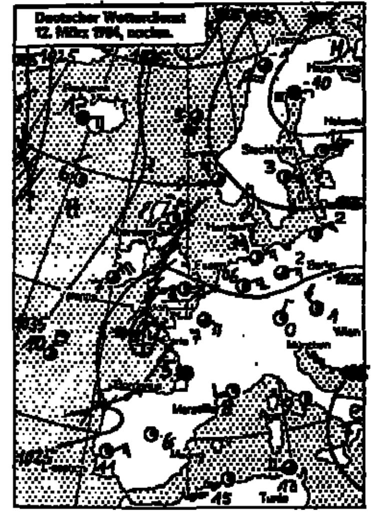
Runde 15 Jahre brauchte die Schriftstellerin Germaine Greer für ihre 180-Grad-Wende. Nach ihrem Emanzipations-Klassiker „Der weibliche Eunuch" ruft sie in ihrem gestern veröffentlichten Buch „Sex and Destiny" die Frauen zu Keuschheit auf. FOTO: DPA

WETTER: Überwiegend heiter

Wetterlage: An der Südflanke eines Hochs über Nordosteuropa bestimmt Festlandsluft das Wetter in Deutschland.

Vorhersage für Dienstag

Gesamtes Bundesgebiet und Berlin:



Im Westen und Südwesten heiter oder leicht bewölkt mit Tageshöchsttemperaturen bei 6 Grad, in der Osthälfte anfangs stärker wolkig, später gebietsweise Auflockerungen oder Aufheiterungen, in Ostbayern zeitweise leichter Schneefall. Tageshöchsttemperaturen 0 bis plus 4 Grad. Nachttemperaturen zwischen 0 und minus 5 Grad. Schwacher, am Tage etwas auflebender Wind, vorherrschend aus östlichen Richtungen.

Weitere Aussichten

Zunächst wenig Änderung.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	2°	Kairo	20°
Bonn	7°	Kopenh.	3°
Dresden	1°	Las Palmas	18°
Essen	6°	London	8°
Frankfurt	4°	Madrid	6°
Hamburg	3°	Mailand	8°
List/Sylt	0°	Mallorca	12°
München	0°	Moskau	3°
Stuttgart	1°	Nizza	13°
Algier	15°	Oslo	0°
Amsterdam	8°	Paris	7°
Athen	12°	Prag	0°
Barcelona	11°	Rom	9°
Brüssel	7°	Stockholm	3°
Budapest	5°	Tel Aviv	18°
Bukarest	1°	Tunis	13°
Helsinki	1°	Wien	1°
Istanbul	5°	Zürich	1°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 6.54 Uhr, Untergang: 18.13 Uhr, **Mondaufgang:** 8.46 Uhr, Untergang: 23.21 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

New York wirft 850 neue Autobusse auf den Müll

Konstruktionsfehler machen 100 000-Dollar-Stücke zum Sicherheitsrisiko / Millionen Fahrgäste auf den Barrikaden

WOLFGANG WILL, New York

New York lebt sozusagen mit der Beinahe-Katastrophe. Jeder Schneefall wird zum Wintersturm, nach dem Regen werden aus Straßen Flüsse und Bäche – das alles regt die New Yorker freilich nicht auf. Sie sind daran gewöhnt. Aber der Gleichmut von 1,75 Millionen New Yorker Omnibus-Fahrgästen wurde zum Zorn, seit sie täglich an der Haltestelle versetzt werden. Der Grund: Die Stadt hat 850 quasi nagelneue Omnibusse, Stückpreis runde 100 000 Dollar, aus dem Verkehr gezogen. Sie wiesen so viele Mängel und Defekte auf, daß sich Reparaturen nicht mehr lohnten.

„Das sind wohl die schlimmsten Busse, die jemals gebaut worden sind", ist das Fazit der städtischen Verkehrsbehörde. Und Bürgermeister Koch, der nie ein Blatt vor den Mund nimmt, sprach von „Ausschuß" und forderte: „Der Schrott kommt sofort auf den Müll – basta."

Die Busse, Marke Grumman, Typ „Flexible 870", sind wahrhaftig „flexibel":

Zuerst gaben sie „unten" nach, brachen die Achsen massenweise und wurden in den Chassis bedrohliche Risse festgestellt. Mit Millionenaufwand verstärkte Grumman die anfälligen Teile, wodurch die Busse Übergewicht bekamen.

Das wiederum führte zum „Verziehen" der ganzen Karosserie und hatte gefährliche Folgen: Fensterscheiben barsten, Räder machten sich selbständig, Türen öffneten sich während der Fahrt. Beim Bremsen „rutschten" die Seitenwände in Richtung Fahrersitz. Klimaanlagen und Heizungen fielen aus – kurz: Der Omnibus-Schrott der Baujahre 1977 bis '82 mußte jetzt aus dem Verkehr gezogen werden: 850 Busse auf einen Schlag.

Die Folgen für die 1,75 Millionen Benutzer sind verheerend. Die Fahrpläne, die ohnehin nie eingehalten wurden, sind nun völlig illusorisch geworden. Die Verspätungen sind astronomisch, das Gedrängel in den Rest-Bussen mit einem Durchschnittsalter von 15 Jahren ist dem in Sardinenbüchsen ähnlich.

Der Ausweg aus der Misere, den die Stadt zu gehen gedenkt, verheißt auch keine „angenehme Fahrt": Vertreter der Verkehrsbehörde inspizieren derzeit im benachbarten New Jersey einige hundert Busse, die dort seit Jahren – eingemottet – auf ihre Verschrottung warten. Busse, die bis zu 40 Jahre alt sind. „Die Besten" davon will New York jetzt mieten, was bei den Busfahrern New Jerseys nur Kopfschütteln hervorruft.

Für Grumman ist die Omnibus-Pleite peinlich. Das Unternehmen, eigentlich als Luft- und Raumfahrt-Avantgardist bekannt, hatte seinerzeit die Mondlandefähre gebaut. Das Originaldesign der „flexible"-Busse stammt von Rohr Industries, Kalifornien. Deren Tochterunternehmen „flexible" ging 1977 in den Grumman-Besitz über. Grumman wurde versichert, die neuen Omnibusse seien über fast eine Million Kilometer Fahrstrecke getestet worden und absolut zuverlässig. Der Grumman-Konzern, der jetzt Rohr Industries auf Schadenersatz in Höhe von 500 Millionen Dollar verklagte, glaubt dagegen den Nachweis führen zu können, daß der „flexible"-Bustyp nie getestet worden ist.

Die Frage bleibt trotzdem: Wie konnte sich eine solch etablierte und erfahrene Firma wie Grumman dermaßen „übers Ohr hauen" lassen? Auch Grummans Entschuldigung, die mondkraterähnlichen, schlaglochübersäten New Yorker Straßen hätten den Bussen das Karosserie-Rückgrat gebrochen, kann nicht so recht ernstgenommen werden:

Ärger mit dem Typ hatten auch Los Angeles, Chicago und rund 20 andere Städte. Houston beispielsweise „verscherbelte" seine 225 „flexibles" zum Schleuderpreis von teilweise unter 3000 Dollar, nur um sie loszuwerden.

Dagegen setzten andere Städte – darunter Hartford und Honolulu – weiter auf die „flexibles". „Viel Glück" wünscht ihnen Howard Roberts, New Yorks Omnibus-Verantwortlicher, sarkastisch.

Das Dilemma: Die amerikanische „Buy american"-Politik verbietet es zur Zeit, bessere und billigere Busse aus dem Ausland zu importieren. (SAD)

ZU GUTER LETZT

„Die Menschen im Südwesten sind vernünftiger als andere, fleißiger, sparsamer und dickschädlicher." „Der Enztäler" in einem Bericht über eine Wahlkampfveranstaltung mit Ministerpräsident Lothar Späth.